

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile über deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichte und Berichtigungen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 24. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vom Parteitage.

Am Donnerstag wurde der Wunsch der Bremer Parteigenossen erfüllt, den Delegierten das Meer und die Wunderinsel Helgoland zu zeigen. Obwohl sich die Witterung gegen die vorhergehenden Tage verschlechtert hatte, verlief die Fahrt in frohster Stimmung. Inmitten erster Beratungen kam der persönliche freundschaftliche Austausch unter den Vertretern aus allen Landesteilen zu gutem Recht. Da wurden die Gefühle der parteigenösslichen und menschlichen Zusammengehörigkeit mächtig geweckt und gefördert. Der ausnahmsweise Zeitverlust, den der Parteitag hatte, soll, wenn die Erledigung der Arbeiten es erfordert, heute durch eine Abend Sitzung eingebracht werden.

Heute wurde zunächst die Organisation behandelt. Die zahlreichen Vorschläge zur Aenderung des Organisationsstatuts, die dem Parteitage vorliegen, gehen fast durchweg in die Richtung der reicheren Gliederung der Einzelorganisationen und sodann ihrer strafferen Zusammenfassung in centralen Körperschaften, die im Parteivorstande gipfeln. Größte Bewegungsfreiheit der Untergruppen bei größter Einheitlichkeit der Gesamtorganisation zur Ermöglichung größter Aktionskraft — das ist das erstrebte Ziel. Dabei sind die Hindernisse der reaktionären und vielgestaltigen Vereinsgesetzgebung zu überwinden. Da die Frage noch nicht völlig spruchreif, so beschloß der Parteitag nach sachkundiger Darlegung Gerichs, sie endgültig erst im nächsten Jahre zu lösen. Es wurde eine Kommission von Vertretern aus allen deutschen Landesteilen erwählt, die das Statut für den nächsten Parteitag gründlich vorbereiten wird.

Im Grunde konnte es überflüssig erscheinen, über die Reiseleiter länger zu diskutieren, da bindende Beschlüsse der internationalen Kongresse vorliegen. Dennoch erfolgte eine recht lebendige Aussprache, und es traten gewisse Schwierigkeiten hervor, die in dieser Frage für unsre Partei vorliegen. Freilich für den Ausweg, allen Schwierigkeiten durch Verlegung des Festes auf den ersten Sonntag im Mai zu entgehen, zeigte sich nicht die geringste Neigung. Wie es der Größe und idealen Bedeutung des Festes entspricht, wollen wir nicht den Schwierigkeiten känglich ausweichen, sondern sie überwinden. Alle Parteigenossen sind der Meinung, daß die Arbeitsruhe die würdigste Art der Feier ist, aber die Schwierigkeit liegt darin, daß die deutsche Kapitalistenklasse in unglücklicher Engherzigkeit und in der Herrenhoffart, die sie kennzeichnet, aus der Reise den Anlaß zu wirtschaftlicher Brutalisierung der Arbeiterschaft sucht. Es gilt, diese tödlichen Absichten zu durchkreuzen und zugleich die hohen Ideale, denen das Fest gilt, durch die rechte Art seiner Ausführung zu wahren. Diese Absicht verfolgt die dem Amsterdamer Beschlusse entsprechende, vom Parteitag mit übergroßer Mehrheit beschlossene Resolution, durch welche es allen Arbeiterorganisationen zur Pflicht gemacht wird, nach Möglichkeit die Arbeitsruhe zu erstreben, aber tollkühne Aktionen mit unverhältnismäßigen und ausichtslosen Opfern zu meiden. Der Verlauf der Debatte gab dem Referenten Richard Fischer, Anlaß, unter lauter Zustimmung des Parteitages jene Wünsche bürgerlicher Sozialreformer zurückzuweisen, nach denen die Gewerkschaften einer Politik der Kleinigkeiten Gelegenheiten und Vorteile, der Laune und Bequemlichkeit verfallen würden. Unsere Genossen, welche in den Gewerkschaften verantwortungsvolle Stellen innehaben, sind mit der Partei einig, daß die Gewerkschaften die Aufgaben haben, über die Fragen des Tagesgewinnes hinaus am Werk der Erziehung der Arbeiter zu allen Kulturidealen sich zu betätigen.

Am Schluß der Vormittags-Sitzung führte Genosse Ledebour einen Zwischenfall herbei. Er versuchte einen nur allzu begreiflichen und sofort richtiggestellten Irrtum in unserer vorigen Parteitagbesprechung vor den Parteitag zu ziehen. Das durch lebhaftes Interesse bekräftigte Ergebnis war jedoch nur die Feststellung, daß Genosse Ledebour als Referent dem Amendement Freythalers eine falsche, der Meinung der Antragsteller widersprechende Auffassung unterlegt hat, indem er das Amendement so darstellte, als fordere es Schippel zur Mandatsniederlegung auf.

Die Nachmittags-Sitzung wurde durch die Erörterung der Kommunalpolitik ausgefüllt. In der dem Referat Lindemanns folgenden Debatte kamen die Praktiker der kommunalen Tätigkeit zum Wort. Es wurde hervorgehoben, daß die Resolution Lindemanns nur Richtlinien darstelle, nach denen erst die praktischen Forderungen sozialdemokratischer Gemeindepolitik im einzelnen festzustellen seien. Interessant waren die Ausführungen über die Grenzen der Gemeinde- und Staatspolitik, die fast alle Disillusionstheorien streifen. Die Vertreter der meisten Einzelstaaten sprachen sich für eine stärkere Autonomie des Staates im centralistischen Sinne aus und lehnten sich gegen die liberale Liebhaberei für die absolute Autonomie der Kommunen. Nur ein Redner aus dem Königreich Sachsen erwartete nach den Thesen der ereaktionären sächsischen Staatspolitik mehr Entgegenkommen von den Gemeinden. Durchweg wurde die einheitliche Volksschule für alle Kinder als besonders wichtige Forderung betont. Anträge, die Resolution Lindemanns einer Kommission oder den sozialistischen Gemeindevorsteher als Material zu überweisen, fanden keine Mehrheit. Die Resolution wurde vielmehr, bereichert durch einen Berliner Zusatz über das Koalitionsrecht der sächsischen Arbeiter, angenommen, nachdem auch die beantragte Streichung des vor-

legten Absatzes abgelehnt worden war. Am Sonnabend werden die Arbeiten des Parteitages voraussichtlich erledigt werden. Eingebbracht ist noch eine Resolution, welche in knapper Form die sozialdemokratische Antwort auf die Schulfrage giebt.

Berichtigung. Im Leitartikel der Donnerstag-Nummer ist gesagt worden, daß auch der Referent die Resolution gegen Schippel nicht im Sinne einer sofortigen Mandatsniederlegung aufgefaßt habe. Das ist ein Irrtum. Diese Auffassung entspricht dem Wortlaut des Antrags Freythalers und in der Diskussion geäußerten Interpretationen. Genosse Ledebour aber, der Referent, hat in dem Sinne für die Resolution gesprochen und gestimmt, daß er sie nicht als Ausschluß aus der Partei, wohl aber als höfliche Aufforderung zur Mandatsniederlegung betrachtet wissen wollte. Das war aber nur die persönliche Auffassung des Referenten.
 Bremen, 22. September. K. B.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. September.

Ein Rettungsversuch.

Im Vorseite unternimmt das „Berliner Tageblatt“ einen ausgetragenen Rettungsversuch an den Praktiken der Agenten der Schiffahrtsgesellschaften gegenüber den russischen Auswanderern. In der Einleitung wird nach dem bekannten Schema: „Wir haben es ja immer gesagt,“ so heiläufig die Wendung eingeflochten, daß sich der Reichstag im Laufe des Winters jedenfalls mit den Kontrollstationen beschäftigen würde. Diese freisinnige Erleuchtung stützt sich natürlich nur auf die von uns bei der Kritik der Rederei- und Polizeipraktiken gemachte Bemerkung, daß die Sozialdemokratie die Dinge im Reichstage zur Sprache bringen werde, und auf die bereits bekannt gewordene Thatsache, daß der sozialdemokratische Parteitag unserer Fraktion einen entsprechenden Auftrag erteilen wird. Ohne unsre fortwährende Kritik und ohne die Sozialdemokratie würde der Reichstag nicht in die Lage kommen, über diese skandalösen Zustände zu reden.

Nach der Darstellung des „Tageblattes“ ist alles in bester Ordnung, es liegt nichts vor wie berechtigte sanitäre Vorkehrungen und Maßregeln zur Verhütung der Beförderung solcher Auswanderer, die Amerika wegen Mittellosigkeit nicht annehmen würde und die deshalb wieder zurückgeführt werden müßten. Einige kleine Verlastigungen solcher Auswanderer, die schon Schiffarten der Cunardlinie haben, sind nur zurückzuführen auf die Konkurrenz der Schiffahrtsgesellschaften untereinander.

Die Kontrollstationen seien nämlich auf gemeinschaftliche Rechnung der Hamburg—Amerika-Linie, des Norddeutschen Lloyd, der Holland—Amerika-Linie und der Red Star Line errichtet und nur weil die Cunard-Linie dem Pool nicht angehöre, hätten deren Schiffarten in den Kontrollstationen „keine Gültigkeit“. Um diesen kleinen Schönheitsfehler zu beseitigen, empfiehlt das „Berliner Tageblatt“:

Es könnten die verbündeten Schiffahrtsgesellschaften der Cunard-Linie als Friedenspreis unter Forderung der Aufgabe des Wettbewerbes im Mittelmeer eine entsprechende Beteiligungsquote an der deutsch-russischen Auswanderung anbieten. Dann müßte die Cunard-Linie dem Pool beitreten und einen entsprechenden Anteil an den Kosten der Kontrollstationen beisteuern.

Wenn aber auf diese Weise mit der Cunard-Linie keine Einigung zu erzielen sein sollte, so müßten die Schiffahrtsgesellschaften schon aus Gründen der Humanität gegen die russischen Auswanderer, die in Russland aus Unwissenheit Fahrscheine der Cunard-Linie gelöst haben, doch etwas weniger rigoros vorgehen. Sie könnten die Untersuchung auch bei diesen Reisenden vornehmen unter Verechnung eines entsprechenden Kostenanteils. Eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit sollte aber vermieden werden.

Sieht man zunächst von allen andern Erwägungen ab, so ist es doch im höchsten Grade ersichtlich, daß die Konkurrenz der Schiffahrtsgesellschaften untereinander einen ausreichenden Grund dafür abgeben soll, Auswanderer an der Auswanderung zu hindern und Militärflüchtlinge zwangsweise wieder zurücktransportieren.

Aber die Auslassungen des „Berliner Tageblattes“ beruhen ja auf ganz unzutreffenden Voraussetzungen. Es werden ja, wie die Ergebnisse unsres Berichterstatters beweisen, in Russland auch Leute untersucht, die gar nicht auswandern wollen, sondern nur in Geschäften nach London reisen, die keine Ueberfahrtskarte der beteiligten Schiffahrtsgesellschaften haben und keine lösen wollen. Und die Kosten der Untersuchung werden ja den Untersuchten aufgebürdet. Wir haben festgesetzt, daß für Bad und Untersuchung der Festher einer Ballinischen Schiffahrt 2 Mk. und der Russe, der keine solche Karte, sogar 4 Mk. bezahlt hat. Das ist eine so reichliche Bezahlung, daß die den Schiffahrtsgesellschaften daraus erwachsenden Unkosten wahrscheinlich stark überzahlt sind. Für die Uebernachtung in Russland muß jedermann 50 Pf. für eine Nacht bezahlen, den Lebensunterhalt während des Aufenthalts in Russland muß jeder Reisende selbst bestreiten. Er ist dafür auf die Bahnsofortwirtschaft angewiesen und muß da sehr noble Preise zahlen, mindestens so viel, wie jeder freie Reisende. Worin bestehen dann wohl die Unkosten der Gesellschaften aus den Kontrollstationen? Wir vermuten, daß sie vielmehr mit diesen Stationen noch ein glänzendes Extrageschäft machen bei der starken Frequenz.

Die Begründung der Einrichtung mit sanitären Rücksichten rechtfertigt das bekannt gewordene Verfahren ebenfalls nicht. Erstens versichert uns unser Berichterstatter, daß er keinerlei Einrichtungen zur Isolierung Kranker in Russland bemerkt habe. Ja er hat sogar erlebt, daß während seines Aufenthalts dort ein Auswanderer als mit einer Augenkrankheit (vermutlich Granulose) behaftet befunden und deswegen zurückgeschickt wurde, aber dieser Mann hat ruhig mit den gesunden Auswanderern verkehren dürfen. Was haben ferner sanitäre Rücksichten mit der unserm Berichterstatter angedrohten

Rückführung an die Grenze zu thun? Er war völlig gesund und daß hat der untersuchende Arzt der Station festgestellt. Ebenso gesund war der Russe, der nach London reisen wollte. Weshalb hat man diesem durchaus eine Schiffahrt nach Amerika aufreden wollen, weshalb hat man ihn nach Bestätigung seiner Gesundheit nicht augenblicklich entlassen?

Ebenso hinsichtlich ist der Vorstand mit der möglichen Belastung durch mittellose Auswanderer, mit dem das „Tageblatt“ wieder arbeitet. Es schreibt:

Eine weitere Aufgabe der Kontrollstationen besteht darin, zu prüfen, ob die Auswanderer soweit mit flüssigen Mitteln ausgestattet sind, daß ihrer Landung in den Vereinigten Staaten aus Mangel an barem Gelde kein Hindernis in den Weg gelegt werden kann. Die Einwanderungskontrolle in den Vereinigten Staaten wird äußerst streng wahrgenommen. Ein Versuch, Passagiere unter Umgehung der Einwanderungsbehörden zu landen, wird mit hohen Geldstrafen belegt. Einwanderer, denen die entsprechenden Vorkaufsmittel fehlen, müssen von der betreffenden Gesellschaft gratis wieder in den Ausfahrtsorten zurückgebracht werden. Auswanderer, die von deutschen Häfen kommen, werden dann direkt nach Deutschland zurücktransportiert; Auswanderer, die von englischen Häfen ausgefahren sind, kehren zunächst dorthin zurück, werden aber von England aus weiter nach Deutschland abgeschoben. Sie müßten also nunmehr dem Deutschen Reich zur Last fallen, wenn die deutsche Reichsregierung nicht die erpedierenden Schiffahrtsgesellschaften für den hierdurch für das Reich entstehenden Schaden verantwortlich machen könnte. Aus diesem Grunde haben die Schiffahrtsgesellschaften die Kontrollstationen nicht in den Hafenstädten, sondern in deutsch-russischen Grenzorten errichtet. Sie ersparen dadurch natürlich Kosten, weil sie von den Grenzstationen aus die den Kontrollbedingungen nicht entsprechenden Auswanderer leichter und billiger nach Russland zurückexpedieren können. Dem Kontrollzwang unterliegen laut Verfügung der Reichsregierung alle überseeischen Auswanderer aus Russland und zwar sowohl diejenigen, die nur nach England wollen, als auch jene, die direkt nach Amerika zu reisen gedenken.

Erfahrung könnte der Grund der Mittellosigkeit nur geltend gemacht werden gegenüber solchen Auswanderern, die die Absicht haben, mit einer der beteiligten Gesellschaften zu reisen, denn nur dann könnten den Gesellschaften aus dem Rücktransport Unkosten erwachsen. Er kann niemals geltend gemacht werden gegen solche, die mit der Cunard-Linie reisen wollen. Er kann nicht geltend gemacht werden für den Versuch, Leute zur Verladung der Schiffe der beteiligten Gesellschaften zu zwingen unter Androhung des Rücktransportes nach Russland. Er kann auch nicht durchschlagend sein für die Fälle, wo Auswanderer zunächst nach London zu reisen beabsichtigen und dazu die nötigen Mittel haben. Ist es doch eine bekannte Sache, daß viele russisch-jüdische Auswanderer, denen die Mittel zur Reise nach Amerika fehlen, zunächst nach London gehen und dort von Freunden und Glaubensgenossen die Mittel zur Weiterreise erhalten. Selbst angenommen, es bestehe die Möglichkeit, daß sie dort die erwartete Hilfe nicht finden und dann mittellos werden, so widerspricht es doch allen Rechtsbegriffen, Leute als mittellose lästige Ausländer zu behandeln, von denen vorläufig nichts wie die Vermutung besteht, daß sie in Zukunft möglicherweise einmal als Mittellose zurückkehren könnten.

Wie aber erklärt man dann weiter den Unterschied, der in Russland gemacht wurde zwischen unserm scheinbar legitimationslosen Berichterstatter und dem mit Paß versehenen Russen? Beide waren im Besitz von Mitteln, beide waren gesund, beide zweigten sich nach Amerika zu reisen, aber den mit einem Paß versehenen Russen ließ man schließlich laufen, unsern Berichterstatter aber, der keinen Paß hatte, der als Militärflüchtling galt und deshalb, wenn das richtig gewesen wäre, in Russland seiner Bestrafung entgegen sah, wollte man zurücktransportieren.

Dem freisinnigen Rosseblatte beliebt es eben, die Augen abwärts zu schließen vor der politischen Seite der Sache, dem aller Kultur hochsprechenden Verfahren, aus Liebedienerei gegen Russland solche Leute wieder zurücktransportieren, die, ohne die deutschen Reichsgesetze verletzt zu haben, in Russland barbarische Strafen zu gewärtigen haben, aber dann vor diesem Schicksal zu bewahren, wenn sie sich als Zwischenbedürftiger für eine der privilegierten Schiffahrtsgesellschaften gebrauchen lassen.

Es wird gemeldet, daß Herr Ballin, der Direktor der Hamburg—Amerika-Linie und Herr Biegand, der Direktor des Nordd. Lloyd mit dem Reichsminister in Hamburg eine längere Unterredung hatten.

Die Vereinigten Staaten hatten den Plan, in Deutschlandeigene Auswanderungs-Inspektionen einzurichten. Die Reichsregierung soll jedoch den Standpunkt vertreten, daß dies ein Eingriff in ihre Hoheitsrechte wäre und deshalb die Zustimmung verweigern.

Deutsche Linien-Schiffbauten.

Wie in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gemeldet wird, hat die Germania-Werft in Kiel das Linien-Schiff „Braunschweig“ vollendet, ein Schiff von 13 200 Tonnen. Dieses Schiff, das erheblich größer ist als die Wittelsbach-Klasse, nämlich 1400 Tonnen mehr fast, ist auch entsprechend teurer als alle unsre bisherigen Linien-Schiffe. Die Baukosten betragen nicht weniger als 24 Millionen Mark gegen 20 Millionen Mark für ein Schiff der Wittelsbach-Klasse, unsrer bisherigen größten Linien-Schiff-Klasse. Die Verbesserungen in der Artillerie und Panzerung erforderten allein 4 1/2 Millionen Mark. Die gesamte artilleristische Ausrüstung der „Braunschweig“ erforderte 7 1/2 Millionen Mark.

Trotzdem die Ausgaben für ein solches Schiff ungeheuer gemacht sind, haben die Erfahrungen des russisch-japanischen See-Krieges seinen Wert als äußerst zweifelhaft erscheinen lassen. Das muß selbst ein deutscher Marinesachverständiger, Graf Reventlow, zugestehen. Reventlow geht allerdings in seinem Urteil nicht so weit, wie der von und kürzlich citierte französische

Sachverständige, aber er ist immerhin der Ansicht, daß ganz wesentliche Bauänderungen der Linienstämme notwendig sein würden. Die Bauart müsse eine viel flachere sein, die Panzerung eine stärkere, damit die das Wasser überragenden Teile den Geschossen weniger ausgesetzt seien resp. weniger leicht beschädigt würden. Also giebt selbst Graf Reventlow zu, daß unsere neuen und neuesten Linienstämme, die uns pro Schiff 20-30 Millionen kosten, nur einen recht bedingten Schlachtwert besitzen! Dabei urteilt dieser Sachverständige noch sehr günstig über den Wert des Linienstammes überhaupt.

Aus den Ausführungen beider Sachverständiger aber geht hervor, daß das Linienstammmaterial, das uns viele hunderte von Millionen gekostet hat, nicht viel mehr als den Wert alten Eisens repräsentiert.

Der oldenburgische Justizminister Kuhlrat hat endlich gegen die Medaille des „Reisboten“, Viermann und Schweinert Strafantrag gestellt wegen Verleumdung begangen durch den Vortritt des Meineids. Dagegen ist nun bei der Sachlage nichts zu sagen. Zugleich ist aber Viermann in Untersuchungshaft genommen, die vermutlich mit Fluchtverdacht begründet wird und auch gegen Schweinert ist, wie „S. T. A.“ meldet, Haftbefehl erlassen. Das macht wieder den Eindruck, als sollte die Strafe auf alle Fälle vorweggenommen werden. Wenn jemand in Viermanns Lage gegen den höchsten Justizbeamten seines Landes den Vortritt des Meineids erhebt und ruhig zu Hause bleibt, abwartend, was man gegen ihn unternehmen werde, dann ist die Annahme des Fluchtverdachts von vornherein so gut wie grundlos. Denn daß ihn schwere Strafe treffen muß, wenn er seine Behauptung nicht mit überwältigenden Beweisen stützen kann, darüber kann ein Mensch mit gesundem Verstand nicht im Zweifel sein. Wenn er trotzdem, wie Viermann, aus dem Gefängnis ruhig nach Hause zurückkehrt, anstatt sofort zu fliehen, so muß man sich sagen, daß er auch ferner nicht an Flucht denken wird.

Der oldenburgische Landtag tritt am 27. September zusammen.

Die Aufnahme polnischer Inzerate ist den preussischen Kreisblättern durch eine Anordnung des Ministers des Innern untersagt worden.

Husland.

Jaurds über die Einigung.

Jaurds geht in der letzten Nummer der „Humanité“ näher auf die Frage der Einigung der französischen Sozialisten ein und vertritt die Meinung, daß die Einigung zwischen den einzelnen sozialistischen Fraktionen in Frankreich nur etappenweise vor sich gehen könne. Er schlägt vor, zunächst ein Verständigungs-Komitee zu wählen, in welchem alle größeren nationalen Organisationen durch Delegierte vertreten sind. Dieses Komitee werde die Autonomie der Organisationen nicht verweigern, wohl aber könne es die Gegensätze abschwächen und nach und nach die Kräfte vereinigen. Die Aufgabe dieses Komitees müsse sein die theoretische Propaganda, die prinzipielle Agitation zu betreiben. Je mehr die sozialistische Partei durch das Geseh ihrer Entwicklung und die Logik der Demokratie an dem täglichen Kampf um die politischen und sozialen Reformen beteiligt sei, desto mehr sei es nötig, daß das hohe Ideal des Kollektivismus und Kommunismus, auf dessen Verwirklichung alle Reformen hinzustreben haben, dem Proletariat ohne Unterlaß in seiner vollen Klarheit gezeigt werde. Das Verständigungs-Komitee habe zu diesem Zweck Redner aus allen Nationalorganisationen zu entsenden, damit werde dem Proletariat zum Bewußtsein gebracht, daß im Prinzip sich alle Sozialisten einig sind, trotz ihrer abweichenden Anschauungen in den Tendenzen und in der Taktik. In zweiter Linie, so meint Jaurds, müsse das Verständigungs-Komitee den Wahlkampf leiten. Durch Versteigerung oder doch Abschwächung der Eifersüchteleien zwischen den verschiedenen Organisationen würde der Wahlkampf mit größerer Intensität geführt werden können. Er glaubt, daß bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1906 250 sozialistische Kandidaten aufgestellt werden könnten.

Ueber die etwaige Beteiligung von Sozialisten an der Regierung sagt er: „Wohl verstanden, die direkte Beteiligung von Sozialisten an der Regierung darf nicht „angestrebt“ werden; sie darf nicht der Zweck des proletarischen Kampfes sein. Aber ich füge hinzu, daß, wenn außerordentliche Umstände, vorgesehen in der Resolution Kautsky auf dem internationalen Kongreß zu Paris, die durch den Amsterdamer Kongreß nicht aufgehoben ist, eintreten würden, meiner Meinung nach kein Sozialist in das Ministerium eintreten dürfte, ohne Zustimmung aller nationalen Organisationen, welche im Einigungs-Komitee vertreten sind, oder wenn die sozialistische Einigung ganz vollzogen ist, ohne die Zustimmung der übergroßen (Proquo unanimis — beinahe Einstimmigkeit) Majorität der geeinten Partei.“

In seinen weiteren Ausführungen vertritt Jaurds seine bekannte Auffassung, daß die sozialistische Partei berufen sei, daß sie durch die Macht der That sachen früher oder später dazu gedrängt werde, einen Teil der Verantwortlichkeit und der Regierungsgewalt mit zu übernehmen. Aber die sozialistische Politik müsse imperiosisch, kollektivistisch sein. „Wir haben nicht das Recht, recht zu haben, bis die Stunde gekommen ist. Wir können nicht recht haben gegen unsere eigene Partei, vor allem, wenn es sich darum handelt, in ihrem Namen die Regierungsgewalt auszuüben.“

Rußland.

Ein neues russisches Attentat wurde, wie die nachstehende Drahtmeldung aus Odesa berichtet, am Donnerstagnorgen auf einen höheren russischen Beamten begangen. Das Telegramm lautet:

Odesa, 22. September. Heute morgen fand auf dem Nikolai-Boulevard ein Attentat auf den hiesigen Stadthauptmann von Reidhart statt. Als derselbe mit dem in Odesa weilenden Flügeladjutanten Obolensky einige auf dem Boulevard nahe dem Buschhainmal gelegene Bauten besichtigte, kam ein unbekannter neunzehnjähriger Junge in blauer Bluse heran und feuerte auf sechs Schritte auf den Stadthauptmann. Die Kugel slog links vorbei, ohne zu treffen. Als der Attentäter einen zweiten Schuß abgeben wollte, schlug Fürst Obolensky ihm den Revolver aus der Hand. Der Stadthauptmann stürzte sich auf den Uebelthäter, um ihn festzunehmen, verwundete sich jedoch in dem Kampfe durch einen bei dem Manne befindlichen Dolch an der Hand. Der Revolver, aus welchem geschossen wurde, ist allerneuesten Systems. Der Uebelthäter weigerte sich hartnäckig, seinen Namen zu nennen.

Ueber die Person des Attentäters und die Motive der That liegen auch jetzt noch keine näheren Nachrichten vor. Offenbar handelt es sich aber wiederum entweder um einen individuellen Racheakt gegen einen mißliebigen Polizeibeamten oder aber um eine Demonstration gegen das trotz der fadensteinigen Konzessionen des Zarismus noch immer unvermindert herrschende Gewalt- und Knutenregiment. Die Empörung im ganzen Lande ist durch die Treppenaufhebungen außerordentlich gesteigert worden. Selbst konservative Blätter gestehen die Erbitterung der weitesten Volkskreise in Rußland zu. Daß speziell der Krieg in Ostasien als ein frivoles Hinopfern zahlloser Menschenleben aufgefaßt wird, beweist sogar der letzte Bericht des Oberst Gädle im „Berliner Tageblatt“. Gädle erklärt,

daß alle Soldaten, mit denen er auf dem Kriegsschauplatz gesprochen habe, den Krieg verdammt und keinen andern Wunsch hegten, als wieder so bald als möglich zu Hause zu sein.

Mag das Attentat nun die That eines Einzelnen oder die Vollstreckung eines Urteils einer Verschworenen-Vereinigung sein — jedenfalls wird das in den Tiefen ausgewählte Rußland nicht eher wieder zur Ruhe kommen, bis sich der Zar resp. die das gegenwärtige absolutistische Regiment vertretenden Machthaber dazu verstehen, ihren Frieden in Stasien zu machen und Volk weitreichende Zugeständnisse zu machen. Alle Schein Konzessionen, deren Wichtigkeit das russische Volk als Verhöhnung empfinden muß, können an den anarchischen Zuständen nichts ändern.

Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Lindemann:

Die von Singer in München beauftragte Kommission zur Ausarbeitung eines Kommunalprogramms ist nun gebildet worden. Auch aus der Erörterung der Kommunalpolitik in der Presse ist nicht viel geworden. Der Parteivorstand forderte nicht auf, eine Resolution zur Kommunalpolitik zu entwerfen. Ich habe es, wie ich in der Vorrede beraten und auch der Kontrollkommission vorgelegt. Ich ging dabei von dem Gedanken aus, daß von allen Spezialfragen abgesehen werden müsse und daß nur allgemeine Grundsätze für die Behandlung der Kommunalpolitik aufzustellen seien. Allerdings enthält die Resolution unter 4 doch eine Anzahl spezieller Forderungen, die aber alle die kommunale Arbeiterpolitik betreffen. Gerade auf diesem Gebiete müßte eine Arbeiterpartei, wie die unfrühe, spezielle Forderungen stellen. Die Parteipresse hat die Resolution wenig eingehend behandelt, nur Segny hat sie in der „Frankfurter Tagespost“ ausführlich besprochen. Die Resolution giebt zunächst in einer kurzen Einleitung wieder, daß wir auch in der Gemeinde uns von unserem Programm leiten lassen. Der Umfang der kommunalen Arbeitstätigkeit wird kurz angegeben. Der erste Abschnitt der Resolution beschäftigt sich dann mit der allgemeinen Verwaltung und Verfassung der Gemeinden. An die Spitze der Grundlinien der Gemeindeverfassung ist der Satz gestellt, daß der Wählerkörper nach dem Grundbesitz der Einwohnergemeinde zu bilden ist. Bisher haben wir bekanntlich meist sogenannte Bürgergemeinden, in denen nur ein Teil der Einwohner wahlberechtigt ist. Im Laufe der Entwicklung hat sich dann noch das Bürgerrecht von dem Bürgerrecht ausgetrennt. In dem Maße nun, wie infolge der industriellen Entwicklung der Gemeindecharakter sich änderte, bildete sich ein Konflikt heraus, der nur dadurch beseitigt werden konnte, daß das Bürgergeld herabgesetzt wurde oder daß an Stelle der Bürgergemeinde überhaupt die Einwohnergemeinde trat. Befehlsmäßig wurde diese Entwicklung dadurch, daß der Staat den Gemeinden immer mehr Aufgaben übertrug, namentlich in Preußen, und da besonders in den östlichen Provinzen. Wir stellen nun die ganz allgemeine Forderung auf, daß die Bürgergemeinde durch die Einwohnergemeinde ersetzt wird, daß jeder Einwohner das aktive und passive Bürgerrecht erhält, daß alle Privilegien beseitigt werden und daß die Bürgerernennung aufgehoben wird: kurz, daß die Thatfache einer gewissen Aufenthaltsdauer und der Besitz des bürgerlichen Rechtes genügt, um eine Teilnahme an der Verwaltung zu ermöglichen. Auch in den kommunalen Verwaltungskörpern haben wir einen ähnlichen Dualismus. Wir verlangen, daß damit ausgetümt und überall das Einkammersystem eingeführt wird. Das Zweikammersystem, Magistrat und Stadtverordnete, oder wie der Name sein möge, ist für die Entwicklung der kommunalen Tätigkeit ein großes Hindernis. Eine genaue Kompetenz zwischen beiden Organen wird ganz zweifellos nie festgestellt werden können. Es werden stets Meinungen entstehen. Das müssen wir bekämpfen und müssen verlangen, daß der Wille der Bürgerschaft maßgebend bleibt und nicht der Wille der Beamten im Magistrat eine Stütze findet. Die Tätigkeit der Gemeinden hat in den letzten Jahrzehnten eine außerordentliche Steigerung erfahren. Es sind Aufgaben der Volkshygiene, der Socialpolitik und wirtschaftliche Fragen hinzugekommen. Alle diese Aufgaben können nicht nach der alten bürokratischen Schablone erledigt werden, die früher als ausreichend betrachtet wurde. Gerade hier zeigt es sich, wie unheilvoll der Dualismus des Zweikammersystems wirkt. In der That haben die Gegner der kommunalen Regie sich immer darauf gestützt, daß sie die Unfähigkeit der kommunalen Verwaltungsorganisation ins Feld führten. Sie haben darin recht, daß der Geschäftsgang der Kommunen infolge des Bestehens der beiden Körperschaften schleppend und hemmend ist. Eine Vereinfachung dieser Maschinerie ist notwendig. Aus diesen Gründen fordern wir das Einkammersystem. Es wird oft als Vorzug gepriesen, daß jetzt zwei Körperschaften vorhanden sind, die eine zur Verwaltung, die andere zur Kontrolle. Aber wir haben eine große Zahl von Ländern, wo das Einkammersystem besteht und sich gut bewährt hat. Ich weise nur auf England hin. Dort besteht eine kommunale Verfassung, die sich allen Bedürfnissen außerordentlich elastisch anschließt. Wir haben dort das Ausschüßsystem. Die laufenden Arbeiten werden von Ausschüssen erledigt, das Plenum hat die Kontrolle und stellt die leitenden Grundsätze auf. Der Vorteil besteht darin, daß alle Aufgaben schnell erledigt werden können, daß Konflikte, wie sie bei uns aus dem Dualismus sich fortgesetzt ergeben, unmöglich sind, weil die Ausschüsse nur im Auftrage des Plenums handeln und weil das Plenum jederzeit die Macht hat, eine Angelegenheit den Ausschüssen zu entziehen und seiner Beschlussfassung zu unterbreiten. Konflikte sind also ganz ausgeschlossen. Dem Einfluß des Volkswillens ist dieses Einkammersystem natürlich vielmehr unterworfen als der Magistrat, der aus indirekten Wahlen hervorgegangen ist. Ueber die Notwendigkeit der allgemeinen, gleichen und geheimen Wahl brauche ich wohl kein Wort zu verlieren. Es würde sich vielleicht empfehlen, in die Resolution einzufügen, daß wir auch hier die Verhältniswahl fordern.

Der zweite Punkt beschäftigt sich mit der Frage der Centralisation oder Decentralisation, dem Verhältnis von Staat und Gemeinde.

In dem Wesen der kommunalen und staatlichen Tätigkeit ist unsrer Ansicht noch keine Verschiedenheit vorhanden, verschiedene sind nur die Zwecke. Daß den staatlichen Behörden das Recht der Remuneration von kommunalen Beschäftigten zusteht, darüber sind wir alle einig. Die Behörden müssen alle Akte der kommunalen Organe auf ihre Gesetzmäßigkeit hin prüfen und eventuell vor Gericht beanstanden können. Wir wollen dasselbe Recht nicht nur den staatlichen Behörden, sondern allen Bürgern geben. In meiner Resolution sind diese Gesichtspunkte dadurch zum Ausdruck gebracht, daß es heißt: „Die Verwaltung der Gemeinde soll nur dem Gesetze und den Gerichten unterworfen werden.“ Damit berufen wir uns auf das dritte Gesetz, das unsere staatlichen Aufsichtsorgane heute haben, das der Mitwirkung. Heute bedürfen unsre Gemeinden für verschiedene Aufgaben der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden, ohne daß dieses Recht des Staates an gesetzliche Schranken gebunden ist. Dieses Recht, das die gesamte Selbstverwaltung aufhebt, wollen wir den Regierungsbehörden nehmen. Wir wollen nicht, daß der Staat in Zweimäßigkeitsfragen der Gemeinde eingreift. Hier müssen die Gemeinden völlige Autonomie haben. Das wichtigste Recht, das auf diese Weise dem Staat entzogen wäre, wäre das der Polizeiverwaltung, ein Gebiet, auf dem die Gemeindebehörde als unterstes Organ des Staates erscheint. Das Gleiche gilt für das Schulwesen. Die Schuldeputation erscheint jetzt nicht mehr als Kommunalbehörde, nicht mehr als selbstständiger kommunaler Aufsatz, sondern als ein staatliches Organ, das den staatlichen Behörden unterworfen ist. Der zweite Absatz der Resolution behandelt das wichtige Gebiet der Gemeindefinanzen. An die Spitze habe ich den Satz gestellt, daß

das Gemeindefinanzwesen in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln ist. Das Recht, das Steuerwesen auszugestalten, sollen die Gemeinden behalten, aber die Grundzüge soll der Staat regeln, damit die in den Gemeinden herrschenden Klassen das Steuerwesen nicht nach ihren Wünschen regeln können. Die Erfahrungen, die wir in Sachsen gemacht haben, beweisen, wie notwendig es ist, auf diesem Gebiete die Autonomie der Gemeinden zu beschränken. Die Einkommensteuer der Gemeinden ist in Sachsen erheblich schlechter und unsozialer ausgestaltet als die des Staates. Die Landtage werden nach unserer Ansicht immer noch bessere Steuergesetze machen als die Stadtverordneten-Versammlungen, in denen die Klassenherrschaft noch ausgeprägter ist als in den Landtagen. Es spricht dafür die Notwendigkeit der Einheitlichkeit. Widersprechende Steuerregime können wir nicht in ein- und demselben Staate haben. Wir können nicht dulden, daß es in der Hand der Kommune liegt, die Ziele des staatlichen Steuerrechts zu vereiteln und Einkommen bis zu 150 M. zu besteuern, während der Staat Einkommen bis 900 M. frei läßt. Die Einnahmen der Gemeinden zerfallen in socialwirtschaftliche Einnahmen aus Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität und dem Betrieb von Verkehrsmitteln, in gemeinwirtschaftliche Einnahmen an Steuern und Gebühren und in Zuschüssen des Staates an die Kommune. Ueber die socialwirtschaftlichen Einnahmen will ich später sprechen und zunächst mit dem eigentlichen Kommunalsteuereisen beginnen, das aus Zwangsbeiträgen von einzelnen Zahlungsverpflichteten auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Verpflichtungen besteht, deren Ertrag zur Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Aufgaben bestimmt ist.

Die Resolution verlangt nun, daß die Gemeinden ihre Steuern durch Zuschläge zur staatlichen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer ausbringen, und daß, wo diese staatlichen Steuern nicht bestehen, die Kommunen das Recht haben sollen, besondere kommunale Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern auszubilden. Das ist eine Forderung, die der direkten Forderung im zweiten Teil unseres Parteiprogramms entspricht.

Ran verlangt aber die Resolution außerdem noch eine Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses des Grund und Bodens. Ich bin zu dieser Forderung gekommen, weil die Verbindung mit dem Grund und Boden der Gemeindegemarkung für die Gemeinden besonders charakteristisch ist. Der größte Teil der Verwaltungstätigkeit der Gemeinden steht im engsten Zusammenhang mit dem Grund und Boden der Gemeinden. Fast alle Verwaltungsaufgaben wirken auf den Grund und Boden zurück und drücken sich aus in der Wertzunahme oder Wertabnahme des Grund und Bodens. In fast allen wachsenden Gemeinden nimmt die Versteigerung des Grund und Bodens zu. Heute haben wir eine Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses in der rohen Form der Umsatzsteuer. Der Wertzuwachs des Grund und Bodens wird am einfachsten und richtigsten dann gefaßt, wenn er aus dem Zustande der Verborgenheit hervortritt und öffentlich wird, so daß man ihn erkennt. Und das ist beim Besitzwechsel der Fall. Die kommunale Umsatzsteuer, die wir heute haben, muß deshalb als sehr roh und unausgebildet bezeichnet werden, weil sie außer der Unterscheidung von bebautem und unbebautem Boden keine andre Unterscheidung weder nach dem Grunde des Wertzuwachses, noch nach der Schnelligkeit, mit der er eingetreten ist, vornimmt. Die weitere Folge ist, daß die kommunale Umsatzsteuer, weil sie gleichmäßig alle Arten des Grund und Bodens trifft, leichter abgewälzt werden kann, als wenn wir sie progressiv abtufen, vielleicht nach der Dauer der Zeit, innerhalb deren der Wertzuwachs zu stande gekommen ist. Die Umsatzsteuer darf nicht in Prozenten des Verkaufswertes, wie es heute meist der Fall ist, erhoben werden, sondern in Prozenten des Wertzuwachses. Dann wird es nicht so leicht möglich sein, sie abzuwälzen. Es werden dann gewissermaßen einzelne Grundstücke isoliert, und jedes einzelne Grundstück wird für sich in seiner bestimmten Art und Weise besteuert. Infolgedessen ist es nie möglich, eine Abwälzung vorzunehmen, da doch eben die für den Grund und Boden bestimmten Wertklassen auf dem Markt sich herausgebildet haben. Während ich die Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses des Grund und Bodens in dieser Form verlange, habe ich die andern bürgerlichen Steuerversuche für die Besteuerung nach dem gemeinen Wert usw. überhaupt nicht berührt, weil sie nicht das gleiche Ziel erreichen, wie die Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses. Wenn wir z. B. die Besteuerung nach dem gemeinen Wert, wie sie noch vor kurzem durch ein Rundschreiben des preussischen Ministers den Gemeinden dringend aus Derg gelegt ist, genauer prüfen, so finden wir, daß sie in der That nichts anderes bedeutet, als eine Vergrößerung der Besitz- und Arbeiterwohnhäuser. Bei der Steuer nach dem gemeinen Werte kommt das Sinken der Grundsteuer in erster Linie den Grundbesitzern zu gute, ohne daß deshalb eine Herabsetzung der Mieten einträte. Auch das Ziel einer schnelleren Bedienung des Bodens wird durch die Steuer nach dem gemeinen Werte nicht erreicht, denn die Großspeculation ist stark genug, auch diese Steuer zu ertragen.

Abchnitt 3 regelt die Grundsätze der Gemeindegebühren. Die Resolution verlangt Gebührenfreiheit für die Institute des Gesundheitswesens und für die Volksschule. Im übrigen soll die Leistungsfähigkeit derer, die die Institute benutzen, maßgebend sein. Die Unentgeltlichkeit wird vielfach als unbedingter Kommunismus bezeichnet. Genosse Segny hat z. B. die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfehlen würde, für die Benutzung von Krankenhäusern von den Bemittelten Gebühren zu erheben. Ran schlägt vor, die Unentgeltlichkeit auf den Unbemittelten zu beschränken. Weiter wird gesagt, daß die Unentgeltlichkeit den Charakter einer öffentlichen Unterstüßung trage, auf die Löhne drücke und den Geist der Selbstständigkeit schädige. Dies Bedenken würde aber gerade dann in besonderer Maße vorliegen, wenn wir die Unentgeltlichkeit auf den Unbemittelten beschränken wollten. Die Forderung der Unentgeltlichkeit ist begründet in der mangelnden Leistungsfähigkeit des größten Teils der Gemeindebewohner. Das Einkommen der Bürger muß durch die Unentgeltlichkeit gebessert und durch Gemeinde-Institute ergänzt werden. Strengt kann man darüber sein, welchen Umfang die Unentgeltlichkeit annehmen soll. Vielfach wird der Umfang einfach von der Leistungsfähigkeit der Gemeinde abhängen. Reiche Gemeinden werden viel weiter gehen können als arme. Wie hohe Zuschüsse manche Gemeinden schon jetzt auch an die wohlhabenden Klassen zahlen, mag folgendes Beispiel zeigen: Frankfurt a. M. zahlt allein für seine neunklassigen höheren Schulen jährlich einen Zuschuß von 750 000 M., das macht pro Kopf 214,98 M. Wenn kommen diese Zuschüsse zu gute? Die Eltern von 231 Schülern sind in der Steuerstufe unter 1500 M., die Eltern von 72 Schülern in der Stufe von 1500 bis 1800 M., 163 Eltern in der Stufe bis 2400 M., 160 bis 3000 M., 169 bis 3600 M. Das sind im ganzen 798 Schüler, deren Eltern in den unteren Steuerstufen besteuert werden. Demgegenüber gehören die Eltern von 1119 Schülern zu den Steuerstufen bis 15 000 M. Die Eltern von 539 Schülern haben noch ein höheres Einkommen. Diese Zahlen zeigen, in welchem Umfang auch die Bürger mit kleinerem Einkommen aus diesen Zuschüssen Nutzen ziehen, wie vorsichtig man also mit der Erhöhung des Schulgeldes sein muß. Weiter aber zeigen sie, wie große Zuschüsse selbst reiche Leute von den Kommunen annehmen, die sich auf der andern Seite sträuben, den Volksschulen die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel zu gewähren. Es ergibt sich aus den Zahlen ferner, daß die unbegrenzte Ausdehnung der Unentgeltlichkeit ein zweischneidiges Schwert ist. Es tauchen da eine große Anzahl von Fragen auf, die zu berücksichtigen sind.

Es wäre falsch, überall schematisch Unentgeltlichkeit zu fordern, denn den Vorteil davon hätten die Klassen, die sehr wohl zahlen könnten. Ran habe ich in der Resolution zwei Gebiete herausgegriffen, in denen das Gebiet der Unentgeltlichkeit durchgeföhrt werden muß, das des Volksschulwesens, und zweitens das des Gesundheitswesens. Ueber die erste Frage herrscht zwischen uns völlige Uebereinstimmung, nicht so über die zweite. So hebt z. B. Segny in seinem Artikel hervor, daß es doch nicht gut anging, die Krankenhausbearbeitung der Besessenen auf die Gemeinden zu übertragen. Auf den ersten Blick mag das etwas Bestechendes haben, aber man muß doch damit rechnen, daß wenn die Krankenhausbearbeitung unentgeltlich ist, der Besuch dieser Anstalten seitens Angehöriger der besessenen Klassen sehr gering wäre. Die

Gemeinden würden also nicht so sehr davon belastet werden. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß neben dem Interesse der Kranken das der Gesamtheit in Frage kommt, die vor Infektion geschützt werden muß. Für eine Familie, in der Diphtheritis geherrscht hat und die nun immunität ist, ist die Desinfektion lange nicht so wichtig, wie für die Allgemeinheit.

Für die übrigen Gebiete wird in der Resolution verlangt, daß die Höhe der Gebühren nach dem sozialdemokratischen Grundgedanken der Leistungsfähigkeit bemessen wird. Die Tarife für Gas und Wasser werden von den städtischen Körperschaften jetzt fast ausschließlich nach rein kaufmännischen Grundsätzen aufgestellt, und daselbe gilt für die städtischen Straßenbahntarife. Anstatt diese Institute, wenn sie der Domäne des Privatkapitals endlich entzogen sind, nach gesunden sozialpolitischen Grundsätzen zu verwalten und nach den Zielen der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt auszugestalten, lassen sich unsere Kommunen vorwiegend von kaufmännischen Gesichtspunkten, von den Grundsätzen der Privatwirtschaft bei der Verwaltung leiten. Die kleinen Konsumenten müssen die höchsten Preise zahlen, während den großen Abnehmern Nachlässe bewilligt werden. Das gilt für die Lieferung von Wasser und Elektrizität und für die Gebühren von Straßenbahnen. Gerade bei der Festsetzung des Abommementspreises könnten die Kommunen die Aufgaben einer dezentralisierenden Wohnungspolitik erfüllen. Bei der Festsetzung der Gebühren taucht weiter die Frage der Ueberschusswirtschaft auf. Darüber sagt die Resolution nichts, da die Meinungen darüber unter uns zu sehr geteilt sind. Ich persönlich bin der Meinung, daß jeder Ueberschuss in unseren Gemeindeinstituten zu verwerfen ist. Gewiß, diese Ueberschüsse könnten zu mancherlei sozialen Zwecken verwendet werden. Trotzdem bin ich gegen die Ueberschusswirtschaft. Unsere Bürgermeister betrachten es als ihre Hauptaufgabe, diesen Ueberschuss so hoch wie möglich zu halten, und dann auf der anderen Seite die Einkommensteuer niedriger zu gestalten. Die direkten Steuern sollen so möglich wie möglich bleiben, und dazu muß man natürlich versuchen, die Ueberschüsse, die in Wirklichkeit indirekte Steuern sind, möglichst zu erhöhen. Nun sagt man, diese indirekten Steuern seien berechtigt, da sie nur die wohlhabenden Klassen der Bevölkerung treffen. Das ist nicht richtig. Allgemein wird anerkannt, daß die Ausgestaltung des Straßenbahnwesens gerade im Interesse der Arbeiter notwendig ist, und daß gerade die Arbeiter ein Interesse an niedrigen Straßenbahntarifen haben. Nehmen Sie ferner den Gaslohn und Wechsellöhne an. Auch hier muß unser Bestreben dahin gehen, alle diese Fortschritte der Kultur den mittleren Klassen nach Möglichkeit zugänglich zu machen. Die Ueberschusswirtschaft in unseren Kommunen ist hier aber ein außerordentliches Hindernis.

Nun muß ich noch einmal auf den Punkt 2a unserer Resolution kommen, in der es heißt: Die Deckung des kommunalen Bedarfses soll erfolgen durch staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Begegnungswesens. Dieser Absatz hat in weiten Kreisen der Partei Anstoß erregt. Es wird insbesondere gegen die Forderung staatlicher Zuschüsse für das Schulwesen Einspruch erhoben, weil dann angeblich die Kommunen nicht mehr Herr ihrer Schulen sind. Aber in der Resolution ist nichts darüber gesagt, wer Herr der Schule sein soll. So gut der Staat die Verfassung der Kommunen regelt, und so gut er Befehle auf dem Gebiete der Gesundheitspflege erläßt und ihre Ausführung den Gemeinden überträgt, genau so gut kann er Befehle auf dem Gebiete des Schulwesens erlassen. Aber ich fordere Befehle und keine Verordnungen von Ministern. Daran müssen wir im Interesse unserer Kommunalverwaltung, im Interesse der Schule, im Interesse der Eltern festhalten, daß wir sagen: Die Ausführung dieser staatlichen Befehle sollen den Kommunen überlassen bleiben. Sie sollen die Befehle ausführen nicht als die subalternen Organe der Regierungsbefehle, sondern in eigener Zuständigkeit. Ebenso wie wir fordern, daß durch die Befehle die Polizeiverwaltung den Kommunen übertragen wird, verlangen wir auch für die Gemeinden die Verwaltung des Schulwesens nach den staatlichen Befehlen, ohne daß jede staatliche Behörde das Recht hätte, auf Schritt und Tritt einzugreifen und den Kommunen Vorschriften zu machen. Damit, daß wir den Gemeinden die Schule übertragen, halten wir die Möglichkeit offen, daß fortgeschrittene Gemeinden, die die Bedeutung des Schulwesens erkannt haben, auch in die Lage versetzt werden, über die Forderungen der staatlichen Befehle hinaus das Schulwesen auszubilden. Dazu kommt ein anderer Grund, nämlich, daß bei unfrem heutigen Zustande, bei der Machtstellung unserer staatlichen Bureaucratie der Staat niemals die gesamten Schullasten übernehmen wird, ohne sich die absolute Kontrolle über die Verwendung der Gelder anzubedingen. Es giebt also nur zwei Möglichkeiten: staatliche Zuschüsse auf der einen Seite, mit deren Hilfe es möglich ist, die kommunale Selbstständigkeit aufrecht zu erhalten, andererseits Verstaatlichung des Volkswesens. Das letztere aber würde bedeuten die Herrschaft unserer staatlichen Bureaucratie über die Völler, wie sie bisher geübt wurde. Das können wir uns ja nach den Erfahrungen auf anderen Gebieten denken. Das sind die Gründe, die mich veranlassen, die Staatszuschüsse für die Aufgabe des Volkswesens zu fordern, nicht aber die Verstaatlichung des Volkswesens, auch nicht eine Uebernahme der gesamten Schullasten auf den Staat. Es wäre möglich, durch eine vernünftige Anordnung der schwer belasteten Gemeinden größere Zuschüsse zuzuwenden und zugleich auch den Gemeinden einen Ansporn zu geben, daß sie weitere Aufwendungen für das Volkswesen machen können. Daselbe, was für das Volksschulwesen gilt, gilt auch für die Armenpflege. Eine centralisierte Armenpflege ist unmöglich. Das muß zu den schreiendsten Mißbräuchen führen, wie das Beispiel Englands zeigt. Wir können nicht um die kommunale Armenpflege herum, aber wir können fordern, daß der Staat Zuschüsse leisten soll, um den nichtleistungsfähigen Gemeinden eine bessere Armenpflege zu ermöglichen. Und es muß durch staatliche Inspektion dafür gesorgt werden, daß die Armenpflege der Kommunen sich auf eine höhere Stufe erhebt.

Der Absatz 4 enthält nichts Neues, sondern nur Forderungen, die von uns allseitig anerkannt sind.

Die Resolution giebt einen Weg an, durch den es leistungsfähigen Gemeinden möglich gemacht werden soll, ihre Aufgabe zu erfüllen. Dies Mittel sind die Gemeindeverbände. Ein anderes Mittel wäre die Schaffung höherer Selbstverwaltungsorgane. Bisher haben wir außer den Gemeinden gar keine Selbstverwaltungskörper. Unsere Kreise usw. sind Zwitterdinge. Sie werden geleitet von Staatsbeamten und es fehlt ihnen vor allem das allgemeine Wahlrecht. Hier müssen wir eine Verwaltungsreform verlangen, ohne die es unmöglich sein wird, allen Anforderungen, die an den Selbstverwaltungskörper zu stellen sind, zu genügen. Ueber diesen Punkt 4 der Resolution werden größere Differenzen kaum vorhanden sein. Ich hoffe aber, daß die Debatte auch über die übrigen Punkte zu einer Klärung der Ansichten führen wird. (Lebhafte Beifälle.)

Vorsitzender Dieg fordert die Delegierten auf, Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission bis 6 Uhr beim Bureau einzureichen, damit dann die Vorschlagsliste gedruckt und morgen früh bei Beginn der Sitzung die Stimmzettel abgegeben werden können.

Schmid-Rüchsen: Ich kam mich für die Annahme der Resolution erklären und halte eine Ergänzung für unnötig. Sie ist sogar jetzt schon eigentlich zu spezialisiert, etwas weniger würde mehr bedeuten. Wir haben in Bayern in dieser Beziehung Erfahrungen gesammelt, und da haben wir auch einen Entwurf angeordnet, und zwar einen, der sich ganz kurz fassen und nur Richtpunkte angab. Darauf mußten wir uns deshalb beschränken, weil wir in Bayern zwei Landgemeinde-Ordnungen haben. Wir überließen es den Lokalorganisationen, das allgemeine Programm im einzelnen auszugestalten und es durch ein Aktionsprogramm für die einzelnen Kommunen zu ergänzen. Lindemann hat seine Resolution vorzüglich abgefaßt und begründet. Die Genossen im Lande müssen sich nur bewußt sein, daß es lediglich ein theoretisches Programm ist, dessen Forderungen zum Teil von

den Gemeinden zur Zeit gar nicht erfüllt werden können. Zum Beispiel der Forderung einer Reform der Gemeindeordnung kann nur vom Staate entsprochen werden, die Gemeinden sind dazu gar nicht zuständig. Die Lokalorganisationen werden die Resolution nicht für ein Aktionsprogramm halten dürfen. Sie soll nur die Grundlage für ein Aktionsprogramm sein, das die Lokalorganisationen in knapper Formulierung je nach den Verhältnissen in ihren Orten werden schaffen müssen.

Lang-Weißig: Prinzipiell und theoretisch wird sich gegen die Resolution nichts sagen lassen. Wir müssen uns nur bewußt sein, daß die Hauptsache die ist, daß sich die Lokalorganisationen mehr als bisher um die Kommunalpolitik kümmern. Das ist wichtiger als alle Programme.

Im einzelnen möchte ich einige Wünsche äußern. Auch wenn prinzipiell die Einwohnergemeinde durchgeführt wird, bleibt das Erfordernis der Staatsangehörigkeit für die Ausübung des Kommunalwahlrechts bestehen. In dieser Beziehung wäre eine Vereinfachung der Bestimmungen außerordentlich erwünscht. Welcher Bureaucratismus auf diesem Gebiete herrscht, ist ganz unlaßlich. (Sehr richtig!) Ich könnte Ihnen Beispiele anführen, wo man Angaben darüber verlangt hat, wo der Großvater und der Urgroßvater gelebt hat. Das ist unmöglich, das kann der Arbeiter nicht angeben. Dieser Bureaucratismus, der unmöglich beheblich sein kann, muß beseitigt werden. Die Behörden verwechseln immer Heimatschein mit Staatsangehörigkeit. Ausweis. So haben wir Fragebogen mit 37 Fragen. Davor schreien unsere Arbeiter juristisch. Die Städte sind kolossal gewachsen, 60 Proz. der Einwohner sind nicht Einheimische.

Nun zum Praktischen. Lindemann verlangt, daß das städtische Steuerwesen durch den Staat vorgegeben werde. In Sachsen ist das geschehen und die Genossen haben es einmütig belächelt. Die Forderung mag für Süddeutschland wichtig sein, wo wir in den Parlamenten sitzen, aber nicht in Sachsen, wo die Reaktion herrscht. Da sind die Kommunalverwaltungen häufig besser als der Staat. Nun wird uns gesagt: Ihr seid rüchsig. Der sächsische Staat will die Kommunen zwingen, indirekte Steuern einzuführen und die Kopfsteuer beizubehalten, die auch in Sibirien nur in 60 Proz. der sächsischen Gemeinden besteht. Angesichts dieser Zustände sollen wir auf unsere Steuerautonomie zu Gunsten des Staates verzichten. Darauf können wir nicht eingehen. Persönlich bin ich ein Freund der Wertwachsteuer, aber ich will sie nur als städtische Steuerquelle benutzen, ohne ihre soziale Wirkung zuzuschreiben.

In der Resolution Lindemann vermißt ich vor allem, daß nicht die einheitliche Volksschule gefordert wird. In allen unseren Kommunalprogrammen ist diese Forderung enthalten, und alle wirklichen Pädagogen stehen auf demselben Standpunkt. Wir müssen eine einheitliche Volksschule fordern, denn nur wenn alle Kinder dieselbe Schule besuchen, nehmen auch die Reichen ein Interesse an dieser Volksschule. (Lebhafte Zustimmung.)

Bogt-Hanau: Die Resolution Lindemann ist mir formell in vielen Punkten nicht klar genug. Aber auch inhaltlich ist sie in manchen Beziehungen anfechtbar. Ich hätte gewünscht, daß Lindemann mehr den praktischen Gesichtspunkt im Auge behalten und konsequent auch in die Resolution hineingebracht hätte, was für die praktische Tätigkeit unserer Vertreter maßgebend ist. Die Forderungen über die Landesgesetzgebung gehören nicht in ein kommunales Programm. Ich hätte daher gewünscht, daß der Satz: „das Gemeindefeuerverwesen ist in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln“ fortfällt. Ob wir für staatliche Regelung des Steuerwesens oder für kommunale sind, das wird ganz von dem Gesetz abhängen, um das es sich dreht. Für überaus bedenklich halte ich die Forderung, daß die Deckung des kommunalen Bedarfs erfolgen soll durch Zuschüsse zu der staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer. Unsere Gemeinden leiden ja darunter, daß wir bei der Bemessung der Zuschüsse keine Freiheit haben und sie nicht den örtlichen Verhältnissen anpassen können. Deshalb schlage ich vor, zu sagen, daß nur solche Steuern erhoben werden, die den Einwohnern nach ihrem Einkommen und Besitz auferlegt werden. Wie das am besten zu regeln ist, hängt von der Gesetzgebung ab. Wir haben nur das Ziel angegeben, daß unsere Genossen in den Gemeindevertretungen zu verfolgen haben. Weiter habe ich auszugehen, daß Lindemann die Unentgeltlichkeit der Benutzung der allen Institutionen des Volksgesundheitswesens und des Volksschulwesens fordert. Das hört sich theoretisch ganz schön an, aber praktisch ist die Sache nicht so einfach. Ich kann mir z. B. denken, daß es ärmeren Gemeinden ohne Hilfe des Staates gar nicht möglich ist, ein Krankenhaus zu bauen, wenn nicht ein Teil der Kosten auf die Reichen abgewälzt wird. Da fragt es sich, was richtiger ist: nur für gewisse Klassen die Benutzung unentgeltlich zu machen, oder überhaupt. Und warum wird die Unentgeltlichkeit nur beim Volksgesundheits- und beim Volksschulwesen gefordert? Wir haben eine ganze Menge anderer Einrichtungen in den Gemeinden, bei denen die Unentgeltlichkeit durchaus angebracht ist, z. B. Bibliotheken, Arbeitsnachweis, Wohnungsnahe, Rechtsauskunftserteilung, Lieferung von Milch für Säuglinge.

Die Formulierung der Lindemannschen Forderung in Bezug auf das Submissionswesen gefällt mir nicht. Wir müssen eine präzisere Fassung finden, und die glaube ich gefunden zu haben, wenn ich verlange, daß jede Begünstigung von einzelnen Personen vermieden werden muß, und daß angemessene Vergütung geleistet werden soll. Meine Fassung ist ja auch nicht ganz einwandfrei, aber doch präziser und klarer als die Lindemannsche. Leider ist es nicht möglich, hier auf alle Einzelheiten einzugehen. Ich habe deshalb in der „Kommunalen Praxis“ meine Resolution der Lindemannschen gegenübergestellt und kurz die Gründe angegeben, die mich zu meinem Vorschlagsvorschlag veranlaßt haben. Ich habe in dieser Resolution ausdrücklich gesagt, die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Gemeinden soll durch die Gemeindeverwaltung gefördert werden, und ich habe die einzelnen Gebiete angeführt. Gerade auf diesem Gebiete herrscht nach in weiten Kreisen große Beschränktheit. Die Gegner treten uns immer damit entgegen, daß wir zu viel Geld ausgeben. Ja, für ihre eignen Zwecke geben die Gegner Geld genug aus, aber den Arbeiterzwecken, den wirklich kulturellen Zwecken gegenüber verhalten sie sich ablehnend. Deshalb müssen wir positive Forderungen aufstellen. Ich fürchte, daß die Resolution Lindemann in Pausch und Bogen unverständlich angenommen wird. Aber ich halte das nicht für gut, wir müssen aus dem Programm alles beseitigen, was zu Bedenken Anlaß giebt. Denn es ist doch ein großer Unterschied, ob eine Resolution ad hoc gefaßt oder ob ein Programm für längere Zeit geschaffen wird. Ich bitte Sie, meine Resolution mit der von Lindemann zu vergleichen und die Bestimmungen herauszufinden, die wirklich einwandfrei für die praktische Vebätigung unserer Genossen in den Gemeindeverbänden sein werden.

Dr. Subbeum-Berlin: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Klassenkampf auf keinem Gebiet mit größerer Intensität geführt werden muß als auf dem der Gemeindepolitik. Unsere Gegner sind bedrückt, alle Mittel der staatlichen Politik und der Gemeindepolitik zu benutzen, um die Arbeiterklasse von der Beteiligung an der Gemeindeverwaltung auszuschließen und sie zu unterdrücken. Wir können die ganze Kommunalpolitik nur im Zusammenhang mit unrer großen Politik betreiben. Es wird also nicht möglich sein, ein Gemeindeprogramm für sämtliche Gebiete Deutschlands zu schaffen. So ist aber doch auch die Resolution Lindemann gar nicht aufzufassen. Seine Resolution ist weiter nichts als ein Wortwort zu einem künftigen Aktionsprogramm, das wir in einzelnen Gemeinden oder auch für ein größeres Gebiet und zu schaffen haben. Darum ist es nicht so bedenklich, daß hier in der Resolution Forderungen stehen, die vielleicht noch unter uns selbst Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten geben. Diese Meinungsverschiedenheiten werden sich auch bei der größten Vorsicht nicht vermeiden lassen. Wenn wir aber die Resolution lediglich als Wortwort zu dem im einzelnen aufzustellenden Aktionsprogramm auffassen, so können wir in dieses Aktionsprogramm das sehr leicht hineinarbeiten, was im einzelnen gegen die Resolution Lindemann nicht ohne Berücksichtigung vorgebracht wird. Man hat gesagt, daß die Forderung, daß der Staat die Grundzüge des kommunalen Steuerwesens zu regeln habe, der Staatsbureaucratie und Reaktion eine zu große

Macht in die Hand gebe. Er hat vermutlich das größte Interesse an der Reaktion in den Gemeinden und sagt sich, in den Gemeinden ist die Durchführung unserer Forderungen viel schwerer als in den Landtagen. Wenn man freilich bedenkt, daß wir in dem größten Bundesstaat ohne jede Vertretung sind, muß ja die Stärkung der staatlichen Bureaucratie als sehr gefährlich erscheinen. Aber das, was hier gefordert wird, ist gewissermaßen Zukunfts-musik, und das Mißtrauen Lindemanns gegen die Reaktion in den Gemeinden ist sicherlich durchaus berechtigt. Die Beseitigung ungläublicher Steuern, wie der Kopfsteuer, die noch in manchen sächsischen Gemeinden besteht, kann durch die Staatsgewalt leichter geschehen, als durch die Kommunen, wo die Frage des Geldinteresses der einzelnen viel zu empfindlich berührt, als daß da der Kampf gegen diese Steuer mit Aussicht auf Erfolg geführt werden könnte. Wenn gesagt worden ist, daß jetzt die Praktiker das Wort haben sollen, so kann ich mich ja in gewissem Sinne dazu rechnen, und ich möchte ich Ihnen folgendes sagen: Ein solches allgemeines Programm und auch die Aktionsprogramme der einzelnen Orte können niemals alle Fragen des Gemeinbewesens lösen. Gerade für die Parteigenossen in den kleinen Orten, wo alle literarischen Hilfsmittel fehlen, bleibt eine große Menge von Fragen übrig. In meiner Eigenschaft als Redakteur der „Kommunalen Praxis“ bestimme ich fast täglich zehn bis zwölf Anfragen von Parteigenossen aus den kleinen und kleinsten Gemeinden. Da können juristische Fragen, Fragen der Steuerberatung, über Begehren, Bauordnungen, Anstellungsbefehle von Beamten, kurz über alle Gebiete des Gemeinbewesens. Ich will mich jetzt jedes Antrages enthalten, kann aber nur sagen, die Einschaltung einer Centralstelle für solche Auskunftserteilung wird sehr wohl zu erwägen sein. Die Centralstelle könnte vielleicht verbunden werden mit dem Central-Arbeitersekretariat, das wir bereits in Berlin haben. Sie müßte natürlich eine gewisse Selbständigkeit bekommen, darüber müßten wir uns klar sein. Das Schwerkern unserer Tätigkeit in den Gemeinden liegt in den kleinen Städten, wo häufig auch am meisten erreicht werden kann, wenn nur die Genossen die nötige Unterstützung bei der Partei finden.

Ich bitte Sie, abgesehen von der Aenderung in Bezug auf die Volksschule, die Langer angeregt hat, und der ich zustimme, die Resolution Lindemann untermändert anzunehmen.

Schubert-Berlin: Wir beantragen der Resolution die Forderung der vollen Koalitionsfreiheit hinzuzufügen. Unsere Kommunen übernehmen immer mehr die Verkehrsämter usw. in eigene Regie. Dadurch wird ein Teil der bisherigen Privatangehörigen zu Beamten, und es werden auch die Angehörigen als Beamte erklärt und vom Koalitionsrecht ausgeschlossen, die gar nicht auf Lebenszeit angestellt werden, die sogenannten Arbeiterbeamten. Da müssen wir verlangen, daß diese Leute, die vorher vielleicht schon Jahre lang einer Organisation angehört haben, das volle Koalitionsrecht erhalten. Die Kommunen gehen ja offenbar systematisch darauf aus, den Kreis der Gemeindearbeiter, die das Koalitionsrecht besitzen, immer mehr einzuschränken. Auch Graf Posadowsky will diesen Arbeitern, wie er im Februar im Reichstage erklärt hat, das Streikrecht nehmen. Das wäre nur der Anfang zu weiteren Schritten, zu einer allgemeinen Einschränkung des Koalitionsrechts. (Sehr richtig.) Wir halten es deshalb für notwendig, mit aller Schärfe zu erklären, daß wir für alle Gemeinde-Angestellte das volle Koalitionsrecht verlangen.

Siegt: Daß die Resolution Lindemann so wenig in der Presse erörtert worden ist, liegt vielleicht daran, daß auf keinem Gebiete Theoretiker und Praktiker so wenig zusammenarbeiten wie auf dem der Kommunalpolitik. Ich habe als Praktiker diese Abneigung gegen die Theorie überwinden und meine Stellung zur Resolution in der „Frankfurter Tagespost“ eingehend dargelegt. Durch die ganze Resolution zieht sich als roter Faden der Gedanke nach möglichst weitgehender Unabhängigkeit der Gemeinden von der Landes-Aufsichtsbehörde. Wir haben ja nun gehört, daß die Sachgen gute Erfahrungen mit der Gemeinde-Autonomie gemacht haben. Von uns Bayern kann ich das nicht sagen. Wir haben in Bayern die Gemeinde-Autonomie fast in dem Umfange, wie sie die Resolution wünscht. Sie hat aber auch durchaus keine guten Erfolge gebracht. Es hätten unsere Gemeinden die Möglichkeit, ein volles, freies Wahlrecht einzuführen. Die Gemeinde-Ordnung überläßt es der Gemeinde, das Bürgerrecht — und das ist das Wahlrecht ohne Gebühren — nach zweijährigem Aufenthalt zu verleihen. Nur eine Gemeinde hat von diesem Recht Gebrauch gemacht. Die anderen Gemeinden haben einen derartig hohen Census eingeführt, daß er zur Befestigung der Herrschaft der freimüthigen, ultramontanen oder konservativen Bourgeoisie dient. So ist es uns trotz der größten Anstrengung und bedeutender Opfer nicht gelungen, auch nur einen einzigen Vertreter in das Münchener Gemeindefolge zu bringen.

Auch auf dem Gebiete der Armenpflege haben wir in Bayern eine weitgehende Gemeinde-Autonomie im Sinne der Resolution. Der Staat leistet Zuschüsse, und doch haben wir auf dem Lande eine Armenpflege, die dürftig genannt werden muß. Robeissfälle sind in der Armenpflege bei uns häufiger als anderswo. In Bayern haben wir auch die Gemeinde-schule. Der Staat stellt die Grundprinzipien auf, nach denen sich die Gemeinden zu richten haben. Auf dem Lande sind die Schulen durchaus nicht besser als anderswo. In den Städten ist die Volksschule leidlich. Aber daneben sind erklüftete höhere Schulen, die aus Gemeindegeldern subventioniert werden, ohne daß die Kinder des Proletariats Zugang zu ihnen hätten. Sie sehen, daß in der Praxis alles seine zwei Seiten hat. Was sich in dem einen Lande bewährt, schlägt in dem andern durchaus nicht zu Gunsten der Arbeiterklasse aus.

Die Resolution will ferner das Prinzip der Unentgeltlichkeit für die Volkshygiene. Für die allgemeinen hygienischen Einrichtungen, wie Kanalisation und Wasserleitung will ich es gewiß gelten lassen. Aber die Heilfreiheit in den städtischen Heilanstalten wäre doch nur ein Geschenk an die Reichen. Mit der Vorschrift, daß zur Heilung bestimmter Krankheiten die Kranken öffentliche Heilanstalten aufsuchen müssen, bin ich einverstanden. Aber Lindemann will die Heilfreiheit ausnahmslos gewähren, und das würde in kleineren und mittleren Gemeinden Opfer erfordern, die die Arbeiter ohne Gegenleistung zu tragen hätten. Da wird eingewendet: Ja, wir wollen ja die progressivste Einkommensteuer einführen. Man täusche sich nicht! Bisher haben wir die Erfahrung gemacht, daß bei allen Einrichtungen, die wir im heutigen Staatswesen auf dem Gebiete der Steuer schaffen, die besitzenden Klassen es immer verstanden haben, einen möglichst großen Teil Lasten auf die minderbegüterten abzuwälzen. Das könnte auch hierbei der Fall sein. Die mit der freien Behandlung in den städtischen Heilanstalten steht es auch mit anderen Gemeinde-einrichtungen. Das städtische Wasser mag kostenlos geliefert werden, aber beim städtischen Gas liegen die Dinge schon anders. Hier haben, wenn nach dem Prinzip Lindemanns verfahren wird, den Vorteil im wesentlichen die begüterten Volksschichten. Nun können den Arbeitern ja allerdings Gasautomaten gestellt werden; aber haben wir wirklich die Verpflichtung, den großen Geschäften es besonders billig zu machen, luxuriöse Beleuchtung auf Kosten der Gemeinde einzurichten? Man spricht von Arbeiterwohnungen, die mit Gas und Elektrizität ausgestattet sein sollen. Aber glaubt man wirklich, daß die Haus-agrarier derartige Arbeiterwohnungen bauen werden? Alle diese Einrichtungen kommen in der Hauptsache den begüterten Klassen zu gute. Daher sind nach meiner Auffassung die Gemeinden berechtigt, einen gewissen Ueberschuss herauszuwirtschaften, der zu sozialpolitischen Zwecken verwendet werden sollte. Selbst wenn wir als rüchsig in kommunalpolitischen Dingen bezeichnet werden sollten, müßten diese Gedanken hier ausgesprochen werden. Ich bin überzeugt, daß viele in praktischer Kommunalpolitik tätige Genossen auf meiner Seite stehen werden. (Zustimmung.)

Ulrich-Offenbach: Ich muß mich dagegen wenden, daß die Resolution Lindemann als Ausdruck des Parteitagess anzusehen ist. Sie enthält außerordentlich viel Theorie und wenig

Praxis. Sie bedeutet einen Rückschritt und widerspricht hinsichtlich des Schul- und Armenwesens unserm Programm. Die Gemeinden dürfen nicht beim Staate wegen Zuschläge für die Volksschule haufieren gehen. Das Gleiche gilt für das Armenwesen. Zustände, wie sie heute bestehen, werden durch staatliche Zuschläge nicht geändert. Der Staat muß die gesamten Kosten übernehmen. Das müssen wir umso mehr verlangen, als gerade die armen Gemeinden heute am meisten belastet werden und am schwersten unter den gesetzlichen Bestimmungen leiden. (Sehr richtig!) Auf die staatliche Organisation des Armenwesens müssen wir ebenso bedacht sein wie auf die des Schulwesens. Ich glaube, daß die Klassen-gegenstände in den Gemeindevertretungen immer scharfer werden. Die Kommunalpolitik ist noch mehr als die staatliche eine Klassenpolitik. Die Fragen, um die es sich da handelt, sind in der Hauptsache Geldfragen. Wir müssen, um unser Ziel zu erreichen, unser Streben ändern. Wir müssen den Gemeinden die Möglichkeit geben, von den höheren Einkommen stärkere Zuschläge zu erheben. Als Kommunalpolitiker wollen wir lieber auf eine Vertretung in den Gemeinden verzichten, wenn wir nicht in der Lage sind, unsere Forderungen zu vertreten. Wie oft kommt es vor, daß Kandidaten, die als Socialdemokraten aufgestellt sind, im entscheidenden Moment nicht für uns eintreten! Lieber keine Gemeindevertretung als eine zweifelhafte! (Sehr wahr!) Und ebenso sage ich: Lieber keine Resolution als eine zweifelhafte. Das aber trifft für die Resolution Lindemann zu. Wollen wir wirklich etwas Brauchbares schaffen, so müssen wir sie nebst den dazu vorliegenden Anträgen einer Kommission überweisen, in der praktisch tätige Genossen sitzen. Wird der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt, so bitte ich wenigstens, die Resolution Lindemann den sozialistischen Gemeindevertretern als Material zu überweisen.

Vorsitzender Dietz: Es ist ein genügend unterstützter Antrag Vorgmann eingegangen:

Die Resolution Lindemann den sozialistischen Gemeindevertretern als Material zu überweisen.

Ich fasse das so auf, daß die Gemeindevertreter aus den Zeitungen und aus dem Protokoll von der Resolution Kenntnis nehmen. Einen anderen Weg wird es wohl kaum geben. — Weiter ist beantragt, die Resolution Lindemann einer Kommission von 15 in Gemeindevertretungen tätigen Genossen zur weiteren Durchberatung und Berichterstattung an der nächsten Parteitag zu überweisen. Beide Anträge sind genügend unterstützt.

Vehmann-Pamheim: Die Resolution Lindemann dürfte wahrscheinlich einer Kommission überwiegen werden. Ich will mich daher auf wenige Sätze beschränken. Die Resolution schlägt die Autonomie der Gemeinde ziemlich hoch an. Es ist aber unter den heutigen Verhältnissen ein Uebing, den Gemeinden größere Rechte einzuräumen, als sie schon besitzen. Da, wo keine Gemeinden selbständig sind, wird weder für Schulzwecke, noch für Zwecke der Hygiene etwas ausgegeben. Wir haben z. B. in Mannheim auf der Volksschule den französischen Unterricht. Aber auf dem Lande haben wir vielfach noch Halbtagsschulen.

Lindemann verlangt eine Wertzuwachssteuer, weil das Sinken und Steigen des Grund und Bodens mit der Gemeindegeldigkeit eng zusammenhängt. Ich begreife nicht, warum wir von unserem allgemeinen steuerpolitischen Grundsatze auf einmal abweichen sollen. Die Wertzuwachssteuer wird verlangt, seitdem der bairische Landtags-Abgeordneter Jäger ein Buch darüber geschrieben hat. In preussischen Gemeinden ist diese Steuer heute schon zulässig. Aber glauben Sie denn, daß diese Steuer von denen gezahlt wird, denen der unbedeutende Wertzuwachs zufällt? Nein, sie wird abgewälzt werden, und die Grundrente wird davon nicht getroffen. Lindemann hat eben nur die finanziellen, nicht die sozialpolitische Seite der Frage im Auge gehabt.

Bedenklich ist es, daß er die wichtige Wohnungsfrage so en passant mit zwei Sätzen abthut. Lindemann hält die Umsatzsteuer für zu hoch, das heißt, er vertreibt sie nicht prinzipiell, aber um die Steuer so zu gestalten, wie er dies will, bedürfen wir noch eines ganz andern Einflusses auf die Landesgesetzgebung. Ich will nicht sagen, daß die Wertzuwachssteuer unter allen Umständen zu vertreiben ist. Aber wir dürfen sie nicht grundsätzlich fordern, denn dann würden unsere Gemeindevertreter auch dann dafür zu stimmen gezwungen sein, wenn sie abgewälzt werden kann. Würden wir bezüglich der Steuer nach dem gemeinen Wert und auf den Standpunkt von Lindemann stellen, dann wäre der Kampf der Berliner gegen die Mietssteuer unersichtlich, denn dann wäre die Abschaffung der Mietssteuer nur ein Geschenk an die Hausbesitzer. In der jetzigen Fassung ist die Resolution Lindemann für mich unannehmbar.

Freiwaldt-Panlova: Die Resolution Lindemann ist schon so zerstückelt und so zerrissen, daß nicht mehr viel davon übrig bleibt. Sie enthält manches Gute; aber ich möchte den Leher, der mir ein kommunales Programm vorlegen konnte, an dem nichts auszusetzen ist. Auch ich bin mit dem Entwurf von Lindemann nicht ganz einverstanden. Es ist z. B. keine Rede davon, daß wir Lieberführung des Grund und Bodens in den Besitz der Gemeinden fördern müssen. Dagegen fordert die Resolution Hoch, daß in den ländlichen Gemeinden der Gemeindegeldbesitz an Wald, Wiesen und Aedern erhalten und möglichst vergrößert werden soll. Meiner Meinung nach kommt es hier nicht sowohl auf die ländlichen Gemeinden als auf die Städte an. (Sehr richtig!) Die Städte haben ganz besonders darauf zu achten, daß der Grund und Boden, der in ihrem Besitze ist, nicht veräußert wird. (Sehr richtig!)

Unsere Genossen sind ja noch zu schwach, um sich dagegen auflehnen zu können. Aber auch heute noch betreiben einzelne Gemeinden den größten Schacher in Grund und Boden. Es werden Grundstücke veräußert, und wenn die Gemeinden später bauen wollen, müssen sie zu ungeheuren Kosten sich wieder den Grund und Boden anschaffen. (Sehr richtig!)

Was die Ueberflüsse aus wirtschaftlichen Betrieben anbelangt, so mache ich darauf aufmerksam, daß es kommunale Einrichtungen giebt, aus denen wir sehr wohl Ueberflüsse herauswirtschaften könnten; leider ist es uns nicht gestattet. In einem Vororte von Berlin wurde vor kurzer Zeit der Preis für den Kubikmeter Wasser von 20 auf 15 Pf. herabgesetzt, die bürgerliche Majorität machte damit den Hausbesitzern ein Geschenk von 25-30 000 M. pro Jahr. In kurzer Zeit aber stellte sich heraus, daß das Wasserwerk vollständig ungenügend war; es müssen Reuanlagen vorgenommen werden, und die Kosten darüber hat die Gesamtheit zu tragen. (Hört! hört!) Wenn wir wirklich in den großen Städten aus kommunalen Einrichtungen kommunale Ueberflüsse erzielen würden, so würde über kurz oder lang die Regierung verbieten, daß diese Summen zur Entlastung der allgemeinen Steuerlast verwendet würden. Sie würde schon dafür sorgen, daß die Hausbesitzer und die übrigen besitzenden Klassen Vorteile davon hätten.

Repp-Friedberg: Wir wollen den pensionsberechtigten Angestellten der Städte jede mit Bezügen verbundene Arbeit für Private verbieten, und zwar thun wir das auf Grund unserer praktischen Erfahrungen. Ebenso wollen wir den Privatbeamten jede Spekulation in Grund und Boden verbieten. In Friedberg haben wir schon eine solche Bestimmung in den Anstellungsverträgen aufgenommen.

Den Passus der Lindemannschen Resolution „Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden“, beantragen wir, zu streichen, nicht etwa, weil wir derartige Bestimmungen nicht für nötig halten, sondern weil wir nicht für eine bestimmte Kategorie etwas schaffen dürfen, denn diese Kategorie würde dann an dem Klassenkampf der Arbeiter nicht mehr teilnehmen.

Gishorn-Pforzheim: Auch ich bin nicht in allen Punkten mit der Resolution einverstanden und bin deshalb für eine gewisse Ueberarbeitung in einer Kommission. Allgemein aber bitte ich, die Resolution in dem Sinne anzunehmen, daß sie als leitender Grundsatz gilt. Ein Gemeindeprogramm für ganz Deutschland auszurarbeiten ist schlechterdings unmöglich. Dazu sind die Verhältnisse zu verschieden. Aber als allgemeine Richtschnur — und so ist sie auch gedacht — könnte man die Resolution, wenn sie nochmals überarbeitet wird, schon gelten lassen.

Im Gegenjahre zu Lindemann stehe ich auf dem Standpunkt, daß man bei der Gemeinde-Autonomie doch

auch gewisse Grenzen einhalten muß und die Staatsrechte nicht allzu sehr beschränken soll. Ebenso wie in Bayern wäre in Baden und andern Einzelstaaten eine absolute Gemeinde-Autonomie unter Umständen schädlich. In Bezug auf die Schule gehe ich weiter als Lindemann. Ich verlange die reine Staatschule, und zwar die Einheitsschule. Aber diese Staatschule soll Staatschule in möglichst weitem Umfange sein. Die Schulen müssen unter allen Umständen, soweit der Betrieb der Schule in Frage kommt, dem Staate auferlegt werden, die Baukosten könnten ja die Gemeinden tragen.

Ob ein Einkammer-System immer das werthvollste ist, ist auch eine Streitfrage.

Noch einige Bemerkungen zu den sozialen Forderungen. Ich möchte bezweifeln, daß es möglich war, alle diese einzelnen Forderungen, die unter b) enthalten sind, aufzuzählen. Aber auch schon a) geht mir zu weit. Ich glaube, es ist bedenklich, hier die Gemeinde-Arbeitslosen-Fürsorge zu verlangen. Unsere Forderung der staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung kann dadurch leicht erschwert werden.

Was die Unständigkeit des Erwerbes der Staatszugehörigkeit anlangt, so würde das vielfach eine bloße Beschränkung genügen, denn es handelt sich oft nur um Chikanen.

Ein Antrag Frohne auf Schluß der Debatte wird von Vorgmann bekämpft, da das Thema noch nicht ausgiebig genug erörtert worden sei.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Lindemann (Schlußwort):

Ein großer Teil der Debatte hätte erspart werden können, wenn sich die Genossen die Resolution genau angesehen hätten. Die Resolution soll kein allgemeines Aktionsprogramm sein, das bei jeder Wahl überall in gleicher Weise in Kraft treten muß, daran ist bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse nicht zu denken. Sie muß von vornherein mit diesem Körnchen Salz aufgeföhrt werden. Thut man das, so kann sie im allgemeinen, meines Erachtens, wohl acceptiert werden. Es hat sich in der Debatte wieder der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis herausgestellt. Sie müssen aber bedenken, daß ein allgemeines Programm niemals auf Grund der Verhältnisse einer Gemeinde, auch nicht eines Landes aufgestellt werden kann. Dieser Fanatismus der Centralisation, wie er vielfach vorhanden ist, scheint mir ganz rückständig zu sein. Alles soll der Staat machen, aber womit denn? Keinen Sie wirklich, daß der Staat alle möglichen Ausgaben nur aus finanziellen Gründen auf die Gemeinde abwälzt? Keinen Sie nicht, daß dabei auch der Grund mitwirkt, daß die Gemeinde für viele Aufgaben eben das richtige Organ ist? Die Armenpflege soll verstaatlicht werden, aber die Verwaltung muß dann doch von den Gemeinden besorgt werden, sonst ist der arme Teufel ja verhungert, bevor der Instanzengang erschöpft ist. Das ist dieser Centralisationsfanatismus, den ich für ganz verkehrt halte. (Sehr richtig!) Es heißt, die Resolution scheidet nicht scharf genug zwischen den Forderungen an den Staat und an die Gemeinden.

Die Sache ist aber doch so, daß Punkt 1 und 2 im wesentlichen die Forderungen an den Staat enthält. Diese Forderungen gehören durchaus in ein Kommunalprogramm, weil sie die Voraussetzung dafür sind, daß die Kommune ihren Aufgaben gerecht werden kann.

Die Wertzuwachssteuer hat Anfechtungen erfahren. Es ist richtig, daß ich dieser Steuer keine sozialpolitische Bedeutung beimesse. Ich bin überhaupt der Meinung, daß eine solche Wertzuwachssteuer ergänzt werden muß durch eine energische Thätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Erst dann wird die Gemeinde auf dem Gebiete der Wohnungsfrage sozialpolitisch wirken können. Natürlich ist es richtig, daß die Durchführung der Wertzuwachssteuer vielem Wiederstande begegnen wird. Jedenfalls aber ist dies zur Zeit dasjenige Mittel, das zur Einführung am reifsten ist. In Frankfurt a. M. haben wir sie ja schon, und wir haben ja die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhalten.

Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, die Forderung der Einheitsschule anzunehmen. Ich habe das absichtlich außer Acht gelassen, weil ich überhaupt keine die Schule betreffende Forderung annehmen wollte, da diese Frage im Parteiprogramm geregelt ist.

Auf die Anträge will ich im einzelnen nicht eingehen. Ich möchte Sie nur bitten, die Angelegenheit jedenfalls nicht wieder um ein Jahr zu verschieben. Das wäre ein testimonium paupertatis, und ich meine, da meine Resolution ja kein Aktionsprogramm, sondern nur eine Art Richtschnur sein soll, kann sie sehr wohl zur Abstimmung gebracht werden. (Beifall.)

Die Anträge Ulrich (Kommissionsberatung) und Vorgmann (Ueberweisung an die sozialistischen Gemeindevertreter als Material) werden abgelehnt. Der Antrag auf Einfügung der Forderung der vollen Koalitionsfreiheit für Gemeindegestellte wird angenommen, und mit dieser Einfügung die ganze Resolution Lindemann, die im übrigen unverändert bleibt.

Der ebenfalls zur Resolution gestellte Antrag 61, sowie ein Antrag auf Streichung des vorletzten Absatzes werden abgelehnt. Damit ist die Resolution Hoch (62) erledigt.

Hoch fordert die Delegierten auf, morgen früh vor Beginn der Sitzung die Stimmzettel zu den Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission abzugeben.

Hierauf vertritt sich 7 1/2 Uhr der Kongress auf morgen. Eine Abendungung findet nicht statt, da das Bureau der Ansicht ist, daß die Tagesordnung erledigt werden kann.

Dem Parteitag sind weiter noch folgende vier Anträge zugegangen:

1. Antrag: Der Parteivorstand wird beauftragt, in seinem Bericht eine Zusammenstellung der schwersten, charakteristischsten bekannt gewordenen Soldatenmishandlungen aufzunehmen. Stagenstein.

2. Resolution: Veranlaßt durch die immer wiederkehrenden Fälle von Soldatenmishandlungen rohester und ehrlosester Art erhebt der Parteitag der socialdemokratischen Partei Deutschlands stommenden Protest gegen diese Verhätigung nichtswürdiger Gesinnung, wie auch gegen das System, aus dem sie immer wieder neu hervortreiben.

Der Parteitag macht es allen unter der Fahne stehenden jungen Männern zur heiligsten Pflicht, sich selbst jeder Art Mißhandlung oder Ehrverletzung gegen Kameraden oder Untergebene sorgfältig zu enthalten, zugleich aber auch zur Hintanhaltung beziehungsweise Abwendung aller gegen sie selbst oder Kameraden gerichteten Gewaltthätigkeiten oder Neheiten jede gefällig zulässige Verweise zu leisten. Zugleich richtet der Parteitag an die Militärbehörden die dringendste Aufforderung, ihren oft in Worten belandeten guten Willen in dieser Richtung durch Anwendung der erforderlichen Maßregeln von unbegrenzter Entschiedenheit gegen Menschenquälereien aller Art, wie auch gegen die verantwortlichen Vorgesetzten in die That umzusetzen. Stagenstein. v. Volkmar. Bebel.

3. Resolution: Gemäß den socialdemokratischen Forderungen auf Beseitigung der Schulen erklärt der Parteitag, sowohl gegenüber den Verfassungsbestrebungen der vereinigten Konservativen, Ultramontanen und Nationalliberalen, als auch gegenüber der einseitigen liberalen Agitation für die Simultan- und die Pädagogischen, ethischen und politischen Gründen die völlige Trennung der Schule von der Kirche und damit die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule zu verlangen.

Der Parteitag erklärt ferner, daß die Volksschule, wie die ganze Erziehungsweise und die Regelung der religiösen Frage einer grundsätzlichen Reform an Haupt und Gliedern durch ein Reichsgesetz bedarf und zwar auf dem Wege, den die vom Völkertum längst verleugneten revolutionären Pädagogen des Bürgerthums, insbesondere Comenius und Pestalozzi, ferner Goethe und Karl Marx gewiesen haben.

Der Parteitag erklärt endlich, daß keine bürgerliche Partei ein unmittelbares und uneigennütziges Interesse an der Volksschule hat. Die Befreiung der Volksschule aus der heutigen unwürdigen Stellung als Pflanz der herrschenden Klassen und der

Kirche kann nur das Werk der Arbeiterklasse vermittelt des Klassenkampfes sein. Maxa Jekin, Heinrich Schulz.

4. Resolution:

Der Parteitag der deutschen Socialdemokratie beglückwünscht die italienischen Genossen zu ihrem tapfern und siegreichen, durch den politischen Massenstreik angefochtenen Kampf auf Herzliche.

Dr. Robert Michels. A. Betters. Adeling. Weyers. Verten. Emil Böhm. J. Efftinge. K. Vöhl. von den Berg. Gustav Heinze. Theodor Bömelburg. Heinrich Koch. A. Fauth. Beckmann. Ulrich. Antel. Sperka. A. Gomingen.

In Sachen „Leipziger Volkszeitung“ contra Südekum sind folgende zwei Anträge eingelaufen:

1. Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste den rüden Ton, den die „Leipziger Volkszeitung“ in einer Notiz in der Nr. 221 vom 22. September dieses Jahres gegen den Genossen Südekum wegen dessen Ausführungen auf dem Parteitag angeschlossen. Der Parteitag fordert die „Leipziger Volkszeitung“ auf, sich für die Folge eines unabhängigen Tones gegenüber Parteigenossen zu befehligen. G. Dienau. Th. Müller-Schleswig. Karl Jürs. D. Mindfleisch. Emil Eiken. J. D. Jacobson. Förster. Feldmann. Wartenberg. Kurtz. A. d. Elm. Schmidt. A. Köster. Aug. Horn. E. W. Bude. G. Klein. Bartels-Dortmund. Hünche. A. Scher. Dörmde. Oskar Bettelein. E. Zimmermann. G. Paulus. Leister. B. Weinheber. Volkmar. August Bebel. Paul Hoffmann. W. Stille. E. Schulz. G. Thoen. Th. Bömelburg. W. H. Frisch. E. Jacobson. Adolf Scherf.

2. Kaum hat der Parteitag gegen einen Genossen einen Tadel wegen des „häßlichen und hochfahrenden Tones“ seiner Polemik beschloffen, so setzt sich ein bekanntes Parteiblatt rüchsiglos über diesen Beschluß hinweg und unternimmt gegen einen Genossen wegen dessen Ausführungen auf diesem Parteitag einen Angriff, wie er in so beleidigender und gehässiger Form in der Partei wohl noch kaum beobachtet ist. Die unterzeichneten Delegierten sprechen hierdurch über den ganz unqualifizierbaren Ausfall der „Leipziger Volkszeitung“ gegen den Genossen Südekum ihre tiefste Entrüstung aus und erwarten, daß die Genossen allenfalls einen solchen, der Partei unwürdigen Kampfesweise mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten werden. J. Grünwaldt. H. Stubbe. August Bebel. Th. Müller-Schleswig. W. Stille. J. Efftinge. Frohne. Paul Hoffmann. J. Evert. D. Besper. J. Schmid. Karl Hildenbrand. Stajk. Jasper. Ritsch. Vogt. Volkmar.

Zum Verständnis dieser Anträge sei die fragliche Notiz der „Leipziger Volkszeitung“ hiermit wiedergegeben:

„Bürger Albert Südekum, Volksvertreter und Ritter hoher Preisen, scheint sich auf Grund seiner neuesten Heldenthaten bereits als angehender Oberhofmarschall des Zukunftsstaates zu fühlen. Auf dem Parteitag gebardete er sich als kundiger Jeronimonmeister der Parteifäden und des „guten Tones“ und machte eine kleine Anleihe an die bon mots von Dresden. Er meckerte etwas über — ah, ah — „psychologische Rätsel“, deren wir — ah, ah — „noch mehrere in der Partei haben“. Was ist das? Fabelhaft! Weinabe Serenifimus! „Psychologische Rätsel“ sind ja nur in plebejischen Regionen zu finden, wo die Wunden des Lauffießels und Krawattenports aufhören und man sich nicht immer strebend bemüht, sich von einer Märchensee erlösen zu lassen, um nachher selbst als moderner Dorndüchsenprinz politisch zu debilitieren; wo man auch mit sorgem Fünfte nicht zu wuchern versteht und wo den Weltmann alles rätselhaft, unheimlich, unpsychologisch berührt. Erst in den höheren und höchsten Sphären der Menschheit fängt das psychologische Verständnis des Bürgers Südekum zu funktionieren an. Da droben auf den verklärten Höhen der Gesellschaft ist alles durchsichtig hell, und um sein ganzes Wesen wirds unansprechlich klar.“ Kein Wunder, daß ihm auch Schippl immer unheimlicher wird. Der Mann ist offenbar „gebildet“, ein moderner Mensch und kein „Prolet“. Aber äußerlich sieht man ihm das gar nicht an. Er sieht aus, wie ein Anführer aus einem Modejournal von vor 40 Jahren, kleidet sich wie ein Landpfarrer in schwarzem Gehrock und Papiertragen. Ein psychologisches Rätsel! Es wird Zeit, daß die internationale Revolution der Strohkrone, Wigelwecken und Schmalbäusche blutigrot am Horizont aufsteigt und Bürger Südekum Generalgarderobier des Zukunftsstaates wird. Sonst giebt ihm die Partei noch weitere „psychologische Rätsel“ auf.“

Nach dem Parteitagbericht des „Vorwärts“ hat Genosse Karl Liebknecht in Bremen in seiner Begründung des Antrages 110 folgende Aeußerung gethan:

„Von dem Genossen Friedeberg rüde ich auf das allerhöchste ab. Die Spandauer Versammlung, in der der Antrag beschloffen wurde, verschiedie allerdings Fr. mit Haut und Haaren. Das lag aber wohl daran, daß die Spandauer Genossen ihn nicht kannten.“

Dem gegenüber erkläre ich:

1. Mit dem Antrage „den Generalstreik zum Zwecke der Disziplin auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu stellen“, hatte die Generalversammlung des socialdemokratischen Arbeitervereins Spandau sich noch in keiner Weise auf die Friedebergischen Ansichten festgelegt.

2. In der öffentlichen Volksversammlung hingegen ist die seiner Zeit auch im „Vorwärts“ abgedruckte Spandauer Resolution nach einem Referat Friedeberts, und zwar nach Stunden langer Diskussion, mit großer Majorität angenommen worden.

Die Angriffe des Genossen Liebknecht gegen Friedeberg auf dem Parteitage halte ich darum für um so bedauerlicher als Genosse Liebknecht zu unserer Friedeberg-Versammlung wiederholt und dringend eingeladen worden war, es aber andärrlich ablehnte zu erscheinen und dann auch nicht erschienen war!

Spandau, 23. September 1904.

Ernst Nieger.

Verfammlungen.

Für den 30. Kommunal-Wahlbezirk fand gestern Abend im „Rosenhauer Hof“ eine zahlreiche besuchte öffentliche Versammlung statt, in der der socialdemokratische Kandidat für die durch den Tod des bisherigen freisinnigen Vertreters des Bezirkes notwendig gewordenen Nachwahl aufgestellt wurde. Zunächst hielt der Stadtordneter Franz Kocke einen Vortrag über „Freiwilligkeit im Roten Hause“, in welchem er das traurige Verhalten der Freisinnigen zu den wichtigsten Fragen der Gemeindeverwaltung und Gemeindepolitik treffend beschuldete und scharf verurteilte. Nach dem Vortrage, der lebhaften Beifall hervorrief, teilte Genosse Liepmann mit, daß die Organisationen des 5. und 8. Reichstags-Wahlkreises, die beide am 30. Kommunal-Wahlbezirk teilhaben, beschloffen hatten, den Geschäftsführer des Berliner Gewerkschaftshauses Johannes Sassenbach, der schon früher in dem Bezirk kandidierte, der Versammlung wiederum als Kandidaten zu empfehlen. Genosse Sassenbach hielt dann eine kurze wohlüberdachte Ansprache, in der er zum Schluß erklärte, daß er, wenn er gewählt werde, in der selben Weise wie die übrigen Socialdemokraten im Stadtparlament mitarbeiten, und den Grundfäden der Partei getreu werden werde. — Zur Diskussion verlangte trotz Aufforderung des Vorsitzenden Liepmann an die Gegner niemand das Wort. Genosse Liepmann machte noch darauf aufmerksam, daß, wenn feilig gearbeitet wird, die Aussichten für die Wahl unfres Kandidaten recht günstig sind, was auch der Umstand beweist, daß wir im selben Bezirk bei den Landtagswahlen in der 3. Abtheilung die Mehrheit erzielten. — Dann wurde Genosse Sassenbach von der Versammlung einstimmig als Kandidat aufgestellt. — Der Vorsitzende forderte die Anwesenden zu eifriger Theilnahme an der Agitationsarbeit, und besonders an der am Sonntagmorgen stattfindenden Flugblattverbreitung auf. Dann wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die Socialdemokratie geschlossen.

Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bremen, den 23. September 1904.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet Vorsitzender Dietz die Sitzung mit der Mitteilung, daß Finckel-Bronberg, der an der Abstimmung vom Mittwochabend nicht teilnehmen konnte, dem Bureau erklärt hat, er würde für die Resolution Webel und das Amendement Freythaler gestimmt haben. Paul Hoffmann-Hamburg, der gleichfalls verhindert war, an der Abstimmung teilzunehmen, hat erklärt, er würde für die Resolution Webel und gegen das Amendement Freythaler gestimmt haben.

Ein Begrüßungs-Telegramm von deutschen Genossen aus Paris wird verlesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Bernstein: Ich habe nicht, wie der „Vorwärts“-Bericht irrtümlich behauptet, Klausch vorgeworfen, er habe Schippel Widersprüche vorgeworfen, wo keine waren, sondern umgekehrt gesagt, Schippel habe Klausch in der Frage der Agrarzölle Widersprüche vorgeworfen, wo keine waren.

Paplow: Die Resolution von Hamburg III habe ich nicht erst hier in Bremen kennen gelernt; sie ist mir schon in Hamburg gedruckt vorgelegt worden. Im Bericht hat also an der betreffenden Stelle das Wort „hier“ wegzufallen.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein und geht zu Punkt 4 über:

Organisation.

(Berichterstatler: A. Gerisch.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Dietz verzichtet der Parteitag vorläufig auf die Entscheidung über die Unterstüßung der hierzu gestellten 97 Anträge, da wahrscheinlich Kommissionsberatung beschlossen werden würde und die Anträge dann einfach der Kommission überwiesen werden könnten.

Das Wort als Berichterstatter erhält

Gerisch-Berlin:

Parteigenossen und Genosseninnen! Durch Beschluß des Dresdener Parteitages war dem Parteivorstand die Aufgabe zu Teil geworden, dem diesjährigen Parteitage einen neuen Entwurf unserer Organisation vorzulegen; gleichzeitig waren ihm eine ganze Reihe Anträge in dieser Richtung in Dresden als Material überwiesen worden. Davon beschäftigten sich allein sechs mit einer Neuregelung der Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage, man wünschte, daß sie sich entweder durch den Fraktionsvorstand oder durch eine Delegation solle vertreten lassen. Der Vorstand hat diesen Anträgen insofern Rechnung getragen, als in dem neuen Entwurf, der Ihnen im Antrag 63 vorliegt, die Vertretung der Fraktion dermaßen geregelt wird, daß in Zukunft nur der vierte Teil der Fraktion als Delegation auf dem Parteitage anwesend sein soll. Das mag Rayenstein zur Bemühung dienen, der, wenn auch nur in sehr bedingter Weise den Vortritt erhoben hat, es würden dem Parteivorstand immer eine Reihe von Anträgen überwiesen, ohne daß man sie höre, was daraus würde. Ob gerade der in Vorschlag gebrachte Modus von 25 Prozent das richtige trifft, darüber wird sich ja reden lassen.

Eine Reihe weiterer Anträge beschäftigt sich mit der Neuregelung der Vertretung der Parteigenossen auf dem Parteitage überhaupt. Es wurde da zum erstmaligen der Wunsch laut, daß diese Wahlen nach dem Proportionalwahl-System vorgenommen würden. Es lagen im Vorjahre zwei specialisierte Vorschläge in dieser Richtung vor von Berlin III. und von Bremen. Die Bremer Genossen wünschten, daß in Wahlkreisen, in denen bis 10 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben waren, 1 Delegierter gewählt werden sollte, in Wahlkreisen bis zu 25 000 Stimmen 2, in solchen über 25 000 Stimmen 3. Unter Zugrundelegung dieses Modus hätten sich 281 Wahlkreise ergeben, die Delegierte hätten entsenden können, und zwar 162 Kreise mit je einem Delegierten, 92 Kreise mit zwei Delegierten, also zusammen 184, und 22 Kreise mit drei Delegierten, also zusammen 66 Delegierten, so daß wir eine Gesamtvertretung von 412 Delegierten hätten. Nach diesem Vorschlag war weiter vorgesehen, daß Wahlkreise, die weniger als 1500 Stimmen aufgebracht hätten, einen eignen Delegierten überhaupt nicht entsenden dürften, sondern daß sie berechtigt und verpflichtet waren, ihre Vertretung einem Nachbarreise zu übergeben. Andererseits ging der Vorschlag des dritten Berliner Wahlkreises dahin, es sollten in Wahlkreisen bis zu 5000 Stimmen ein Delegierter, in solchen bis zu 20 000 Stimmen zwei und in Kreisen mit über 20 000 sozialdemokratischen Stimmen drei Delegierte gewählt werden. Unter Voraussetzung, daß ebenfalls 281 Wahlkreise in Betracht kämen, hätten sich danach ergeben 87 Kreise mit einem Delegierten, 180 mit zwei, zusammen 310, und 34 Kreise mit drei, zusammen 102 Delegierte, mithin eine Gesamtvertretung von 500 Delegierten. Das wäre also schon ein ganz stattliches Parlament geworden.

Kun ist es aber mit dem bloßen Recht, Vertreter zu entsenden, nicht gethan, diese Vermehrung wäre ja in erster Linie den kleineren und mittleren Kreisen zu Gute gekommen. Aber dies Recht hatten die Kreise jetzt auch schon. Schwierigkeiten ergaben sich nur bei der Kostenaufbringung, da liegt der Haken im Pfeffer. Wenn nicht gleichzeitig mitbestimmt worden wäre, daß die Kosten aller Delegationsen aus der Zentralkasse getragen werden, hätte die ganze Aenderung gar keinen Zweck gehabt, und es lag auch ein Antrag vor, der diese Eventualität vorsah, der verlangte, daß der Parteivorstand die Kosten der Delegation übernehmen sollte. Das würde aller Voraussicht nach zu ziemlichen Unzutunlichkeiten geführt haben, wenigstens solange wir die gegenwärtige lose Organisation haben. Würde die Zentralkasse die Kosten übernehmen, so würden die Kreise von ihrem Wahlrecht zweifellos Gebrauch machen, aber an der Ausbringung der Kosten würden sie sich nicht beteiligen, und wir hätten dann denjenigen Kreisen, die ohnehin die Mittel für die Gesamtbedürfnisse der Partei in hohem Maße aufbringen müssen, auch noch diese Lasten aufzubladen, und es würde nicht lange gedauert haben, dann würden von diesen Kreisen Klagen darüber laut, daß sie von den Delegierten der kleineren Kreise überstimmt und erdrückt werden. Außerdem hat die gegenwärtige Form der Vertretung keinerlei nennenswerte Mängel bisher ergeben, daß etwa eine dringende Notwendigkeit zu einer Aenderung vorläge; das ist erst dann möglich, wenn die Organisation insoweit geschlossen worden ist, daß jeder Kreis seinen Anteil an den Kosten aufbringen muß. (Sehr richtig!) Heute bildet das Bestreben, auf dem Parteitag vertreten zu sein, immerhin noch den Ansporn für viele Kreise, einmal etwas Geld aufzubringen; das würde fortfallen, wenn die Kosten von der Zentralkasse übernommen würden. Neu ist unser Vorschlag, daß jeder Genosse, so weit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, einer bestimmten Vereinsorganisation angehören muß. Bisher genügte es, daß jemand sich an den Gemeindegängen der Partei bekannte und die Partei dauernd mit Geldmitteln unterstützte. Nun ist ja die Einschränkung, so weit nicht zwingende Gründe vorliegen, vielfach angefochten worden; man hat gefragt: „Was sind zwingende Gründe? Das wird wieder jeder selbst entscheiden müssen, und dadurch würde alles beim alten bleiben.“ Ja, wir haben keine bessere Form finden können, die „zwingenden Gründe“ sind eben so verschiedener Natur, daß es nicht möglich ist, sie einzeln aufzuführen. Nach unsrer Meinung würden, wenn dieser moralische Zwang, durch den wir es jedem Einzelnen zur Pflicht machen, zu prüfen, ob er dem Verlangen, sich zu organisieren, nachkommen kann, nicht genügt, andre Bestimmungen auch nicht helfen, um die Genossen in die Organisation zu bringen. Eine

grundlegende Aenderung schlägt der Parteivorstand insofern vor, als in Zukunft Ausschüsse aus der Partei nur von einer Organisation beantragt werden können. Eigentlich ist damit nur wiederhergestellt, was immer Parteibranch gewesen ist, aber in der Fassung, die das Organisationsstatut in Mainz erhalten hat, ist dieser Punkt unklar geblieben, und es hat sich im Laufe der Zeit der Gebrauch herausgebildet, daß einzelne Genossen Ausschlußanträge stellten, denen Folge geleistet wurde. Die Mainzer Kommission ist anderer Auffassung gewesen, sie hat stillschweigend vorausgesetzt, daß solche Anträge nur von einer Organisation gestellt werden dürfen. Wir schlagen Ihnen nun vor, diese Bestimmung so zu fassen, wie es die Mainzer Kommission voraussetzte. Das gegenwärtige Statut läßt es auch im unklaren, was geschieht, wenn ein Genosse sich überhaupt dem Schiedsgericht nicht stellt. Auch da war die Kommission in Mainz der Meinung, daß dann der Betroffene ohne weiteres als ausgeschlossen gilt, sie hat das nur nicht ausgesprochen. Wir beantragen deshalb, daß jeder Genosse, der sich einem ordnungsgemäß zusammengesetzten Schiedsgericht nicht stellt, ohne weiteres als ausgeschlossen gilt. Ein gewisses Gegengewicht gegen diesen Vorschlag bietet die Bestimmung, daß Ausschlußanträge einer gewissenhaften Vorprüfung unterzogen werden sollen; der Parteivorstand kann und darf diese materielle Vorprüfung nicht vornehmen, er kann die Sache nur nach der formellen Seite hin behandeln, und um nun zu verhindern, daß etwa frivol ausgeschlußanträge gestellt werden, wird verlangt, daß nur eine Organisation den Antrag stellen darf. Wenn die Genossen verpflichtet sind, sich unter allen Umständen zu stellen, so darf wenigstens kein Unfug mit dem Schiedsgerichte getrieben werden. Es ist zu dem Vorschlag, daß jeder Genosse einer Organisation angehören muß, noch der Zusatzantrag gestellt, er muß am Ort seines Wohnortes organisiert sein. Diefem Antrag ist eine gewisse Berechtigung nicht abzuspüren, man wird ihn acceptieren können, um so mehr, da auch in diesem Fall noch Spielraum gelassen ist. Der neue Entwurf sieht dann weiter noch eine Anzahl von Bestimmungen vor über Fristen, die bei dem schiedsgerichtlichen Verfahren innezuhalten sind. Darüber hinaus glaubte der Vorstand nicht gehen zu sollen, er ist im großen ganzen bei der bisherigen Form der Organisation geblieben, er glaubt, daß in seinem Vorschlag alles enthalten sei, was gegenwärtig gesehen kann.

Kun ist aus den Reihen der Genossen heraus vielfach die Forderung einer strengeren, strafferen, geschlosseneren Organisation erhoben worden. Dieser Wunsch ist weit verbreitet, er hat seinen prägnantesten Ausdruck in dem Dresdener Antrag gefunden. Während der Vorstand sich an das Mögliche hielt, haben die Dresdener einfach nach der bekannten Weise der stöckeliger gearbeitet, man nimmt 3 Pfd. rohes Fleisch, 6 Eier usw. (Weiterkeit.) Man thut so, als ob unser Wille da allein maßgebend wäre, als ob wir allein auf die Gestaltung der Dinge einwirken könnten, als ob da keine andern Faktoren vorhanden wären, die ein gewichtiges Wort mitzubringen haben. Ich nehme als selbstverständlich an, daß der Sitz einer derartigen geschlossenen Organisation Berlin sein müßte, es ist ja möglich, vorübergehend auch von einem andern Ort aus die Parteigeschäfte zu führen, aber auf die Dauer ist es gar nicht zu umgehen, daß der Vorstand seinen Sitz in Berlin haben muß. Damit aber würden wir den ganzen Centralverein den preussischen Vereinsgesetz unterstellen, es wäre dann unmöglich, zu sagen, Mitglied der sozialdemokratischen Partei kann nur der sein, der der Centralorganisation angehört, denn damit würden wir sofort alle Genossinnen ausschließen. Um diese entscheidende Frage geht leider auch der § 1 des Dresdener Entwurfs herum wie die Frage um den Wel. Es heißt da nur: „Die Sozialdemokraten Deutschlands bilden einen Centralverband, der seinen Sitz in Berlin hat; Mitglied desselben kann jede Person werden, die...“ usw. Es fehlt aber die Festbestimmung: „Der diesem Verbande nicht angehört, ist nicht Parteigenosse“ oder: „Er kann unter den und den Bedingungen trotzdem Parteigenosse sein“. Das muß ausgesprochen werden: Entweder — oder! Da wir aber nicht große Gruppen von Parteigenossen ausschließen können, so müßte doch die so viel angefochtene Formulierung des Vorstandes eingefügt werden: „Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Parteigehörige Mitglied einer sozialdemokratischen Vereinsorganisation sein!“ Ich erinnere daran, daß sich in dem laarabischen Prozeß wieder gezeigt hat, welche unerhörten Druck unsrer Staatsgewalten auf unsre Arbeiter ausüben, um sie von uns fernzuhalten. Wir haben ganze Länder, wie Mecklenburg, in denen politische Vereine sich überhaupt nicht bilden können. In Elßaß-Lothringen sind sie nur mit behördlicher Erlaubnis zulässig, die uns natürlich nicht erteilt wird. Wir können doch nicht die Arbeiter aller dieser Länder von uns ausschließen. Schon diese Gründe machen es unmöglich, die Dresdener Form zu wählen. Weiter: das preussische Vereinsgesetz legt dem Vorstand politischer Vereine die Verpflichtung auf, die Mitglieder anzumelden. Diese Bestimmung ist nie Vernunft gewesen, die erst durch den Wandel der Zeit zum Unfug wurde, sondern sie war von Anfang an eine Plage für alle Staatsbürger, die sich zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten zusammenfanden. Während aber in jener Zeit der schwärzesten Reaktion, wo diese Bestimmung entstand, Gebalter Schneider und Handshuhmacher noch annähernd in der Lage waren, dieser Bestimmung gerecht zu werden, ist das bei der heutigen Entwicklung der Dinge für eine Partei wie unsre, die Millionen von Anhängern umfaßt, beim besten Willen nicht mehr möglich. Wir könnten versuchen, was wir wollen, wir könnten Bureaus einrichten, soviel wir wollten; dieser Bestimmung könnten wir nicht gerecht werden. Es ist auch keine Hoffnung vorhanden, daß der Parteivorstand diese Verpflichtung auf die lokalen Vereine abwälzen könnte. Das Kammergericht in Berlin, die höchste Instanz für diese Frage, hat seit langer Zeit immer entschieden: wenn erst eine Anzahl von Merkmalen vorliegen, aus denen ersichtlich ist, daß der Gesamtvorstand eine Centralgewalt ausübt, so sind die einzelnen Vereine lediglich als dienende Glieder des Ganzen zu betrachten; sie sind dem Vorstand unterstellt und dieser hat die Kumbelung zu befohlen. Es würden sich dadurch aber weitere Unannehmlichkeiten ergeben. Wir haben eine Reihe von Bundesstaaten, in denen diese Anmeldefrist nicht besteht und in denen deshalb nicht nur Staatsarbeiter, sondern auch andre Staatsangestellte und Staatsbeamte eingeschriebene Mitglieder der Partei-Organisation sind. Das würde sich ändern, wenn der Berliner Parteivorstand die Mitgliederlisten einreichen müßte. Dann würden die betreffenden Bundesregierungen auf dem Umwege über Berlin erfahren, welche von ihren Angestellten und Beamten Mitglieder der Partei-Organisation sind. Das dürfen wir aber nicht zulassen. Und, Parteigenossen, darüber, daß die Polizeibehörden rücksichtslos auf der Erfüllung unsrer Pflichten bestehen würden, daß sie uns Tag für Tag auf das schärfste drangsalierten würden, darüber kann von vornherein kein Zweifel bestehen. Ich erinnere Sie an die Zeit, wo noch das Verbot der Verbindung politischer Vereine bestand. Für die besitzenden Klassen war diese Bestimmung längst nicht mehr vorhanden. Die großen Interessentenverbände der Kapitalisten haben gemeinsame Auftrags-erlassen, gemeinsame Tagungen abgehalten, gemeinsame Petitionen an das Parlament gerichtet, in denen sie Gesetze forderten oder vertwarfen und so direkt ihre Gesetzesvertretung drancierten, aber wir haben nie davon gehört, daß bei diesen Stützen der Gesellschaft bei Nacht und Nebel Handfuchungen abgehalten worden wären, daß einige Duzend von Kommerzienräten unter Anklage gestellt worden wären, wie es uns gegenüber durch den Köller-Koup geschehen ist. Zu Beginn der damaligen Prozeß-Verhandlung, wo wegen Uebertretung des Verbindungsverbots die Anklage gegen uns erhoben war, sagte der Vorsitzende des Gerichts zu den Angeklagten: „Ja, mache Sie auf eines aufmerksam, kommen Sie nicht mit dem Einwande, daß

andre Parteien das auch thun. Das geht uns hier nichts an.“ Der Vorsitzende hielt es also für gerichtsnotwendig, daß die betreffende Bestimmung ganz allgemein übertraten wurde. Wir haben also auf keinerlei Rücksicht zu rechnen. Und was würde es für eine Blamage sein, wenn wir nach ein paar Jahren erklären müßten: „Wir können unsere Geschäfte nicht durchführen und müssen zur alten Form zurückkehren“. Nein, eine Partei wie die unsre, kann für ihre Organisation keine Grundlage brauchen, die durch den Federstich eines preussischen Polizeiministers erschüttert werden kann. (Sehr richtig!)

Darüber besteht kein Zweifel: Eine Centralisation, eine Zusammenfassung der Kräfte, eine einheitliche Leitung ist unbedingt notwendig. Im Princip sind wir alle dafür. Aber auch das wollen wir im Auge behalten: Ein absolutes Mittel, unsrer Organisation ungezählte Tausende neuer Mitglieder zuzuführen, ist die geschlossene Organisation auch nicht. Es wick auf die Erfolge der Gewerkschaften hingewiesen, die namentlich nach der Durchführung der Centralverbände eingetreten sind. Aber es haben da auch andre Ursachen mitgewirkt. Früher, als die Mitglieder der Gewerkschaften monatlich nur halb so viel Beiträge zahlten, wie jetzt wöchentlich, und wo entsprechend die Leistungen der Gewerkschaften ganz minimal waren, hatten wir in den Gewerkschaften ein ewiges Kommen und Gehen. Erst mit der Erhöhung der Beiträge und der entsprechenden Steigerung der Leistungen der Gewerkschaften ist die rapide Zunahme eingetreten und erst seitdem bleiben die Arbeiter ihren Gewerkschaften treu. Es ist ganz charakteristisch, daß beispielsweise die Königsberger Genossen, die auf ihrem vorgehabenen Posten gewiß reiche Erfahrungen auf dem Gebiete der Organisation und Agitation haben, den Familien der Mitglieder der Parteiorganisation Sterbegeld gewähren. Sie wissen ganz genau, warum sie das eingeführt haben. In dieser Beziehung sind wir eben gegenüber den Gewerkschaften im Nachteil, weil wir unsern Mitgliedern keine direkten Vorteile gewähren können. Das wird aber nicht immer so bleiben. In demselben Maße, in dem unsre Aufklärungsarbeit fortbauert, wird auch die Mitgliederzahl unsrer Parteiorganisationen zunehmen, und wir hoffen ja, daß schließlich alle Mitglieder der Gewerkschaften, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, unsrer Parteiorganisationen beitreten werden. Nur müssen wir noch etwas Geduld haben und nicht meinen, daß eine bestimmte Organisationsform uns ohne weiteres die Mitglieder bringen müßte. Alle Vorteile, die die Centralisation mit sich bringt, können wir einheimen, ohne die fürchterlichen Fesseln des preussischen Vereinsgesetzes in Kauf zu nehmen. Und das muß unser Ziel sein. Wir können sehr wohl an Stelle der jetzigen Quatschigkeit die Kreisorganisation obligatorisch einführen. Wir können diese Kreisorganisationen zu Bezirksverbänden zusammenfassen und den Bezirks- und Landesverbänden besoldete Parteisekretäre geben. Wir können auch die Beitragspflicht regeln. Es kommt nicht darauf an, daß die Mitgliedsbücher und Marken von Berlin ausgegeben werden, sondern darauf, daß bestimmte Beiträge nach Berlin gezahlt werden. (Sehr richtig!) Auf diese Weise können wir eine stärkere Zusammenfassung unsrer Kräfte vornehmen, ohne auf die Bewegungsfreiheit zu verzichten, die die Vielgestaltigkeit unsrer Aufgaben — die größer ist als die der Gewerkschaften — erfordert.

So klar das alles ist, so sehr bin ich doch überzeugt, daß wir heute zu einem abschließenden Resultat nicht kommen können. Viele Parteigenossen haben viel zu lange in dem lustigen Verweiche der Phantasie gebaut, als daß wir uns hier sofort auf dem realen Boden der Thatfachen wieder zusammenfinden könnten. Welche Summe von Unkenntnis in diesen Fragen noch vorhanden ist, zeigt ja der Artikel Calwers, der in den „Monatsheften“ sein Licht leuchten ließ. Wie wenig aber auch andere Parteigenossen in der Lage sind, diese Fragen zu überschauen, zeigt der Antrag 20, der durch Beschluß des Parteitages diesem Punkt der Tagesordnung zugewiesen worden ist, und den Silberstein am Montag begründet hat. Der Antrag will dem Vorstande noch eine besondere Agitationskommission an die Seite stellen. Wenn Sie der Meinung sind, daß die Mitglieder des Parteivorstandes ihren Aufgaben nicht gerecht werden, so wählen Sie andre Personen. Aber dem Vorstande noch einen zweiten Vorstand an die Seite zu setzen — darauf läuft der Antrag hinaus —, wäre meines Erachtens ein totaler Mißgriff, denn da würden keine guten Früchte geerntet werden. Beide Körperlichkeiten würden sich ins Handwerk mischen und es würde nichts Gutes herauskommen. So sehen wir, wie notwendig eine eingehende Vorprüfung der Differenzpunkte ist. Wir werden deshalb um eine Kommissionsberatung gar nicht herumkommen. Diese Kommissionsberatung wird im Antrag 128 ja bereits gefordert. Ich erlaube mir nur eine etwas andre Fassung vorzuschlagen. Der Eingang des Antrages bleibt, nur mit der Aenderung, daß statt 25 nur 23 Mitglieder vorgeschlagen werden. Eigentlich ist auch diese Zahl noch zu groß (Sehr richtig!) und es wäre vielleicht wünschenswert, sie kleiner zu wählen. Aber wir sind zu dieser Zahl gekommen, weil wir die einzelnen Landes- und Provinzen doch einigermaßen berücksichtigen wollten. Ich schlage Ihnen folgende Fassung des Antrages 128 vor:

Der Parteitag beschließt: Zur gründlichen Vorbereitung einer Umarbeitung des Organisationsstatuts legt der Parteitag eine Kommission von 23 Mitgliedern ein, die aus Angehörigen der wichtigsten Bundesstaaten und Provinzen zusammengesetzt ist. Diese Kommission hat spätestens drei Monate vor Stattfinden des nächstjährigen Parteitages einen neuen Organisationsentwurf auszuarbeiten und den Parteigenossen zur Diskussion zu unterbreiten. Die Beschlußfassung darüber erfolgt auf dem nächstjährigen Parteitage. In der Kommission sollen vertreten sein: Preußen mit neun, Bayern mit zwei, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Elßaß-Lothringen, die thüringischen Kleinstaaten, Westfalen, Hamburg mit je einem Delegierten; außerdem sollen die Parteigenossen und der Parteivorstand mit je zwei Delegierten vertreten sein. In Vorschlag gebracht werden: für Preußen: Freythaler, Berlin für Berlin; Silberstein für die Provinz Brandenburg; Otto Braun, Königsberg für die Provinzen Ost- und Westpreußen; Löbe, Breslau für Schlesien; Gelehr, Oberfeld für Rheinland-Westfalen; Meister, Hannover für Hannover; Vater, Magdeburg für die Provinz Sachsen; Rohm, Hamburg für Schleswig-Holstein; Heinrich Schmidt, Stettin-Grabow für Pommern; Kollmar, München und Segig, Rarth für Bayern; Sindermann, Dresden für Sachsen; Wagners, Stuttgart für Württemberg; Dressbach, Mannheim für Baden; Ulrich, Offenbach a. M. für Hessen; Böhle, Straßburg i. E. für Elßaß-Lothringen; Wandert, Kolda für die thüringischen Kleinstaaten; Dietrich, Rostock für Mecklenburg; Paul Hoffmann, Hamburg für Hamburg; Frau Jettin, Stuttgart und Frau Dietz, Hamburg für die Genossinnen. Die Vertreter des Parteivorstandes sind von diesem zu bestimmen. Für den Fall, daß einer der Gewählten verhindert sein sollte, an den Arbeiten der Kommission teilzunehmen, können die Genossen des betreffenden Landessteiles einen andern erfahrenen Parteigenossen in Vorschlag bringen, der dann vom Parteivorstand zu berufen ist.

Soweit es irgendwie möglich war, sind bei dieser Vorschlagsliste die Vorschläge der betreffenden Landessteile selbst berücksichtigt worden. Sie sind an diese Vorschlagsliste selbstverständlich nicht gebunden. Bis auf einen Fall, der zwischen Berlin und der Provinz Brandenburg spielt, ist Uebereinstimmung bei den Vorschlägen erzielt worden. (Zwischenrufe.) Wenn diese Uebereinstimmung jetzt auch zwischen Berlin und Brandenburg erfolgt ist, um so besser! Nehmen Sie den Antrag an; die Kommission wird in dem Jahre die Arbeit leisten und dem nächsten Parteitage Vorschläge unterbreiten, die hoffentlich zum Wohle der Partei dienen werden. (Lebhafte Beifall.)

Kron und Genossen beantragen, die §§ 1 und 2 des Organisationsstatuts auf diesem Parteitage zu erledigen, den Rest des

Organisationsstatuts der Kommission zur Erledigung zu überlassen. — Es findet nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Verhandlung der Anträge zu diesem Punkte statt.

Paul Hoffmann-Hamburg: Ich bitte Sie, von einer Diskussion der vorliegenden Anträge überhaupt Abstand zu nehmen und ohne weiteres zur Wahl der Kommission überzugehen. Es liegt klar auf der Hand, daß eine solche Diskussion zum Abschluß doch nicht kommen könnte. Gericht hat das ja auch selbst zugegeben. Jeder Redner wird versuchen, die einzelnen Anträge, die schon gedruckt vorliegen, zu verteidigen, eine Klärung der Frage kann dabei nicht herauskommen, da die einzelnen Wünsche zu verschiedenartig sind. Die einen verlangen eine strikte Zentralisation in der schärfsten Form nach Art der Gewerkschaftsorganisationen, während andre den augenblicklichen Zustand unter Beibehaltung der Vorstände beibehalten, dritte wieder einen Mittelweg einschlagen wollen. Sehr schwierig ist auch die Frage der Beitragszahlung, der Beitragsabführung, des Schiedsgerichts usw. Im nächsten Jahre wird sich weit besser eine Diskussion ermöglichen. Wenn drei Monate vor dem Parteitag die Resultate der Kommissionsberatung veröffentlicht werden, so werden die Delegierten besser in der Lage sein, sich vorher ein bestimmtes Urteil zu bilden. Ich bitte Sie also, heute von einer Debatte Abstand zu nehmen. (Zustimmung.)

Oug-Bant: Ich bitte Sie, diesen Antrag nicht anzunehmen. Bei dieser wichtigen Frage ist eine Diskussion unbedingt notwendig, um manchen guten Gedanken, der weder in den Anträgen, noch im Referat geäußert worden ist, zur Geltung kommen zu lassen. Im übrigen muß ich entschieden Protest einlegen gegen die ganz willkürliche Zusammenfassung der Kommission.

Mollenhuth-Hamburg: Es ist ganz ausgeschlossen, daß auf diesem Parteitag die Sache zum Abschluß kommt. Andererseits ist es aber niemand benommen, wenn er einen guten Gedanken hat, diesen der Kommission mitzuteilen. (Sehr richtig!) Eine andere Zusammenfassung der Kommission ließe sich ja in Erwägung ziehen.

v. Bokmar: Ich kam mich im wesentlichen Mollenhuth angeschlossen. Gewiß wäre es wünschenswert, wenn die Organisationsfrage hier erst eingehend erörtert würde, bevor die Kommission zusammentritt, aber ein irgendwie beschleunigender Abschluß der Debatte ist ausgeschlossen und es ist ein alter Erfahrungssatz, wenn eine Debatte nicht richtig geführt werden kann, so ist es besser, man fängt sie überhaupt nicht an. (Sehr richtig!) Wir würden doch abbrechen müssen und vielleicht gerade in einem Moment, wo die wichtigsten Gesichtspunkte noch gar nicht geäußert sind. Wir sind also in einer Zwangslage, wir können gar nicht anders, als von einer Debatte Abstand nehmen. — Wenn wir aber die Anträge einer Kommission überweisen, so muß das auch mit allen Anträgen geschehen, es liegt gar kein Grund vor, die beiden Anträge des Vorstandes, wie der Antrag Arons es will, herauszunehmen. (Sehr richtig!) — Nun ist Klage erhoben worden über die Zusammenfassung der Kommission. Der Bremer Antrag, 25 Mitglieder zu wählen, war uns ganz sympathisch, aber es wurde in dem Antrag von vornherein festgelegt, in welcher Richtung die Kommission arbeiten sollte, und das geht nicht. Wir stellen daher einen Antrag, der ganz dem Bremer entspricht, mit Ausnahme des ersten Satzes, und da uns 25 Mitglieder zu viel schienen, haben wir 15 angenommen und versucht, eine Einteilung zu machen, durch die alle Teile des Reiches zu ihrem Rechte kommen. Da sind uns nun soviel Einwendungen gemacht, daß man schließlich zu 17 Mitgliedern kam. Seitdem habe ich nichts mehr davon gehört, unterdessen aber sind aus den 17 bereits 23 geworden; warum es dann nicht auch 25 sein können, verstehe ich nicht recht. Es sind ohnehin von Bayern nur zwei Vertreter vorgesehen, während wir drei Kreise mit ganz verschiedener Organisation und verschiedenen Interessen haben. Wenn die Kommission 23 Mitglieder haben soll, so würde ich nicht einsehen, weshalb ein so wichtiger Gau wie die Pfalz unvertreten sein soll. Ich würde dann vorschlagen, Bayern und Sachsen noch je einen Vertreter zu geben und 25 Mitglieder zu wählen. Aber ich weiß, sobald einmal die Rivalität in dieser Richtung beginnt, dann giebt es an allen Ecken und Enden ein Ach und Weh, weil jeder Teil glaubt, er ist gerade so wichtig. Ich will deshalb hier keinen Antrag stellen. Das beste wäre wohl 15 Mitglieder, aber 25 werden die Partei auch nicht umbringen.

Rader-Wegeburg: Ich kann nicht einsehen, weshalb nicht eine Debatte über die Frage hier von Nutzen sein sollte. Man erwartet in Parteikreisen eine bestimmte Stellungnahme in der Organisationsfrage seitens des Parteitages. Man sollte zum mindesten eine Generaldiskussion zulassen, aus der die Kommission wichtige Informationen entnehmen könnte. Was die Zusammenfassung anlangt, so scheint mir Preußen mit 9 Stimmen von 23 viel zu wenig berücksichtigt, zumal die Frauen, die in Organisationsfragen dank unserer niederrückigen Vereinsgröße an wenigsten Erfahrung haben, 2 Stimmen erhalten sollen. Ich würde dafür sein, daß die Kommission noch verstärkt wird und daß sie ihre Arbeit nach Art der Agrarkommission durch Einsetzung von Unterkommissionen erledigt.

Stadthagen: Ich schicke mich dem Antrage Vollmars, alle Anträge der Kommission zu überweisen, an. Den Antrag Arons bin ich ermächtigt, zurückzuziehen. Die Zahl von 23 oder 25 Mitgliedern scheint mir viel zu hoch, die höchste Zahl wäre für mich 15, zu denen noch zwei Vorstandsmitglieder und zwei Frauen kommen würden. Ueber die Personen, die in der Kommission sitzen sollen, kann der Parteitag unmöglich beschließen. (Verbähtes Sehr richtig!) Das muß den Organisationen der einzelnen Landesstellen überlassen werden, und es muß der Kommission das Recht der Kooptation gelassen werden. Dann haben wir die Gewähr, daß auch wirklich Genossen gewählt werden, die etwas von den Organisationsfragen verstehen. (Verbähtes Sehr richtig!)

Oug-Bant: Ich glaube doch, daß eine Generaldiskussion nichts schaden würde, sie ist um so notwendiger, als für den § 2 des Organisationsstatuts nun endlich eine Interpretation gegeben werden muß. Ich bin gewiß bekannt dafür, daß ich nicht nach Amt und Würden strebe, aber was dem Großherzog von Hessen recht ist, das muß uns billig sein. (Heiterkeit.) Wir haben es in Oldenburg und Ostpreußen, die in der Kommission nicht vertreten sind, mit 7 bis 800000 Arbeitern zu thun, wo gerade die von Gericht hervorgehobene Frage in Betracht kommt. Es sollte doch nicht von den Genossen Preußens der Ansicht erwidert werden: Wir Preußen sind groß, Ihr seid klein, drum müßt Ihr uns zu Willen sein. (Heiterkeit.) Die Erfahrung machen wir genug im Parlament, wir wollen sie nicht auch hier noch machen.

Pfannkuch: Ich bitte Sie, den Antrag Rader abzulehnen. Eine Generaldiskussion hat auch keinen Zweck. Wir sind doch alle Autoritäten auf dem Gebiete der Organisation. (Heiterkeit.) Es wird jeder etwas darüber zu sagen haben und schließlich wird doch nur ein kleiner Bruchteil zum Worte kommen. Die Gründe Vollmars sind durchschlagend. Darüber müssen wir uns klar sein, so vollkommen auch die Kommission zusammengesetzt wird. Mängel wird die Vorlage, die sie produziert, auch haben. (Sehr richtig!) Und Sie können heute noch so viel diskutieren, ihren eignen Weg wird die Kommission doch gehen müssen, unbekümmert dessen, was hier in der Generaldiskussion gesagt wird. Diskutieren wir jetzt die Sache, dann wird der Kommission womöglich im nächsten Jahre der Vorwurf gemacht, sie habe die gegebenen Anregungen nicht genügend berücksichtigt. — Was die Zusammenfassung der Kommission anbelangt, so könnte man vielleicht Bayern und Oldenburg noch einen Sitz geben, dann kämen wir auf 25 Mitglieder.

Ulrich-Offenbach: Eine Generaldiskussion hätte nur Sinn, wenn wir Beschlüsse fassen wollten. Da dies nach der Menge der Anträge heute unmöglich ist, so ist auch eine Generaldiskussion überflüssig. Ich kann aber auch Stadthagens Vorschlag nicht zustimmen. Sein Apparat ist viel zu kompliziert. Bei der Kooptation kämen wir über die 15 und 17 doppelt und dreifach hinaus. Ich bin für den Vorschlag Vollmars. Damit wollen wir nicht erst anfangen, uns über das große Preußen zu beschwerten, sonst müßte auch ich im Namen des Großherzogs von Hessen (Heiterkeit) dagegen protestieren, daß wir zu klein gemacht werden. Die Hauptsache ist, daß wir eine aktionsfähige Kommission schaffen. (Sehr richtig.)

Hoffmann-Vielefeld: Ich bin überzeugt, daß die Generaldiskussion abgelehnt wird. Auch wenn der Parteitag Zeit hätte, würde sie

nicht erprießlich werden können, das muß der Presse überlassen werden. Was die Zusammenfassung anlangt, so ist mir der Vorschlag Stadthagens, nur 15 Mitglieder zu wählen, am sympathischsten. Es kann sich dann kein Kreis über Nichtberücksichtigung beschweren.

Ein Schlußantrag Leber-Jena wird angenommen. In der Abstimmung wird hierauf der Antrag Rader auf Vornahme einer Generaldiskussion abgelehnt. Ebenso wird abgelehnt der Antrag Stadthagen, 15 Mitglieder anzunehmen und die Wahl den Organisationen der Landesstellen zu überlassen, und ein Antrag, noch Bayern und Oldenburg je einen Sitz zu gewähren. Der Antrag Gericht wird hierauf mit großer Majorität angenommen. Es werden alle Anträge der Kommission überwiesen. Damit ist der vierte Punkt der Tagesordnung erledigt. —

Von Thiele-Halle liegt eine Erklärung vor, er sei an der gestrigen Abstimmung über den Fall Schippel verhindert gewesen teilzunehmen, sonst hätte er gegen die Resolution Webel und das Amendement Freythal gestimmt.

Es folgt Punkt V der Tagesordnung „Marsfeier“. Referent Richard Fischer.

Von den hierzu vorliegenden Anträgen 49 bis 59*) werden die Anträge 55, 57, 58 und 59 nicht unterläßt, ebenso wenig die nachstehende Resolution des sozialdemokratischen Vereins Bochum:

In Erwägung, daß die Marsfeier ihren Zweck als Propaganda- und Demonstrationsmittel für die Ideen des Sozialismus nur erfüllen kann, wenn die Beteiligung eine wirklich massenhafte, dies aber nur bei einheitlicher Form zu erwarten ist; in weiterer Erwägung, daß eine massenhafte Beteiligung bei einer Feier durch Arbeiterruhe nach bisherigen Erfahrungen in Deutschland in absehbarer Zeit nicht gedacht werden kann; in weiterer Erwägung, daß es nicht angeht, dem opferwilligen Teile der Genossen dennoch länger die moralische Pflicht anzuerlegen, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, oder sie mindestens den Ausfall des Arbeitslohnes erleiden zu lassen, während die Nichtfeiernden unter den obwaltenden Verhältnissen nach wie vor als gleichberechtigte Genossen anerkannt werden müssen, möge der Parteitag beschließen, die Marsfeier grundsätzlich am ersten Sonntag im Mai zu begehen.

Richard Fischer-Berlin:

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich glaube, in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich bei der gegenwärtigen Geschäftslage des Parteitages mich darauf beschränke, die Hauptgesichtspunkte, die in diesem Jahre in Frage kommen, hervorzubehalten, dagegen auf die einzelnen Anträge nicht eingehen. Die Entscheidung der Frage ist ja eigentlich schon gegeben, der internationale Kongreß hat die Frage entschieden, der Beschluß in Amsterdam ist gefaßt worden nicht bloß unter Mitwirkung, sondern sogar auf Anregung der deutschen Delegation, wir Deutsche haben Stellung genommen gegen jede Verschärfung, aber auch gegen jede Ab schwächung der Resolution, und deshalb halte ich es einfach für Pflicht des Parteitages, sich auf den Boden des Amsterdamer Beschlusses zu stellen und ihn zur Ausführung zu bringen. (Sehr richtig!) Gewiß, wenn man Wortklauber treiben will, kann man ja sagen: Der internationale Kongreß in Amsterdam hat die früheren internationalen Kongreßbeschlüsse verschärft, insofern, als jetzt von einer Pflicht der proletarischen Organisationen gesprochen wird, die Arbeiterruhe anzustreben, während bisher die internationalen Kongresse, wenn wir von dem Uebersetzungsfehler der Resolution von Zürich absehen, sich darauf beschränkt haben, an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen das Ersuchen zu stellen, die Arbeiterruhe anzustreben. Aber, ich meine, das heißt man Quasipalsterer treiben. Der Gedanke ist der gleiche geblieben, der bisher auf allen internationalen Kongressen ausgesprochen ist und wenn ein internationaler Kongreß den Beschluß faßt, die Arbeiterruhe zu erstreben, so ist es selbstverständlich Pflicht jeder Organisation und jedes einzelnen, alles das zu thun, was die Erfüllung dieser Forderung beschleunigt. Insofern, glaube ich, kann von einer Verschärfung schon um deshalb nicht die Rede sein, als in dem Beschluß selbst schon die Grenzen dieser Pflichterfüllung gezogen sind: es ist die Bestimmung aufgenommen, daß die Arbeiterruhe nur da durchzuführen ist, wo keine Klasseninteressen der Arbeiter zu befürchten sind. Wenn also der Beschluß von Amsterdam lokal aufgefaßt wird, dann können alle die Bedenken und Einwände fallen, die innerhalb der Partei-Organisationen und namentlich von gewerkschaftlicher Seite in dem letzten Jahre gegen die jetzige Form der Marsfeier erhoben sind. Da möchte ich gleich dem Grundeinwand begegnen, daß man sagt: es geht nicht an, daß die Partei so weittragende Beschlüsse faßt, aber die Durchführung derselben und vor allem die finanzielle Verantwortung dafür einfach auf die Schultern der Gewerkschaften abwälzt. Das ist ein Grundirrtum, es ist einfach nicht wahr, daß der Beschluß von den Vertretern der politischen Parteien gefaßt ist. Sowohl auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889 als auf allen folgenden internationalen Kongressen, einschließlich des Amsterdamer, waren die Vertreter der Gewerkschaften mit anwesend, alle Beschlüsse, auch die in Bezug auf die Marsfeier, sind unter Mitwirkung der Vertreter der Gewerkschaften zu Stande gekommen, auf alle internationalen Kongresse haben die deutschen Gewerkschaften eigene Delegierte geschickt, sie haben genau so mitgewirkt wie die Vertreter der politischen Parteien, ihre Verantwortung ist also genau dieselbe. Nun bin ich der Letzte, der sich verhehlen wollte, daß der Kampf um den 1. Mai gerade den Gewerkschaften in erster Linie große Opfer auferlegt und den Gewerkschaftsbeamten, soweit sie es mit ihrer Aufgabe ernst nehmen, ein großes Stück Verantwortung aufbürdet, aber doch nur in der Einschränkung, daß kein internationaler Kongreß und kein deutscher Parteitag ihnen jemals die Erstrebung der Arbeiterruhe unter allen Umständen zur Pflicht gemacht hat. Aber der Nachlass der finanziellen Verantwortung, der Nachlass der Geldkosten darf an eine solche Frage nicht angelegt werden, die geradezu eine Frage der internationalen Solidarität, eine Frage der internationalen Arbeiterbewegung geworden ist. Die Marsfeier ist historisch und gerade durch das Verhalten unserer Gegner, der Regierung und der Bourgeoisie, eine Klassenfrage des Proletariats geworden, gleichsam ein Stück Klassenkampf gegen Regierung und Bourgeoisie. Wann hat jemals in der

- 49. Parteigenossen des Kreises Potsdam-Spandau-Ost-Havelland: Es ist Pflicht jedes Klassenbewußten Arbeiters, den 1. Mai durch vollständige Arbeiterruhe zu feiern.
- 50. Parteigenossen in Essen: Der Parteitag möge beschließen, bezüglich der Marsfeier die Arbeiterruhe am 1. Mai zu empfehlen.
- 51. Parteigenossen in Magdeburg: Als die vornehmste Art der Marsfeier ist die Arbeiterruhe anzusehen.
- 52. Parteigenossen in Lungenau: Die Marsfeier ist auch ferner als höchster Feiertag des Klassenbewußten Proletariats zu betrachten. Alle Versuche, den Parteigenossen einzureden, die Marsfeier habe ihren Zweck verfehlt und deshalb den Wert verloren, sind auf das entschiedenste zurückzuweisen.
- 53. Parteigenossen in Eiberfeld: Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Volksvereins steht nach wie vor auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Kongresse und der deutschen Parteitage, die dahin gehen, daß die würdigste Feier des 1. Mai und wirksamste Demonstration für den Achtstundentag die Arbeiterruhe ist.
- 54. Parteigenossen in Breslau: In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 macht es der Parteitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, am 1. Mai für die Klassenforderungen des Proletariats, insbesondere aber für einen ausreichenden Arbeiterschutz und für Bekämpfung der Arbeiterzeit durch Veranstaltung von Versammlungen am Abend des 1. Mai zu demonstrieren.

deutschen Arbeiterbewegung die Frage der Geldlosen bei einem Klassenkampf die entscheidende Rolle spielt? (Sehr wahr!) Wie würden wir uns dazu stellen, wenn z. B. bei einer Frage wie der Aussperrung der Grimmitzauer Textilarbeiter die politischen Organisationen herkommen und sagen wollten, das ist in erster Linie Sache der Gewerkschaften, die Frage berührt die Partei in erster Linie nicht. Da wären wir alle einig, daß das geradezu ein Verrat, ein Verraten an der Arbeiterbewegung wäre. (Sehr wahr!) Nein, alle solche Konflikte sind Fragen der Arbeiterklasse, und alles, was auf dem Boden des Klassenkampfes steht, ist da solidarisch. Und als die Zucht aus der Lage auf der Bildfläche erschien, eine Vorlage, die in erster Linie gegen die Gewerkschaften gerichtet war, eine Vorlage, die den Zweck hatte, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, auf dem Wege des Streiks ihre Lage zu bessern, da war es selbstverständlich, daß die Partei sich sagte: Das ist ein Attentat auf die Arbeiterklasse, wir haben die Forderung in diesem Kampf zu übernehmen, und keinerlei Unterordnung zu treffen darüber, welche Interessen dabei in erster Linie berührt werden, die des politischen oder die des gewerkschaftlichen Flügels der Arbeiterbewegung. (Sehr wahr!) Genau so steht es mit der Feier des 1. Mai, das ist keine politische Demonstration, sondern eine Klassen-demonstration, eine Demonstration für das Klassenideal, deren Bedeutung nicht in dem Augenblickserfolge liegt, sondern in dem ständigen Wachstum, in der Unerschütterlichkeit des Entschlusses, für das Klassenideal einzutreten auf allen Gebieten, wo uns das möglich ist. Eines sollten wir gerade bei dieser Frage besonders betonen und unser Augenmerk besonders darauf richten: Je stärker die Gewerkschaftsbewegung wird, je geschlossener ihre Organisationsformen, je mehr sie sich entwickelt und je mehr ihre Aufgaben sich erweitern, um so mehr lösen sich allmählich die äußeren Bande, die die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen verbunden knüpfen, um so größer wird für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes die Gefahr, daß sie über den Kampf des Tages, über den Streit um Einzelfragen die großen Ziele der Arbeiterklassenbewegung, das Endziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppelsch der ökonomischen und der politischen Knechtung, daß sie das Ziel der Zertrümmerung des kapitalistischen Lohnsystems mehr und mehr aus dem Auge verliert. (Beifall.) Und gerade unter diesem Gesichtspunkte hat die Marsfeier ihre besondere Bedeutung. Das Eintreten in ihren Standpunkt wird immer mehr ein Werk sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften und die Massen Jahr für Jahr ablegen. (Sehr wahr!) Und wenn dann immer unsere guten Freunde aus dem bürgerlichen Lager kommen und uns erklären, daß es doch bloß Kraftvergeudung sei, für eine bloße Formache, für eine Demonstration, die ihren Zweck doch nicht erreichen könne, Mittel auszuwerfen, daß die Gewerkschaften hausbackener zu Werke gehen und ihre Massen fällen sollten für die großen wirtschaftlichen Kämpfe, die ihnen aufgedrängt werden, so haben wir allen Anlaß, uns immer wieder vor Augen zu halten, daß das die alte Melodie des alten Liedes ist, die Arbeiterbewegung zu trennen in zwei Flügel (Sehr richtig!), dort der Flügel, der für die Gegenwartsforderungen kämpft, dort der intransigente Flügel. Das ist nur der alte Standpunkt des „Teils und herrsche“, damit man die Arbeiterklasse kastrieren kann. Unsere Aufgabe muß es vielmehr sein, dafür zu sorgen, daß das Glaubensbekenntnis, das die Massen Jahr für Jahr ablegen und mit dem sie ihre Solidarität ausdrücken wollen, nicht zu einer inhaltslosen Formel, zu einer äußerlichen Form wird, die man nur anstandslos erfüllt, sondern wir müssen dieses Glaubensbekenntnis mit dem Geiste des Massenbewußtseins erfüllen, so daß die Deffektivität den Massen zu einem Herzensbedürfnis, unsere Gegner zu einem drohenden Nenn-Ziel wird. (Beifall.)

In diesem Sinne bitte ich Sie, nehmen Sie unsere alte Marsfeier-Resolution auch diesmal an! Sie ist die treue und eheliche Erfüllung eines internationalen Beschlusses, an dem wir mitgewirkt haben, sie ist ein Beschluß, der den gewerkschaftlichen Organisationen in ihrer eignen Machtsphäre und in ihren eignen Interessen und nach Maßgabe ihrer organisatorisch zusammengefaßten Kräfte die Beteiligung zu ermöglicht, wie es ihre Pflicht als Arbeiter ist. (Beifall.) Die Resolution lautet:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weibsfest der Arbeit, gewohnt den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeiterruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeiterruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeiterruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Diese Resolution ist hervorgegangen aus den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, sie ist hervorgegangen aus der Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen, sie ist hervorgegangen aus der Erkenntnis unserer Kräfte. Deshalb bitte ich Sie, auch in diesem Jahre ihr möglichst einstimmig Ihre Zustimmung zu erteilen. (Verbähter Beifall.)

Burgner-Breslau: Daß die Marsfeier eine Massendemonstration ist, darin sind wir einig. Aber ich bestreite, daß die Feier jetzt einen einheitlichen Charakter trägt. Nur in wenigen großen Orten wird die Arbeit in einem nennenswerten Umfange eingestellt. Es muß einen traurigen Eindruck machen, wenn in Breslau am ersten Mai 200 Arbeiter im ganzen die Arbeit einstellen; in Gorkig sind es noch weniger; im ober-schlesischen Kohlenrevier niemand. Der erhebende Gehalts der Marsfeier kann am besten und einheitlichsten durch Abendversammlungen am ersten Mai zum Ausdruck kommen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag 54 anzunehmen.

Nabst-Vinburg: Es sind nur die Führer der großen Gewerkschaften, die die Massendemonstration des Proletariats am ersten Mai befehlen wollen. (Sehr richtig!) Sie fürchten sich wegen der Schwächung der Gewerkschaftlichen Selbstsacks. (Sehr richtig!) Dabei sind die Opfer, die für Aussperrungen infolge des 1. Mai gebracht werden müssen, ganz minimal. Es würde sich vielleicht empfehlen, bestimmte Gewerkschaftsforderungen, die sonst aus geringerm Anlaß erhoben werden, am 1. Mai zu erheben. Gerade die Marsfeier ist ein gutes Mittel zur Schulung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Jedes Gewerkschaftsmitglied ist polizeilich angemeldet, da sollte es auch den Mut haben, sich am 1. Mai zu zeigen. Den Abendversammlungen würde das Element der Demonstration gänzlich fehlen. (Sehr richtig!) Uebrigens sind in der Ausbehnung der Marsfeier große Fortschritte erzielt worden. Diejenigen, die im vorigen Jahre zum erstenmal am 1. Mai durch Arbeiterruhe demonstriert haben, würden es nicht begreifen, wenn diese Form der Marsfeier beseitigt würde. Nun sagen die Gewerkschaftsführer: die politische Partei will den Gewerkschaften vorschreiben, daß sie den 1. Mai durch Arbeiterruhe feiern sollen und das geht nicht, der nächste Gewerkschaftskongreß muß die Bestimmungen treffen. Umgekehrt wird ein Stiefel daraus. Die Gewerkschaftsführer wollen die politische Partei vorschreiben, weil sie die Kosten der Massendemonstration nicht bezahlen wollen. (Sehr richtig!) Da sollten sie doch einmal erst durch eine Urabstimmung feststellen, wie die Massen darüber denken, und es wird sich herausstellen, daß die Massen für diese Form der Demonstration sind. (Sehr richtig!)

Weinheber-Hamburg: Ich will hier nur meine persönliche Meinung ausdrücken. Der andre Standpunkt wird gleich nach mir eine sehr bereite Vertreterin finden. (Pfannkuch: Sie fürchten sich wohl schon! Heiterkeit.) Nein, ich habe keine Angst, sonst wäre ich nicht hierher getreten. Wir sollen uns nach dem Beschluß des Amsterdamer Kongresses richten, wonach die wirksamste Form der Marsfeier in der Arbeiterruhe zum Ausdruck kommt. Wäre die Amsterdamer Resolution ohne die zwei letzten Absätze angenommen worden, hätten die Arbeiter den 1. Mai so feiern, wie es im Interesse des Landes und der Organisation ihnen wünschenswert erscheint.

So würde eine einseitige Demonstration auch dort zu stehen kommen, wo es sonst nicht möglich ist, die Feiern so zu begehen, wie in anderen Ländern. Nun kommt man und sagt: weil der Anständer Kongress einen Beschluß gefaßt hat, müssen wir uns fügen. Nun ja, das erfordert das Solidaritätsgefühl. Aber es müßte doch wenigstens klipp und klar gesagt werden, was unter den Worten: „wo die Arbeitsruhe ohne Schädigung der Arbeiterinteressen erfolgen kann“ zu verstehen ist. Ist es denn keine Schädigung, wenn die Unternehmer sagen: Wir sperren die Arbeiter auf drei bis zehn Tage aus. In der Großindustrie ist von einer Feiern des 1. Mai durch Arbeitsruhe gar keine Rede. Da heißt es, in Hamburg haben 30 000 Arbeiter den 1. Mai gefeiert. Aber von den 7000 organisierten Metallarbeitern waren nur 300 beteiligt. Die Demonstranten sind in erster Linie die Bauhandwerker, Schuhmacher, Schneider, Gastwirte, Angestellte der Krankenkassen usw. Aber im Osten wird weiter gearbeitet und ebenso in der Metallindustrie. Die feiernden Metallarbeiter arbeiten bei Kleinindustriellen. Sehr habe ich mich darüber gewundert, daß gerade aus Spandau und Essen der Antrag gekommen ist, den 1. Mai durch strikte Arbeitsruhe zu feiern. Der Antrag kommt gerade aus Orten, wo seine Durchführung vollkommen ausgeschlossen ist. Wir alle sind mit der Mäßeier nicht zufrieden, sie ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Unzufrieden sind diejenigen, die volle Arbeitsruhe verlangen, unzufrieden die, die die Arbeitsruhe ganz beseitigen wollen. Der Metallarbeiterverband hat bekanntlich beschlossen, daß nur dort der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden darf, wo mindestens drei Fünftel der Arbeiter organisiert sind und es verlangen und daß auf keinen Fall Ausperrungen mit Gegenforderungen beantwortet werden dürfen und wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, zählt der Verband bei Ausperrungen die Unterstützung. Es müßte ein Niegel vorgeschoben werden, um große Ausperrungen zu verhindern, damit nicht so die gewerkschaftlichen Erfolge, die in jahrelanger Arbeit erungen sind, verloren gehen. Eine klare Aussprache ist hier erforderlich. Fischer sagt: nur dort soll die Arbeit eingestellt werden, wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Was heißt aber gerade die „Möglichkeit“. Man braucht wirklich nicht auf den großen Geldsack der Gewerkschaften hinzuweisen. Sie haben die Verpflichtung, für die Besserstellung der Arbeiter und für Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen. Das sind doch auch Klassenforderungen des Proletariats. Ich will nicht die Ablehnung des Antrages Fischer empfehlen, aber wir sollten uns klar darüber aussprechen, ob es nicht möglich ist, eine würdige Form der Mäßeier zu finden, ohne die Arbeiter zu verpflichten, für volle Arbeitsruhe einzutreten.

Frau Zick: Der Vorredner hat gefragt, was denn unter großer Schädigung der Arbeiterinteressen zu verstehen sei. Nun können wir selbstverständlich darauf eine detaillierte Antwort nicht geben. Als eine große Schädigung der Arbeiterinteressen kann ich es jedenfalls nicht ansehen, wenn einige Mai-Ausperrung aus der Gewerkschaftsliste genommen werden müssen. (Sehr richtig!) Zu einer wirklichen Schädigung aber rechnet ich, wenn Arbeitsruhe in einem Ort am 1. Mai stattfindet, wo die Organisation noch nicht stark genug ist und wo die Unternehmer die jungen Anfänge der Organisation zertrümmern können. Die großen Ausperrungen, die auf das Ruheulassen der Arbeit am 1. Mai gefolgt sind, sollten von den organisierten Arbeitern nicht als Grund für eine Einschränkung der Mäßeier angesehen werden. Erinnern wir uns doch, daß ganz minimale Forderungen zu ganz gewaltigen Ausperrungen geführt haben, die niemand als Schädigung der Arbeiterinteressen ansieht. In diesen Kämpfen sind große Opfer gebracht worden, aber diese Opfer sind uns zu gute gekommen. (Sehr richtig!) Denken Sie an die Hamburger Werftarbeiter-Ausperrung. Die Bekanntschaft war, daß die Mieter eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 2 Pf. verlangt hatten. Denken Sie an Crimmitschau, wo das Verlangen nach einer Arbeitszeitverkürzung zu der gewaltigen Ausperrung führte. Der rednerische Standpunkt, das nächste Mal sollte hier nicht mehrgehört sein. Seit wann ist es denn der Standpunkt der Gewerkschaften, daß jeder Groschen, den wir aus der Gewerkschaftsliste ausgeben, nur verwandt werden soll für den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes? Haben wir nicht immer betont, daß in der gewerkschaftlichen Organisation ein außerordentliches Stück Erziehungsarbeit steckt, daß die Arbeiter durch sie nicht nur materiell, sondern auch geistig und sittlich auf eine höhere Stufe gehoben werden? Das haben wir dem Grafen Pöschel gegenüber betont, als er die Gewerkschaften reine Streikvereine nannte. Sind wir damals etwa Demagogen gewesen? Ich denke doch nie. (Sehr richtig!) Und so sollten wir fragen, nicht: was kostet uns die Mäßeier 2, sondern: welche Vorteile bringt uns die Mäßeier in dieser Richtung? Wenn jetzt an eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gedacht wird, wenn verdankt wir diesen Erfolg, wenn nicht dem Umstand, daß durch die Mäßeier der Gedanke des Achtstundentages dem Proletariat in Fleisch und Blut übergegangen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Mäßeier erzieht zur Solidarität, sie schafft den Idealismus, der zu Opfern bereit ist im Kampfe für das, was als Recht erkannt ist. Ein guter Gewerkschaftsführer muß ein guter Psychologe sein. (Sehr gut.) Er muß sich fragen, wie gewinnen wir neue Mitkämpfer? Gerade durch die Maidemonstration werden die Gewerkschaften gestärkt. Und noch eins kommt hinzu: Wenn am ersten Mai die Massen hinausziehen und die Arbeiter in den Werkstätten und auf den Bauten, die sich nicht beteiligen können, das sehen, dann empören sie sich über ihre Abhängigkeit, und diese Empörung wird sich umziehen in um so lebhaftere Beteiligung an der Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) Auf die Nichtteilnahme der Feiern durch Arbeitsruhe ist hingewiesen worden. Soll uns das abhalten, mit allen Kräften für die Ausbreitung der Arbeitsruhe zu sorgen? Wo wir starke Organisationen haben, hat die Beteiligung an der Mäßeier durch Arbeitsruhe zugenommen. In Hamburg wurde zuerst die Mäßeier am Sonntag begangen. Im ersten Jahre, wo die Arbeitsruhe beschlossen war, beteiligten sich 5000 am Tage; im vorigen Jahre war die Beteiligung auf 30 000 gestiegen. (Hört! hört!) Unterschätzen wir nicht die Wirkung der Massenagitation. Gerade die Indifferenten und Launen werden durch die Mäßeier mit fortgerissen. (Bravo!)

Jubeil: Man kann zufrieden sein, daß der Antrag, die Mäßeier auf den Sonntag zu verlegen, nicht die nötige Unterstützung gefunden hat. Ein solcher Beschluß wäre ein schlimmer Rückschritt für die Partei und die Gewerkschaften. Auf jeden Fall steht fest, daß die Beteiligung an der Mäßeier von Jahr zu Jahr zugenommen hat.

Wenn heute seitens größerer Gewerkschaften ernsthaft versucht werden sollte, die Mäßeier in ihrer jetzigen Form zu ändern, so würden sie sehr bald erfahren, daß ihre Mitglieder anderer Ansicht sind. Gewiß fordert die Mäßeier Opfer, aber die erfordert jeder Kampf. Schlimm genug ist es, daß heute schon manche Verbände, z. B. die Buchbinder, auf ihren Generalversammlungen sich über die Einführung einer Feiertagsunterstützung unterhalten. Dadurch wird das Proletariat gewiß nicht zum Klassenbewußtsein erzogen. (Sehr wahr!) Gerade der 1. Mai aber ist äußerst geeignet, das Klassenbewußtsein unter den Arbeitern zu erwecken. Daß die Beteiligung an der Mäßeier zurückgeht, ist nicht wahr, in Berlin und Umgegend haben wir schon Fortschritte anzusehen. Die Verlegung der Mäßeier auf den ersten Sonntag im Mai hat gar keinen Zweck. Wir Deutsche sollten uns freuen, daß wir anderen Ländern mit leuchtendem Beispiel vorangehen. Ich bitte Sie, die Resolution Fischer anzunehmen, zum Beweis dafür, daß wir keinen Rückschritt wollen. Ein solcher Rückschritt würde sowohl für die gewerkschaftliche als auch für die politische Bewegung außerordentlich verhängnisvoll sein. Ich hoffe, daß die Resolution Fischer einstimmige Annahme findet. (Beifall.)

Nichm-Dresden spricht nur für seine Person. Meine Erfahrungen bringen mich zu der Überzeugung, daß die Arbeits-

ruhe nicht durchzuführen ist. Das ganze Bestreben der Gewerkschaften geht jetzt dahin — und das ist gut — möglichst ohne Kampf mit den Unternehmern Verträge abzuschließen. Daraus folgt ganz von selbst, daß die Gewerkschaften gar nicht geneigt sind, für die Mäßeier große Opfer zu bringen. Das ist nun mal und daran können Sie nichts ändern. Denn die großen Fortschritte der Gewerkschaften beruhen darauf, daß sie diese Taktik eingeschlagen haben. Man verurteilt die Arbeiter, wenn man meint, die Arbeiter wollten die Mäßeier um jeden Preis. Stellt man sich auf den Boden der nächsten Thatsachen, so muß man sich sagen: Es ist leicht, die Arbeiter zu begeistern, aber die Mäßeier ist nicht durchzuführen und deshalb verzichten wir auf sie. Es ist kein Zurückweichen, wenn man die Konsequenzen aus den Thatsachen zieht. Ich bin für den Antrag, die Feiern auf den Abend des 1. Mai zu legen.

Waffes-Chemisch: Die Arbeiter betrachten den 1. Mai als Feiertag, auch wenn sie die Arbeit nicht ruhen lassen, und wenn sie den 1. Mai am Tage nicht feiern können, so thun sie es abends. Wir müssen dahin wirken, daß die Gewerkschaften immer stärker werden, dann werden wir auch eher im Stande sein, die Mäßeier durchzuführen. Unverständlich würde es den Arbeitern sein, wenn die Mäßeier auf den ersten Sonntag im Mai verlegt würde. Lassen Sie sich dazu nicht verleiten; darüber würden nur die Gegner triumphieren.

Wolf-Dochum: Wir dürfen bei einer so wichtigen Frage nicht über die Thatsachen hinweggehen. Unser Beschluß 1899 entstand spontan; er war einer starken Begeisterung entsprungen. Dann kamen die Schwierigkeiten und Zweifel und Schippel war es, der die Feiern in erster Linie verteidigte. Er sagte: 1 1/2 Millionen Stimmen und 2 Millionen Mäßeiernde! Wir haben jetzt lange Jahre mit aller Kraft für die Mäßeier gewirkt und uns Beteiligungszahlen eingeredet, die nicht der Wirklichkeit entsprechen. Jetzt müssen wir uns sagen, daß wir mit der Mäßeier nicht das erreicht haben, was wir hofften. Die Resolution stellt es in das subjektive Ermessen des einzelnen, ob er feiern muß oder nicht. Damit kommen wir nicht weiter. Wo sind denn die Erfolge unserer Agitation für die Mäßeier? Wo haben wir denn eine wirklich respectable Beteiligung erzielt? Gewiß sehten die Gewerkschaften viele Kämpfe durch, bei denen das Streitobjekt nicht groß ist. Es ist aber doch ein Unterschied, ob man einen aufgezogenen Kampf unter allen Umständen durchführt oder ob man die Mäßeier um jeden Preis durchsetzen will. Der bisherige Verlauf der Mäßeier hat nur Unzufriedenheit geschaffen; der eine sagt Gott, der andre Hüh. Wenn Sie demonstrieren wollen, muß auch die Beteiligung entsprechend sein, und eine starke Beteiligung ist am Sonntag nach dem 1. Mai möglich. Wir sind stark genug, um auch einmal einen Fehler einzugehen.

Vömelburg: Alle Anträge, die darauf hinauslaufen, die Mäßeier auf den Sonntag nach dem 1. Mai oder auf den Abend des 1. Mai zu verlegen, sind für den heutigen Parteitag ohne weiteres unannehmbar, und auch für die nächsten Parteitags so lange, bis der internationale Kongress etwas andres beschließt. (Sehr richtig!) Die Kongressbeschlüsse müssen wir nun einmal hoch halten, sonst dürfen wir internationale Kongresse nicht abhalten. Die Resolution Fischer entspricht dem Anständer Kongressbeschlüsse und deshalb müssen wir ihr zustimmen. Mein Vorredner hätte sich seine Ausführungen bis zu dem Parteitag ersparen können, der dem nächsten internationalen Kongress vorangeht. Man sagt, auf dem nächsten Gewerkschafts-Kongress würde die Frage erörtert werden. Ob die Generalkommission diese Absicht hat, weiß ich nicht, ich nehme es aber an. Wenn es möglich wäre, die Erörterung der Frage seitens der Gewerkschaften zu verschieben bis kurz vor den nächsten internationalen Kongress, so wäre mir das allerdings lieber, es wird aber kaum möglich sein, da der Gewerkschafts-Kongress nur alle drei Jahre zusammentritt. Das kann keineswegs mehr bestritten werden, daß die Meinungen über die Bedeutung der Mäßeier sehr weit auseinandergehen. Es hat sich als unmöglich erwiesen, die Arbeitsruhe im allgemeinen auch nur einigermaßen durchzuführen. Ich habe in meinem Wahlkreis wiederholt der Mäßeier beigewohnt, und was habe ich gesehen? Die Zahl derjenigen, die sich an der Arbeitsruhe beteiligten, war nur sehr klein. Es waren in der Hauptsache nur Bauhandwerker und einige Personen, die sich in einigermaßen unabhängiger Stellung befanden. Aber Fabrikarbeiter und Bergarbeiter waren fast gar nicht beteiligt, und die Vergarbeiter, die sich beteiligten, hatten Nachtschicht gehabt, lästeten dann am Tage ihren Schlaf ein und gingen abends wieder zur Arbeit. Hier und da war auch vielleicht einer darunter, der sich krank gemeldet hatte. Von den Fabrikarbeitern war niemand beteiligt und es steht fest, daß auch in absehbarer Zeit gar nicht daran zu denken ist, daß die Arbeiter dort am 1. Mai feiern können. Selbst vorausgesetzt, daß der Metallarbeiter- und Vergarbeiter-Verband in absehbarer Zeit fast die gesamten Arbeiter ihres Berufes in sich zusammenfaßt, so ist noch lange nicht gesagt, daß diese Organisationen dann im Stande wären, irgendwie die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzusetzen. (Sehr richtig!) Einer der Vorredner sagte, die Gewerkschaften würden die Mäßeier durchzuführen können, wenn sie Geld dafür ausgeben wollten. Wenn Ausperrungen infolge der Arbeitsruhe erfolgten, sollten die Gewerkschaften das benutzen, um ihre Forderungen zu stellen und den Lohnkampf sofort stattfinden zu lassen, den sie sonst vielleicht im Still durchgeführt hätten. Wenn die Gewerkschaften so handeln wollten, würden sie in Grund und Boden ruiniert werden. Der Genosse Hübner sollte doch wissen, daß man Lohnkämpfe nicht zu beliebiger Zeit, sondern nur dann beginnen kann, wenn die Verhältnisse so günstig liegen, daß Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Und so liegt es auch in unsern Großindustrien. Wer wollte es wagen, zu sagen, daß die Leiter des Vergarbeiter-Verbandes verpflichtet wären, für die Mäßeier einzutreten, trotzdem schließlich eine große Ausperrung der Arbeiter erfolgen würde. Ich bin fest überzeugt, daß wenn durch ein solches Vorgehen der Gewerkschaftsführer Tausende, unter Umständen Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße gebracht würden und es sich später herausstellen würde, daß der mit dem Unternehmertum aufgenommene Kampf nicht siegreich durchgeführt werden kann, ja daß es gar nicht möglich wäre, für die kämpfenden die Mittel aufzubringen, daß Sie dann alle, die heute sagen, die Gewerkschaften sollen ihre Kassen leeren für die Mäßeier, diesen Gewerkschaftsführern vorwerfen würden, daß ihre Taktik sich als eine sehr schlechte erwiesen habe, daß sie diesen Schritt nicht hätten thun sollen. So einfach liegen die Dinge nicht. Ich muß Ihnen offen sagen, selbst der Verband, dem ich an gehöre und dessen Vorsitzender zu sein ich die Ehre habe, hat vor einigen Jahren auf seinem Verbandstage den Beschluß gefaßt, aus der Verbandslasse Mittel zur Unterstützung derjenigen, die infolge der Mäßeier gemohregelt werden, nicht zur Verfügung zu stellen. Und wir befinden uns in der Lage — ich mache gar kein Hehl daraus — im nächsten Jahre diesen Beschluß erneuern zu müssen. So wie es bei uns liegt, so liegt es auch bei anderen Gewerkschaften. Was glauben Sie wohl, wenn wir herkommen würden und einen Artikel im „Grundstein“ schreiben: Die Verbandslasse stellt Mittel für diesen Zweck zur Verfügung und nun mal los — ich kann Ihnen versichern, die Zahl der mäßeiernden Arbeiter — die sich ja heute schon großartig und fast einmütig an der Arbeitsruhe beteiligen — würde mindestens um 50 000 steigen. Aber weder wir noch irgend eine andre Organisation kann so große Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Würden wir diesen Weg betreten, so wäre es leicht möglich, daß das Unternehmertum darin eine Handhabe finden würde, um schließlich die Organisationen bis zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken. (Sehr richtig!) Wir sind also vom tatsächlichen Standpunkte aus gar nicht in der Lage, die Sache offen propagieren zu können. Daher werden wir auch von einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai leider für absehbare Zeit nicht reden können. Es werden schon heute von meiner Organisation von den örtlichen Vereinen ziemlich erhebliche Summen aufgebracht. Jubeil sprach von Berlin. Gewiß, Berlin ist eine große Stadt, es hat auch in Deutschland eine große

Bedeutung und die Berliner Maurer feiern den 1. Mai fast einmütig. Aber, Genosse Jubeil, wollten Sie einmal den Berliner Maurer sagen: Ihr feiert den 1. Mai, aber Ihr verzichtet auf drei, vier Tage Unterstützung. Da sollten Sie mal Eigenartiges erleben. (Sehr richtig!) Die Berliner Maurer verlangen, wenn Sie ausgeperrt werden — für den 1. Mai nehmen sie ja nichts bezahlt — für drei, vier Tage Unterstützung, während die wegfallen, so würde die Begeisterung für den 1. Mai erheblich abflauen. In einem Ort würde von unsrer Organisation vor Jahren der Beschluß gefaßt: Am 1. Mai wird gefeiert, und wer das nicht thut, wird einfach ausgeschlossen. Wir haben da erlebt — wir von der Centrale konnten keine Mittel zur Verfügung stellen — daß der Ortsverein, um die Unterstützung zahlen zu können, sich Geld borgen mußte. Am nächsten 1. Mai, der auf einen Sonntag fiel, war das Geld noch nicht zurückgezahlt. Es ist kein Zweifel möglich, daß wie die Dinge liegen, die Arbeitsruhe nicht durchzuführen ist, ohne daß die Organisationen großen Schaden leiden. Man sollte sich also hüten, hier den Gewerkschaften Sorworte zu machen. Diese haben getan, was möglich war. So lange wir die Arbeitsruhe anstreben, werden wir auch darunter zu leiden haben, daß wir nicht alles thun können, um sie zu einer allgemeinen zu machen.

Reber-Zena: Ich gehöre zu denen, die in der Gewerkschaftsbewegung voll ihre Schuldigkeit getan haben und für das Unterstützungswesen eintreten, aber für den Standpunkt verschiedener Gewerkschaftsführer in der Mäßeierfrage kann ich nicht sein. Ich habe schon früher Weinheber gegenüber meinen Standpunkt vertreten, daß man die Wirkung der Mäßeier nicht nach Geld und Pfennig berechnen dürfe, sondern daß das ideale Moment in den Vordergrund geschoben werden müsse. Gewiß hat Vömelburg Thatsachen angeführt, die einer näheren Prüfung bedürfen, aber deswegen kann man doch die Resolution annehmen. Wenn die Beteiligung an der Mäßeier keine so große ist, so liegt das auch an der Erziehung der Arbeiter durch die Gewerkschaftsführer. In Zena hat die Firma Zich ihren Arbeitern den 1. Mai von mittags an freigegeben unter Bezahlen des ganzen Tages. (Hört! hört!) Die Folge war, daß sehr viele Arbeiter meinten, es genüge, wenn man den 1. Mai von mittags an feierte. Solche Erscheinungen hängen mit der Erziehung in den Gewerkschaften zusammen. Man sollte den Arbeitern nicht das Klassenbewußtsein nehmen. (Bravo!)

Küh-Breslau: Daß wir die Resolution Fischer nicht einstimmig annehmen können, beweisen die Ausführungen Vömelburgs, der eine glänzende Rede gegen sie gehalten hat, obwohl er für sie sprach. Wir dürfen doch Resolutionen nicht bloß deshalb annehmen, weil ein internationaler Kongress das mal beschlossen hat. Die Thatsachen lehren das Gegenteil von dem, was Jubeil behauptet hat. In den Grubenbezirken Schlesiens ist die Beteiligung an der Mäßeier eine ganz verhältnismäßig geringe. Die Mäßeier soll doch eine imposante einseitige Aktion sein, in der That aber wird nur in einigen großen Orten gefeiert, im ganzen übrigen Reich ist die Beteiligung eine verhältnismäßig geringe, so daß sie den berechtigten Spott unserer Gegner herauffordert. Ich möchte befehlen, daß wir trotz aller Kongressbeschlüsse die Arbeitsruhe am 1. Mai aufgeben. (Lebhafte Widerspruch.) Den Abend sollten wir zur Feiern beibehalten, weil das in anderen Ländern auch so geübt wird. Dadurch, daß wir fortgesetzt von großen Demonstrationen in den Zeitungen reden, während doch nur wenige teilnehmen, machen wir uns lächerlich. Wir thun darum besser, wir sparen das Geld. (Nachen.) Wenn Sie auch darüber lächen, Thatsache ist es doch und Sie selbst müssen zugeben, daß es nicht möglich ist, die Arbeitsruhe ganz zu erreichen. (Zuruf: Wird ja auch nicht verlangt!) Wir können besser agitieren, wenn wir abends Versammlungen veranstalten. Aber die Arbeitsruhe sollte man ganz aus dem Spiele lassen.

Ein Schlußantrag wird angenommen, nachdem Döhring dagegen gesprochen hat, da bisher fast nur Gewerkschaftsführer zum Worte gekommen seien.

Das Schlußwort erhält

Richard Fischer:

Ich glaube, in meinen Ausführungen betont zu haben, daß es selbstverständlich Aufgabe und Recht der Gewerkschaften sei, über die Arbeitsruhe in ihrem Verufe nach ihren eignen Interessen zu entscheiden. Die ganze Debatte richtet sich gegen die vollständige Arbeitsruhe, die in unserer Resolution gewünscht und verlangt wird. Wir verlangen nicht Arbeitsruhe überall und unter allen Umständen, sondern überlassen der Gewerkschaft die Entscheidung darüber, ob sie die finanzielle Verantwortung übernehmen will. Ich verstehe nicht, wie ein Sozialdemokrat in der Form gegen die Arbeitsruhe argumentieren kann, wie Küh es getan hat. (Sehr richtig!) Weil die Beteiligung schwach ist, deshalb sollen wir unsre Bestrebungen aufgeben, weil die Gegner über die Schwäche der Bewegung spotten, weil in Schlesien die Arbeiterbewegung, die politische und die gewerkschaftliche, noch nicht entwickelt ist, deshalb sollen wir in ganz Deutschland keinen Kampf mehr für die Arbeitsruhe führen? (Sehr gut!)

Wie lange ist es denn her, daß man in Deutschland noch ausgelacht wurde, wenn man mit dem sozialdemokratischen Programm kam, daß man die Sozialdemokraten als eine Sorte minderwertiger Menschen, als Gefindel und dergleichen bezeichnete? Hat und das geschähen, unsre Propaganda weiter zu betreiben? Wolf-Dochum hat gemeint, eigentlich sei die Faktion daran schuld, daß wir auf ein totes Geleise geraten sind; hätte sie 1890 unmittelbar unter dem Eindruck der Pariser Resolution nicht den bekannten Aufruf erlassen, dann wären wir jetzt nicht auf diesem Wege, dann hätte sich die Arbeitsruhe verwirklicht. (Sehr wahr!) Ich will darauf nicht zurückkommen, aber die Faktion hatte das selbe Recht für sich beansprucht, was jetzt die Gewerkschaften beanspruchen; ihr lag damals die ganze Verantwortung ob, und unter dem Eindruck dieser Verantwortung hat sie gehandelt und zwar im Interesse der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!) Unter diesem Gefühl der Verantwortung stehen auch heute die Gewerkschaften, und das respektieren wir. Vömelburg hat gewiß lokal den Standpunkt der Partei mit dem der Gewerkschaftsführer zu vereinen gesucht. Er glaubt, daß es in absehbarer Zeit für die Vergarbeiter unmöglich sei, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen. Ich kann das nicht unterschreiben, schreibe mir aber noch weniger das Recht zu, das Gegenteil zu behaupten. Wenn aber einmal die Vergarbeiter, die jetzt seit Jahrzehnten niedergedrückt sind, zur Kraft und zum Bewußtsein der Macht ihrer Organisation kommen und dann eine günstigere wirtschaftliche Lage ihnen zu gute kommt, warum sollte es dann nicht möglich werden, die Arbeitsruhe durchzusetzen? Vor dem Standpunkt, den zum Beispiel Kiehm einnimmt, muß die Partei gewarnt werden. Er hat zweifellos die Meinung einer Richtung ausgesprochen, die auch in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist. Alles, was auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, auf dem Boden des Klassenkampfes steht, muß aber gegen diesen Standpunkt Front machen. (Sehr richtig!) Was soll das heißen, wenn Niemand ganz allgemein sagt, die Gewerkschaften müßten Tarifverträge abschließen, um Kämpfe zu vermeiden. Tarifverträge sollten geordnete Verhältnisse schaffen, damit die andern Zweige der gewerkschaftlichen Tätigkeit gefördert werden könnten. Ich bin gewiß immer für die gewerkschaftlichen Organisationen eingetreten und dafür, daß die Gewerkschaften, um sich für ihre eigentlichen Aufgaben zu stärken, ihre Tätigkeit immer weiter spinnen, damit sie ihren Mitgliedern immer mehr bieten könnten, aber die Hauptsache dürfen für Gewerkschaften nicht die Unterstützungen sein. (Sehr richtig!), sondern die Grundlage des gewerkschaftlichen Kampfes muß die soziale, die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter sein. (Bravo!) Alles andre kann wohl das Nützliche sein, auf das sich die Gewerkschaften stützen, Niemand aber stellt gerade das Gegenteil als Aufgabe der Gewerkschaften hin — das Ausgehen des Kampfes für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter — das heißt Hinüber-rücken auf die Bahn der englischen Trades Unions, die Aufgabe des Klassenkampfes, die Aufgabe des Arbeiterhandpunktes als solchen

und Vertretung von Interessen, die in erster Linie **Arbeiterinteressen** sind. (Sehr richtig!) Wir Metallarbeiter, wir Bildhauer, wir Lithographen stellen für uns die und die Forderungen auf und wollen sie durchsetzen ohne Rücksicht auf die allgemeine Arbeiterbewegung, wir haben nur noch Standes-, nur noch Berufsinteressen zu vertreten, keine allgemeinen Arbeiterinteressen. Ja, werde Genossen, wie lange wird es dauern, dann wird dieselbe Parole für den eignen Beruf, für den **Arbeitsstandpunkt** übertragen auf das politische Gebiet. Wir haben in der Politik die und die Augenblicksforderungen, wir unterstützen all die Kandidaten, die für diese Augenblicksforderungen eintreten, aber der allgemeine Klassenstandpunkt, der die allgemeinen Arbeiterinteressen als das einzig maßgebende betrachtet, den haben wir nicht, mit dem erreichen wir nichts, das sind Dinge, die in absehbarer Zeit doch nicht durchzuführen sind, was sollen wir dafür unsere Kräfte vergeuden, treten wir lieber ein für den **Zehnstunden-Tag**, für **Tarifverträge**, für die **gesetzliche Festlegung der Berufsvereine** in bestimmten Normen als für den **Achtstundentag**, da er für einzelne landwirtschaftliche Arbeiter doch in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist. Das ist die große Gefahr, die sich aus den Konsequenzen dieses **Standpunktes** ergibt. (Sehr richtig!) Alle Gewerkschafter und Parteigenossen haben das größte Interesse daran, diesen Standpunkt nicht aufkommen zu lassen, das liegt nicht im Partei-Interesse, sondern im Interesse der Gewerkschaften selber. (Sehr richtig!) Nun glaube ich nicht, daß dieser Standpunkt heute schon der Standpunkt der Gewerkschaften ist. Einzelne Gewerkschaftsbeamte vielleicht in kleineren Organisationen, auch einzelne Führer mögen diese Auffassung vertreten; aber ich glaube, daß dieser Standpunkt des **Ausgleichs der Arbeiter mit den Unternehmer-Interessen**, diese wohlbehagliche Forderung aller sogenannten Arbeiterfreunde, in der deutschen Arbeiterbewegung kein Echo finden wird. Das glaube ich heute schon prophezeien zu können. Gewiß machen sich derartige Strömungen mehr und mehr bemerkbar, aber sie treten nicht hervor, wahrscheinlich weil sie sich sagen: je weniger wir von uns reden machen, je weniger wir mit diesem Standpunkt in den Vordergrund treten, desto leichter werden wir die Gewerkschaften allmählich an diese **Einschüferungs-taktik** gewöhnen. (Sehr richtig!) Und wir werden dann auf unsern eignen Kongressen eines Tages Stellung gegen die Partei nehmen und das beste Operationsfeld wird für uns die **Maifester** sein. Aus diesem Grunde muß die Socialdemokratie auf ihrem Kongresse mehr als je heute ihren prinzipiellen Standpunkt bekunden. Man darf nicht internationale Kongressbeschlüsse in der Weise auslegen wie es Kläusl hat, daß man sagt: in Deutschland ist ohne Schwächung der Arbeiterinteressen der Pariser Beschluß nicht durchführbar, deshalb kommt wir ihn nicht durchzuführen. Das heißt dem Pariser Beschluß **Gewalt antun**, das ist nicht vereinbar mit der Würde, der Ehrlichkeit, dem **Treu und Glauben**, mit denen wir unsere Brüder wie unsere Feinde gegenüber handeln müssen. Der Pariser Beschluß besagt: Die **Maifester** ist als Demonstration für den **Achtstundentag** beschlossene und es ist eure Pflicht, die **Arbeitssträube** durchzuführen, wo es Euch möglich ist. Niemand wird doch behaupten wollen, daß nirgendwo in Deutschland die Möglichkeit vorhanden sein soll, für diesen Beschluß einzutreten. Das wird niemand sagen können, der noch Kongressbeschlüsse loyal ausführen will. Wir wollen das und deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie für die **Resolution**, die bereits in München als **Meinungäußerung der Partei** festgelegt ist! (Lebhafter Beifall.)

Weinheber - Hamburg: Der Genossin **Zieg** möchte ich bemerken, der **Streik der Rieter** wurde nur als **Vorwand** genommen zur **Ausparierung der Metallarbeiter**, um die **Lieferungsverträge** hinauszuhalten mit Rücksicht auf die **teuren Eisenpreise**.

Schlicht-Limbürg: Es ist mir nicht eingefallen, **Forderungen am 1. Mai** vertreten zu wollen, die erst im **Dezember** erfüllbar sind.

Rehm - Dresden: Die Konsequenzen, die **Fischer** aus meinen Ausführungen zog, waren nicht daraus zu ziehen. Wenn ich sagte, die Gewerkschaften **exhibieren Tarifgemeinschaften**, um sich **Kämpfe zu ersparen**, so ist damit noch nicht gesagt, daß ich den **Standpunkt der Trades-Unions propagiere**. Das **Streben nach Tarifverträgen** ist bei vielen Gewerkschaften vorhanden. (Rufe: Persönlich!) Würden diese unbedingt den **1. Mai** feiern, so wäre das unter Umständen für Arbeiter, die **Tarifverträge** haben, ein **Kontakbruch**.

Die **Resolution Fischer** wird mit großer Mehrheit angenommen, die **übrigen Anträge zur Maifester** sind damit erledigt. **Vorsitzender Diez** teilt mit, daß **Schulz - Bremen** erklärt habe, er würde, wenn er nicht verhindert gewesen wäre, an der **letzten Abstimmung vom Mittwoch** teilzunehmen, gegen das **Amendement Freythalers** gestimmt haben. — Weiter teilt der **Vorsitzende** mit, daß **folgender von 94 Delegierten** unterschriebener Antrag eingelaufen ist:

„Der **Parteitag** beurteilt auf das entschiedenste den **rüden Ton**, den die **„Leipziger Volkszeitung“** in der **Kotiz** der Nr. 223 vom **22. September d. J.** gegen den **Genossen Sadehum** wegen seiner **Ausführungen** auf dem **Parteitage** anschlägt. Der **Parteitag** fordert die **„Leipziger Volkszeitung“** auf, sich für die **folgende eines anständigen Tones** gegen die **Parteilogen** zu befleißigen. In einer **Erklärung** erhält hierauf das Wort

Dug: Sie werden mit mir der **Ansicht** sein, daß in der **Kotiz** der **„Leipziger Volkszeitung“** das **gemacht** worden ist, was **Rebel** vorgestern aufs **entschiedenste** beurteilt hat. (Lebhafte Zustimmung.) **Rebel** sagte, in der **Höhe** des **Gefechts** könne man einmal über die **Schnur** hauen, am **Schreibisch** aber könne man sich **zusammenehmen**. (Sehr richtig.) In der **„Leipziger Volkszeitung“** wird **Sadehum** in der **schlimmsten Weise** **verhöhnt**, weil er in **gewissem Grade Schippel** in **Schuh** genommen hat. Das ist aufs **entschiedenste** zu **verurteilen**. (Lebhafter Beifall.) Durch diese **Kotiz** wird also zugleich die **Redefreiheit** des **Parteitages** **verhöhnt**. Das darf sich die **Partei** nicht gefallen lassen. Wenn ein **Genosse** auf dem **Parteitage** nach **bestem Willen** und **Gewissen** seine **Ausführungen** macht, und man **verhöhnt** ihn **deswegen**, so ist das eine **Verhöhnung der Meinungs- und Redefreiheit**, die man mit **Entschiedenheit** zurückweisen muß, und ich **glaube**, der **Parteitag** **schließt** sich mir **darin an**. (Beifall.) Ich **weiß** nicht, ob es **geschäftsordnungs-mäßig** möglich sein wird, den **eben verlesenen Antrag** anzunehmen. Ich **bin** aber **überzeugt**, die **Genossen** werden **darin** mit mir **verstanden** sein, daß wir **erwarten**, daß die **Leipziger Genossen** **Dr. Sadehum** **Gegung** verschaffen werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Diez: Wir können über den **Antrag** jetzt sofort nur **dann verhandeln**, wenn der **Parteitag** es **ausdrücklich** beschließt.

Schwanth: Das geht nicht, daß wir **jetzt** in die **Tagesordnung** diesen **Antrag** einbringen. (Zuruf: **Freshommission!**) **Selbstverständlich** hat der **Parteitag** das **Recht**, sich zu der **Sache** zu **äußern**. Wäre er **nicht** gerade **zusammen**, so hätte der **Partei**vorstand sich **damit** **befoh**. Ich **schlage** vor, den **Antrag** bei **Punkt 9** der **Tagesordnung** (**Sonstiges**) zur **Verhandlung** zu **stellen**.

Buhl-Leipzig: Ich **glaube**, die **Sache** wird am **besten** durch eine **Erklärung** der **Leipziger Genossen** erledigt. Die **Leipziger Delegierten** sind **nicht** in der **Lage**, zu **beurteilen**, aus **welchen** **Gründen** die **Kotiz** der **„Leipziger Volkszeitung“** in der **benämten Form** zu **stehen** gekommen ist. Sie können **daher** **zunächst** die **Redaktion** der **„Leipziger Volkszeitung“** **nicht** **verurteilen** (lebhafter Widerspruch) und **auch** **nicht** **verteidigen**. **Überlassen** Sie **deshalb** die **Sache** den **Leipziger Genossen** zur **definitiven** **Regelung**. (Rufe: **Nein, nein!**)

Richard Fischer - Berlin: Wenn kein **Widerspruch** erfolgt, möchte ich **feststellen**, daß das **kein Vorschlag** ist, der für den **Parteitag** **diskutabel** ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Diez: Sind Sie **damit** **einverstanden**, daß wir **dem** **Antrage** **sofort** **zustimmen**? (**Stadthagen** und **andere Delegierte** **wider-sprechen**.) **Dann** **verschieben** wir die **Verhandlung** **bis** zu **dem** **Punkte** **„Sonstige Anträge“**. (Zustimmung.)

Zu einer **Verichtigung** erhält **hierauf** das **Wort Ledebour:**

In **ein** **Artikel** des **gestrigen** **„Vorwärts“** heißt es **am** **Schluss**, **ich** **hätte** **ausdrücklich** **betont**, daß **Schippel** **durch** **das** **Amendement**

Freythalers **nicht** **zur** **Niederlegung** **des** **Mandats** **aufgefordert** **werden** **soll**. Ich **habe** **das** **gerade** **Gegenteil** **erklärt**, **und** **es** **ist** **das** **aus** **sonst** **alleseitig** **so** **verstanden** **worden**. Ich **habe** **mit** **den** **Verdächtern** **gesprochen**, ich **habe** **das** **ersehen** **aus** **den** **sonstigen** **Artikeln** **in** **unserer** **Partei** **Presse**, die **mir** **zu** **Gesicht** **gekommen** **sind**. Ich **lege** **Wert** **darauf**, diese **irrtümliche** **Auffassung** **des** **„Vorwärts“** **jetzt** **zu** **berichtigen**, weil **der** **eigentliche** **Vericht**, **der** **vermutlich** **meine** **Rede** **korrekt** **wiedergibt**, **in** **der** **nämlichen** **Kammer** **des** **„Vorwärts“** **nicht** **enthalten**, sondern **bis** **auf** **den** **folgenden** **Tag** **verschoben** **ist**. Der **Zeitartikel** **muß** **zunächst** **alle** **Teile** **des** **„Vorwärts“** **irreführen** **über** **die** **Bedeutung** **meines** **Schlusswortes**. Um **Missverständnissen** **vorzubeugen**, **wiederhole** **ich**, daß **ich** **in** **meinem** **Schlusswort** **das** **Amendement** **Freythalers** **angeht** **der** **ganzen** **Diskussion** **und** **angeht** **der** **Situation** **als** **eine** **in** **höfliche** **Worte** **gekleidete** **Auf-forderung** **an** **Schippel** **aufgefaßt** **habe**, **sein** **Mandat** **niederzulegen**.

Redakteur des „Vorwärts“ Eisner: Als **Verfasser** **des** **„Vorwärts“**-**artikels** **habe** **ich** **das** **Bedürfnis**, **einige** **Worte** **zu** **sagen**. Ich **schide** **darauf**, daß **ich** **Ledebour** **bereits** **davon** **in** **Kennntnis** **gesetzt** **habe**, **daß** **ich** **sofort**, **nachdem** **er** **mir** **mitgeteilt** **hatte**, daß **ich** **sein** **Referat** **unrichtig** **aufgefaßt** **hätte**, **dem** **„Vorwärts“** **eine** **Verichtigung** **ein-gefordert** **habe**, die **morgen** **veröffentlicht** **werden** **wird**. Wenn **Ledebour** **es** **gleichwohl** **für** **nötig** **gehalten** **hat**, **diesen** **meinen** **Irreum** **auch** **noch** **öffentlich** **festzustellen**, so **bin** **ich** **genötigt**, **mir** **meinerseits** **zur** **Klärung** **einige** **Worte** **zu** **sagen**. Als **mir** **Ledebour** **heute** **vormittag** **mittelte**, **ich** **hätte** **ihn** **mißverstanden**, **er** **hätte** **das** **Gegenteil** **von** **dem** **gesagt**, was **ich** **geschrieben** **habe**, da **war** **ich** **ganz** **erstaunt**; **denn** **in** **meiner** **Erinnerung** **hätte** **ich** **ganz** **die** **Auf-fassung**, die **ich** **in** **dem** **Artikel** **betreten** **habe**. Nun **habe** **ich** **mich** **sofort** **unterrichtet**, daß **ich** **mich** **thatsächlich** **geirrt** **habe**. **Aber** **dieser** **Irreum** **war** **aus** **sachlichen** **Gründen** **sehr** **begründet**. Als **ich** **in** **später** **Abendstunde** **ignell** **mein** **Telegramm** **niederschrieb** **und** **aus** **der** **Erinnerung** **die** **Debatten** **zusammenfaßte**, **kam** **mir** **un-willkürlich** **eine** **Fassung** **der** **Ansicht** **des** **Referenten**, die **dem** **Referat** **ent-sprochen** **hätte**. Das **Amendement** **Freythalers** **stand** **ja** **im** **Gegensatz** **zu** **dem** **Antrag** **Kayen** **sein**, der **die** **sofortige** **Mandatsniederlegung** **von** **Schippel** **verlangte**. **Im** **Gegensatz** **hierzu** **sprach** **das** **Amendement** **Freythalers** **aus**, daß **das** **nicht** **die** **Absicht** **der** **Genossen** **sei** **(Sehr** **richtig!)**, sondern **daß** **vielmehr** **dann**, wenn **Schippel**, **ich** **meine** **nicht** **sein** **sachliches**, aber **sein** **zweideutiges** **Verhalten** **fort-setzt**, die **Situation** **für** **die** **Niederlegung** **seines** **Mandats** **gegeben** **sei**. (**Zuruf** **Stadthagens:** Das **ist** **auch** **die** **Auffassung** **der** **Berliner** **Delegierten!** — **Sehr** **richtig!** **bei** **den** **Vertretern**.) **Nach** **dem** **Ursprung** **des** **Amendements** **Freythalers** **ist** **eine** **andere** **Auslegung** **ganz** **ausgeschlossen**. Nun **habe** **ich** **das** **Verbrechen** **begangen**, **dem** **Referenten** **unterzuschreiben**, daß **er** **das** **Amendement** **loyal** **ausgelegt** **hat**. Ich **habe** **mich** **darin** **getret**, aber **ich** **glaube** **Verzeihung** **für** **meinen** **Irreum** **beanpruchen** **zu** **dürfen**.

Ledebour: Ich **habe** **ausdrücklich** **begründet**, **weshalb** **ich** **meine** **Erklärung** **hier** **abgab**. Es **genügt** **mir** **nicht**, daß **Eisner** **eine** **Ver-richtigung** **an** **den** **„Vorwärts“** **geschickt** **hat**, **denn** **mittlerweile** **geht** **die** **Behauptung** **unwiderprochen** **in** **die** **Welt** **hinaus**. **Deshalb** **habe** **ich** **die** **Gelegenheit** **benutzt**, **wozu** **ich** **ebenso** **wie** **andere** **Mitglieder** **des** **Parteitages** **ein** **volles** **Recht** **habe**, **eine** **Nichtigstellung** **zu** **veranlassen**. **Eisner**, **der** **zugiebt**, **sich** **geirrt** **zu** **haben**, **hält** **es** **in** **jedem** **Fall** **für** **notwendig**, **wieder** **in** **eine** **Diskussion** **über** **den** **Fall** **Schippel** **einzutreten**, **wozu** **er** **nach** **meiner** **Überzeugung** **absolut** **nicht** **einmal** **geschäfts-ordnungs-mäßig** **das** **Recht** **hat**. (Lebhafter Widerspruch.) **Nein**, **das** **hat** **er** **nicht**. Ich **habe** **lediglich** **berichtigt**, was **ich** **geirrt** **habe**. Ich **habe** **Eisner** **mit** **keinem** **Worte** **angegriffen**. **Eisner** **aber** **eröffnet** **eine** **Diskussion** **darüber**, **wie** **man** **nach** **seiner** **Ansicht** **das** **Amendement** **hätte** **auffassen** **sollen**. **Ja**, **er** **ist** **so** **gar** **noch** **weiter** **ge-gangen**, **er** **hat** **sich** **erlaubt**, die **Bemerkung** **in** **seiner** **Rede** **einzuwerfen**, **seine** **Auffassung** **sei** **die** **loyale**, **und** **diese** **loyale** **Auffassung** **hätte** **ich** **mir** **nicht** **zu** **eigen** **gemacht**, **und** **er** **erhebt** **also** **gegen** **mich** **den** **Vorwurf** **der** **Illoyalität**. (**Zuruf:** **Mit** **Recht!** **Die** **Antragsteller** **hätten** **diese** **Motive** **nicht** **Schlussurteil**.) Ich **bitte** **mich** **nicht** **zu** **unterbrechen**. Wenn **Sie** **glauben** **das** **Recht** **zu** **haben**, **darüber** **etwas** **zu** **sagen**, so **kommen** **Sie** **sich** **ja** **nur** **melden**, **ich** **muß** **mir** **sehr** **entschieden** **eine** **derartige** **Verhöhnung** **verbitten**. (**Unruhe**, **Stöße** **des** **Vorsitzenden**.) Ich **muß** **es** **mir** **verbitten**, daß **man** **mir** **Illoyalität** **vorwirft**, wenn **ich** **meine** **Auffassung** **hier** **wiedergebe**, **und** **ich** **habe** **sie** **wiedergegeben**, **ohne** **daß** **Widerspruch** **da-gegen** **erhoben** **ist**. Wenn **jemand** **glaubt** **hätte**, **er** **müsse** **Wider-spruch** **erheben**, so **hätte** **er** **das** **ihm** **lönnen**. (**Rufe:** **Wann** **denn!** **Sie** **hätten** **ja** **das** **Schlusswort**.) **Wie** **konnte** **sich** **da** **der** **Verfasser** **eines** **Zeitungsartikels** **über** **die** **Sache** **erlauben**, **mir** **eine** **Illoyale** **Auffassung** **vorzuschreiben**? **Das** **ist** **geradezu** **unerhört**. Ich **muß** **es** **mir** **verbitten**, daß **in** **solcher** **Weise** **Geschäftigkeit** **in** **die** **Debatte** **gebracht** **wird**. (**Zwischenruf** **Langer-Chemnitz:** **Sie** **haben** **ja** **Geschäftigkeit** **hineingebracht**.) **Damit** **ist** **diese** **Angelegenheit** **erledigt**.

Vorsitzender Diez: Es **ist** **fraglich**, **ob** **bis** **morgen** **abend** **die** **Erledigung** **aller** **Anträge** **möglich** **sein** **wird**. **Wir** **möchten** **nichts** **unter** **den** **Ufch** **lassen**, **und** **ich** **schlage** **deshalb** **vor**, daß **Sie** **das** **Bureau** **ermächtigen**, **event.** **heute** **je** **nach** **Lage** **der** **Dinge** **noch** **eine** **dritte** **Sitzung** **anzuberaumen**, **etwa** **so**, daß **wir** **bis** **7** **Uhr** **tagen**, **dann** **eine** **Stunde** **Pause** **machen** **und** **von** **8** **Uhr** **ab** **nach** **etwa** **drei** **Stunden** **tags**. **Dann** **find** **wir** **sicher**, daß **morgen** **abend** **geschlossen** **werden** **kann** **und** **daß** **wir** **nicht** **noch** **Sonntag** **zu** **hause** **brauchen**. **Ist** **es** **nicht** **notwendig**, **werden** **wir** **natürlich** **keine** **Abendigung** **abhalten**.

Das **Bureau** **erhält** **die** **Ermächtigung**, **eventuell** **eine** **Abend-sitzung** **anzuberaumen**.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Diez **eröffnet** **kurz** **nach** **3** **Uhr** **die** **Verhandlung** **mit** **der** **Mitteilung** **einiger** **Begrüßungs-Telegramme**. **Es** **wird** **in** **die** **Tagesordnung** **eingetragen**.

Zur **Verhandlung** **steht** **Punkt 6** (**Kommunalpolitik**) **mit** **Reso-lution 60** **und** **den** **Anträgen 61** **und** **62**, die **genügende** **Unterstützung** **finden**. — **Die** **Antragsteller** **des** **Antrages 61** **haben** **in** **ihrem** **An-trage** **den** **Punkt 6** **„Besteuerung** **unberdienten** **Wertzuwachses“** **gestrichen**. **Ein** **fernerer** **Antrag** **verlangt**, daß **in** **dem** **Landesmanischen** **Kommunal-programm** **hinter** **4b** **eingeschaltet** **wird** **als** **4c**: „**volle** **Koalitions-freiheit** **für** **städtische** **Arbeiter** **und** **Beamten**.“ (Schluß im Hauptblatt.)

60. Genosse Dr. Lindemann als Referent:

Resolution:

Die **Gemeinde** **im** **heutigen** **Staate** **ist** **ein** **Verwaltungskörper**, **der** **den** **socialen** **Bedürfnissen** **einer** **an** **eine** **begrenzte** **Kohäsität** **ge-bundenen** **Bevölkerung** **dient**; **sie** **ist** **zugleich** **Hilfsorgan** **der** **staat-lichen** **Verwaltung**. **In** **beiden** **Eigenschaften** **unterliegt** **sie** **den** **aus** **der** **Klassenorganisation** **unseres** **Gesellschafts- und** **Staatslebens** **mit** **Notwendigkeit** **entstehenden** **Bestrebungen**, **ihre** **Verwaltungs-tätigkeit** **im** **Interesse** **der** **herrschenden** **Klassen** **und** **für** **deren** **Herr-schaftszwecke** **auszuüben**. **Nur** **durch** **die** **Aufhebung** **der** **Klassen-herrschaft** **kann** **daher** **die** **demokratische** **Organisation** **der** **Gemeinde** **vollendet** **und** **die** **Wahr** **für** **eine** **Verwaltungstätigkeit** **frei** **gemacht** **werden**, **welche** **die** **Wohlfahrt** **aller** **gleichermassen** **fordert**.

Der **Umfang** **der** **kommunalen** **Verwaltungstätigkeit** **wird** **einer-seits** **durch** **die** **Bedürfnisse** **bestimmt**, **welche** **das** **social** **Zusammen-leben** **der** **Gemeindeangehörigen** **innerhalb** **der** **Gemeinde** **und** **im** **Rahmen** **der** **größeren** **Verwaltungskörper** **erzeugt**, **andrerseits** **durch** **ihre** **lokale** **Gebundenheit** **beschränkt**.

Im **Gegensatz** **zu** **der** **heutigen** **im** **Dienste** **der** **herrschenden** **Klassen** **geschaffenen** **Verfassung** **und** **von** **ihren** **Interessen** **bedingten** **Verwaltung** **der** **Gemeinde** **verlangt** **die** **socialdemokratische** **Um-gestaltung** **des** **kommunalen** **Verfassungs- und** **Verwaltungslebens** **nach** **folgenden** **Grundsätzen:**

1. Die **Verwaltung** **der** **Gemeinde** **ist** **nur** **dem** **Gesetz** **und** **den** **Gerichten** **unterworfen** **sein**. **Daraus** **folgt:**

- a) **Bildung** **des** **Wahlkörpers** **nach** **den** **Grundsätzen** **der** **Ein-wohnergemeinde; Aufhebung** **aller** **Wahlprivilegien; Ein-lammer-system; Bildung** **der** **Gemeindeverwaltung** **durch** **all-gemeine, gleiche, direkte** **und** **geheime** **Wahlen.**
- b) **Beschränkung** **des** **staatlichen** **Aufsichtsrechtes** **auf**

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Gefechte bei Mukden.

London, 23. September. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Tokio gemeldet: General Kurapatkin hat sich in seiner Annahme, daß die Eisenbahnbrücke bei Liaojang zerstört sei, geirrt. Nur das Holzwerk ist verbrannt. Berichterstattter gingen nach der Schlacht über die Brücke. Die Eisenbahn zwischen Dalny und Liaojang ist durch die Russen nur wenig beschädigt worden.

London, 23. September. „Standard“ meldet aus Tokio von gestern: General Oka äußert in einem Bericht die Ansicht, der Plan der Russen bei Liaojang sei gewesen, sich gegen Oka defensiv, gegen die beiden anderen japanischen Armeen offensiv zu verhalten. Die Russen hätten offenbar nicht die Absicht gehabt, den Rückzug anzutreten.

Eine Depesche des „Standard“ aus dem Lager der rechten japanischen Armee von gestern meldet, daß Berichte einlaufen, wonach die Russen Mukden räumen und noch etwa 20000 Russen südlich von Mukden stehen. Die japanischen Verluste bei Liaojang stellten sich als weit größer heraus, als ursprünglich angenommen worden sei. Aus Shanghai wird demselben Blatt von gestern telegraphiert: Bei Mukden finden beständig Gefechte statt; die Russen haben Pintaffe geräumt.

Ein Zientfimer Telegramm des „Daily Telegraph“ von gestern meldet, daß im Bezirk jenseits des Liauflusses westlich von Zieling Kavallerie-Abteilungen der russischen Armee auftreten.

Tokio, 23. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein amtliches Telegramm meldet, daß am 20. d. Mts. bei den Städten Taling und Salungku, sechzig Meilen nördöstlich von Liaojang, gekämpft wurde. Eine japanische Abteilung marschierte am 20. d. Mts. durch Hsienkung und griff die ihr gegenüberstehende feindliche Streitmacht an. Diese bestand aus einer Compagnie Infanterie, einer kleinen Abteilung Reiterei und einem Maschinengewehr, sämtlich in Taling, ferner einem Bataillon Infanterie, 600 Mann Kavallerie, sechs Schnellfeuergeschützen und einem Maschinengewehr, die in Salungku, acht Meilen nördlich von Taling, standen. Der Feind wurde nach Norden vertrieben und ließ 19 Tote auf dem Kampfplatz zurück. Die Japaner, welche einige Wunde machten, erlitten nur ganz geringe Verluste.

Petersburg, 23. September. Der Kriegs-Berichterstattter des „Regierungsböten“ drahtet aus Mukden: Nach Mitteilungen aus chinesischer Quelle ist eine Umgehung der linken Flanke der Russen durch die Japaner im Gange.

Russische Verluste bei Port Arthur.

Petersburg, 23. September. Ein Telegramm des Generalstabes St. Petersburg an den Generalstab berichtet, daß bei dem Angriff auf Port Arthur am 15. d. M. 45 Geschütze unbrauchbar gemacht worden sind. 400 Mann wurden getötet, 800 verwundet, darunter etwa 5 Proz. Offiziere.

Gewerkschaftliches.

Ein 100 000-Jubiläum.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hat eine Auflage von 100 000 erreicht oder eigentlich (mit 100 200) überschritten. Auf mehr als ein Vierteljahrhundert des Kampfes blickt das Blatt dabei zurück.

Im Januar 1879 erschien die erste Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“, damals „Neue Tischlerzeitung“ genannt. Es war das nicht die erste Fachzeitung für die organisierten deutschen Tischler resp. Holzarbeiter; sie hatte in den sechziger Jahren mehrere Vorgänger, die aber alle nur ein bescheidenes Dasein fristeten. Das erste Organ der deutschen Holzarbeiter, die „Union“, wurde auf dem Holzarbeiter-Kongress in Nürnberg am 6. Oktober 1873 gegründet. Die „Union, Organ für die Holzarbeiter Deutschlands“, war nicht obligatorisch eingeführt; vom 1. Januar 1875 ab war sie „Organ der verbundenen Gewerkschaften Deutschlands“. Ihre Auflage bezifferte sich am 1. Juli 1875 auf 9200, davon entfielen auf die Holzarbeiter 3400, auf die Metallarbeiter 1800 Abonnenten. Die Maurer und Zimmerer hatten ihre Teilnahme an der „Union“ zum 1. Oktober 1875 gekündigt, doch wird in dieser Zeit auf die Heranziehung und Werbung von 2000 Abonnenten aus den Kreisen dreier kleiner Gewerkschaften gerechnet. Die Redaktion der „Union“ führten nacheinander Theodor Jozel, Ignaz Auer und August Geib. Am 1. Oktober 1878 stellte sie ihr Erscheinen ein. An ihre Stelle trat der „Bund“, Organ des Bundes der Tischler und Berufsangehörigen Deutschlands. Eine Anzahl von der Centrale abgeweihter Vereine in Dresden, Leipzig, Braunschweig usw. gaben außerdem in Dresden die „Union, Circular der Gewerkschaft der Holzarbeiter“, heraus. Am 1. Mai 1877 hörte das Erscheinen der „Union“ auf, weil inzwischen auf der gemeinschaftlichen Generalversammlung in Hamburg am 1. April 1877 eine Verschmelzung der beiden feindlichen Holzarbeiter-Organisationen stattgefunden. Aber auch der „Bund“ stellte mit der Nr. 30 vom 28. Juli 1877 sein Erscheinen ein, da auf einer Abstimmung der an ihm beteiligten Organisationen mit 816 gegen 680 Stimmen beschlossen worden war, ihn mit dem neugegründeten „Pionier“, dem Centralorgan der deutschen Gewerkschaften, zu verschmelzen. Dieses Organ, dem Otto Kapell als Redakteur Vorstand, wurde mit Erlaß des Socialistengesetzes am 1. Oktober 1878 verboten.

Auch der Bund der Tischler verfiel gleich diesen andern Gewerkschaften der polizeilichen Auflösung. Lotensfülle herrschte im Gewerkschaftsleben, auch unter den Tischlern war alles Leben erloschen. Ein geistiges Bindemittel fehlte völlig. Da entschlossen sich einige beherzte Kollegen, ein neues Blatt und zwar die „Neue Tischlerzeitung“ herauszugeben. Die Polizeibehörde in Hamburg gestattete die Herausgabe, jedoch drohte sie mit einem sofortigen Verbot, falls auch nur eine Zeile darin stände, die so aussah wie die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung“.

Verstärkt war die erste Nummer in der Hauptsache von dem Genossen Wehr. Der Vorsitzende der Centralasse der Tischler, Reinhard Meyer, zeichnete und redigierte sie dann bis zum 1. Oktober 1879, wo die Redaktion von dem Kassierer der Kasse, Wilhelm Gramm, übernommen wurde. Vom Jahre 1881 an erschien die Zeitung in einem etwas größeren Format; dies behielt sie bei bis zum 1. Januar 1890.

Am 1. Juli 1883 übernahm der kürzlich verstorbene Kollege Louis Jacobs die Redaktion der Zeitung; als dieser im Herbst des Jahres 1887 in die Central-Krankenkasse der Tischler als zweiter Kassierer eintrat, trat an seine Stelle als beauftragter Redakteur Richard Müller. Damals hatte die Zeitung 6000 Abonnenten, im Jahre 1889 stieg die Zahl derselben schon auf 10 000, so daß sich die Anstellung eines Expedienten notwendig machte, als welcher Kollege Albert Röske, damals in Kiel, gewählt wurde. In die Redaktion trat am 1. August 1892 an Stelle Richard Müllers Wilhelm Spannkuch, damals in Kassel, und nach dessen Eintritt in den Vorstand der socialdemokratischen Partei, am 1. Januar 1894, der damalige Expedient Albert Röske, an dessen Stelle Heinrich Stubbe aus Hamburg in die Expedition eintrat.

Auf dem Verbandstage in Hannover erklärte dann der Tischler-Verband das Organ für obligatorisch.

Mit der Gründung des Holzarbeiter-Verbandes wechselte auch die „Neue Tischlerzeitung“ ihren Namen, sie nannte sich ab 1. Juli 1893 „Holzarbeiter-Zeitung“, Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter, Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie der Krankenkassen derjenigen Vereine, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören, welchen Namen sie heute noch führt.

Innerhalb von 10 Jahren stieg nun ihre Auflage von 24 000 auf jetzt 100 000, dadurch auch das Wachstum des Verbandes illustrierend; denn die 100 000 Abonnenten sind 100 000 organisierte Holzarbeiter, und die „Holzarbeiter-Zeitung“ war zweifellos eines der Hauptmittel, diese 100 000 dem Organisationsgedanken zu gewinnen.

Berlin una Amgegend.

Die Zahl der Ausgeperrten in der Metallindustrie hat sich noch nicht feststellen lassen, da die Aussperrung von den Unternehmern nicht plötzlich vorgenommen wird, sondern man die Arbeiter erst die angefangenen Arbeiten vollenden läßt.

Drei Firmen mit rund 30 Wörkern und Drückern haben den Tarif neu bewilligt, so daß sich jetzt zehn unterschriftliche Neubewilligungen in den Händen der Streikleitung befinden.

Der Streik der Lugsapapierarbeiter und Arbeiterinnen erstreckt sich gegenwärtig auf 7 Firmen; die Zahl der Streikenden beläuft sich auf über 400. Die Lohnbewegung hat auch bereits gute Erfolge gehabt, da mit einer größeren Anzahl Firmen, die zusammen ungefähr 500 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigen, Vereinbarungen getroffen worden sind. Die „Vereinigung Berliner chromolithographischer Anstalten“, der ein Teil der Lugsapapierfabrikanten angehört, hat, nachdem am Montag die Arbeitsniederlegung erfolgt war, die Streikenden — aber nicht ihre Lohnkommission oder ihre Organisationsvertreter — auf Freitag zu einer Sitzung eingeladen, wo einem Passus des Statuts der „Vereinigung“ entsprechend ein Versuch zur Einigung gemacht werden sollte. Die Streikenden haben es jedoch einstimmig abgelehnt, zu dieser Sitzung oder Versammlung zu erscheinen und dies der Vereinigung durch folgende Resolution mitgeteilt:

„Die bei den Firmen Bernhardt u. Co., Böhme, Hochstein u. Weinberg, Friedheim u. Sohn, Schwertfeger, Stange und Finkenath ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen haben von der von der Vereinigung Berliner chromolithographischer Anstalten an sie ergangenen Einladung zu einer am 23. September stattfindenden Versammlung mit dieser Vereinigung Kenntnis genommen. Da nun die Vereinigung die Verhandlungen in die Wege leitet, die Vertretung der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen jedoch der Deutsche Buchbinder-Verband ist, dieser aber von jener Vereinigung ignoriert wurde, so erklären die Obigen, nur dann zum gemeinsamen Verhandeln resp. zu dem Besuch jener Versammlung bereit zu sein, wenn von ihrem Verbände gleichfalls Vertreter mit hinzugeschickt werden. Die Ausständigen beauftragen deshalb die Ortsverwaltung des Deutschen Buchbinder-Verbandes sowie die Lohnkommission der Lugsapapierbranche, diesen von den Streikenden gefassten Beschluß der Vereinigung Berliner chromolithographischer Anstalten zur Kenntnis zu bringen.“

Am Donnerstag fand nun in Kellers großem Saal eine außerordentlich zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Lugsapapierfabriken statt, an der ungefähr 2000 Personen teilnahmen. Das Referat über den Herrenstandpunkt der Lugsapapierfabrikanten hielt Drückner, der Bevollmächtigte der hiesigen Jahreshalle des Buchbinder-Verbandes. Er schilderte den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung und erwähnte unter anderem, daß das Einigungsamt des Gewerbegerichts versucht habe, zwischen den streikenden Parteien zu vermitteln, daß die Streikenden wohl bereit waren, die Vermittelung anzunehmen, die Fabrikanten sie aber abgelehnt haben. Das Verhalten der Fabrikanten, die wohl für sich das Recht der Organisation in Anspruch nehmen und ausüben, die Organisation ihrer Arbeiter aber nicht anerkennen wollen, wurde sowohl vom Referenten als auch von den Disfussionsrednern scharf beurteilt. Ferner wurden die teils gerabzu ererblichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lugsapapierbranche besprochen. Die vom Streik betroffenen Fabrikanten scheinen in großer Verlegenheit zu sein, haben doch einzelne der Herren sich schon selbst an die Maschinen gestellt. Andre, und hier wurde die Firma Schwertfeger genannt, sollen Streikbrecher-Werber mit 5 M. Tageslohn angeheißt haben. Wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, ist es jedoch gelungen, solche Personen von ihrem arbeiterfeindlichen Treiben abzubringen. Ferner wurde erwähnt, daß die Polizei auch bei diesem Streik den Fabrikanten reichlichen Schutz angedeihen läßt, die Streikposten unnötig belästigt und sogar schon Sühnungen vorgenommen hat. Der oben erwähnte Beschluß der Streikenden wurde von der Versammlung einstimmig gut geheißen und ebenfalls einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die am 22. September 1904 in Kellers Festsaal versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Lugsapapierbranche billigen durch die Erklärung der streikenden Kollegen und Kolleginnen. Die Versammelten erklären nochmals, daß sie zu jeder Verhandlung bereit sind, jedoch, da die Fabrikanten ihrer Vereinigung, der Vereinigung Berliner chromolithographischer Anstalten die Angelegenheit übertragen haben, nur unter Hinzuziehung von Vertretern des Deutschen Buchbinder-Verbandes.“

Des weitern sprachen die Versammelten den Streikenden ihre vollste Sympathie aus und verpflichteten sich, jedwede Streikarbeit zu verweigern und der Lohnkommission sofort Mitteilung zu machen.

Eine gutbesuchte öffentliche Klaviaturarbeiter-Versammlung, die am 22. September im Etablissement „Südost“, Waldemarstr. 75, tagte, nahm zu der eingeleiteten Lohnbewegung Stellung. Geilung berichtete über die Vorarbeiten der damit beauftragten besonderen Kommission der Klaviaturarbeiter. Die Kollegen von 13 Fabriken (14 sind vorhanden) haben erklärt, Forderungen stellen zu wollen. Die Kommission habe nun erwogen, ob nicht an Durchführung eines Einheitsstarifs gedacht werden könne. Bisher seien die Preise in den Fabriken sehr verschieden. Es werde ja schwer sein, Einheitspreise einzuführen, aber ein Anfang müsse doch gemacht werden. Einem entsprechenden Wunsch vieler Kollegen folgend, hat die Kommission einen Minimal-Einheitsstarif ausgearbeitet. An der Spitze stehe die Forderung der Arbeitszeit von 51 Stunden pro Woche, statt, wie bisher, 52 Stunden und teilweise noch mehr. Daran schließe sich die Abschaffung der Ueberstunden, die in mehreren Fabriken zu einem Arbeitschaden geworden seien. Redner trägt dann die einzelnen Accordsätze vor, welche die Kommission als Einheitsätze vorschlägt. Es handelt sich dabei um Erhöhungen von durchschnittlich etwa 10 Proz. gegenüber den bisherigen Preisen. Die Lohnarbeiter sollen auch eine derartige prozentuale Erhöhung fordern. Nach Meinung des Referenten sind die Forderungen so minimal, daß sie sehr gut von den Fabrikanten bewilligt werden könnten. Wenn in einzelnen Fabriken den Kollegen Zugeständnisse gemacht werden, dann müßte es der Kommission überlassen bleiben, zu entscheiden, ob sie nicht zu gering seien. Ohne Zustimmung der Kommission dürfen Vereinbarungen mit den Fabrikanten nicht getroffen werden, und im Falle des Streiks sei ohne diese Zustimmung die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. — Nach einer ausgedehnten und lebhaften Debatte beschloß die Versammlung gegen nur vereinzelte Stimmen, in die Lohnbewegung zu Gunsten eines Minimal-Einheitsstarifs einzutreten. In einer Specialabstimmung erklärte sich die Versammlung für den von der Kommission festgestellten Tarif, in dem für Lohnarbeit ein Minimallohn von 27 M. vorgesehen ist.

Das Einigungsamt des Gewerbegerichts findet immer mehr Anhang auch seitens kleinerer Betriebe. Seit Monaten tritt die Arbeiter der Stöckfabrik Schoenfeld u. Co. um einen Tarif, wobei es sogar zur sechsstägigen Arbeitseinstellung kam. Diefelbe wurde bei-

gelegt, indem die Firma den Tarif unterschriftlich anerkannte und sich verpflichtete, aus Anlaß des Streiks keinerlei Maßregelung vorzunehmen. Trotz alledem nahmen die Streitigkeiten kein Ende. Die Entlassung eines Arbeiters infolge von Tarifstreitigkeiten fahien die Arbeiter des Betriebes als Maßregelung auf, und hätte dieser Streikfall nahezu wieder zur Arbeitseinstellung geführt. Als am folgenden Montag unter Beteiligung eines Vertreters des Holzarbeiterverbandes die Verhättniskommission bei den Firmeninhabern vorstellig wurde, um den Streikfall beizulegen, einigte man sich nach zweiseitigen Verhandlungen dahin, das Einigungsamt anzurufen, und wurde seitens der Firmeninhaber bis zur erfolgten Einigung der Betrieb geschlossen. Noch am selben Tage wurden die Verhandlungen aufgenommen. Es wurde eine Einigung auf der Grundlage erzielt, daß über die strittigen Positionen des Tarifs Klarheit geschaffen wurde. Die Arbeiter verzichteten auf die Wiedereinstellung des Entlassenen und die Unternehmer verpflichteten sich, an dessen Stelle einen von der Gewerkschaft gestellten Arbeiter einzustellen. Außerdem wurde eine Schlichtungskommission eingesetzt, welche alle Streitigkeiten, insbesondere Tarifstreitigkeiten, beizulegen hat. Kann innerhalb dieser Kommission eine Einigung nicht herbeigeführt werden, ist das Einigungsamt anzurufen, dessen Entscheid beide Teile sich fügen. Der Tarif gilt bis zum 1. Januar 1907. Es ist dieses der erste Tarif, der innerhalb der Stadtindustrie rechtsverbindlich festgelegt ist. Offenbar folgen andre Betriebe dem Vorgehen der Firma Schoenfeld u. Co.

Verichtigung. In dem Bericht in Nr. 224 des „Vorwärts“ über die Vertrauensmänner-Versammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes sind die Verhandlungspunkte zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisation nicht richtig wiedergegeben. Der Verband fordert, daß bei neuen Wästern die Arbeiten bei der erstmaligen Anfertigung in Lohn hergestell und hiernach für die fernere Anfertigung derselben Arbeiten der Accordpreis berechnet werden soll. Auf diese Forderung glaubten die Tischlermeister nicht eingehen zu können und neigten eher dem Vorschlage zu, daß auch die ersten neuen Arbeiten in Accord angefertigt würden, hierfür jedoch ein bestimmter Prozentsatz des bisherigen Durchschnittsverdienstes dem Arbeiter zugesichert werden soll. Diesen Vorschlag wollten sie in der Höhe von 80 Proz. festgesetzt wissen, während der Vorstand des Holzarbeiterverbandes diesen Prozentsatz auf 65 Proz. bemessen haben wollte. Die Vertrauensmänner-Versammlung stimmte dem Vorschlage der Ortsverwaltung des Verbandes zu, der dahin ging, in erster Linie an der Forderung, die ersten neuen Arbeiten in Lohnarbeit anzufertigen, festzuhalten, sollte aber eine Verständigung mit den Meistern hierüber nicht erzielt werden können, auf der Grundlage des zweiten Vorschlages Vereinbarungen zu treffen, jedoch soll der zu sichernde Prozentsatz des Durchschnittsverdienstes bei neuen Arbeiten nicht unter 65 Proz. betragen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Die Streikbrecher-Brücke. Nicht eigenartigen Zwecken muß die im Van begriffene große Spreckbrücke zwischen Ober- und Nieder-Schöneweide dienen. Anlässlich des Gärtler- und Drückereiters bei der an der Brückenzugangsstraße gelegenen Firma Engel u. Hege-wald ist es seitens des Amtsvorsetzer Kottmeier sämtlichen „Arbeitswilligen“ gestattet, auf dieser unbollendeten Brücke das rettende Ufer zu erreichen, damit sie nicht den bösen Streikposten in die Hände laufen. Allerdings ohne Erfolg, denn jenseits der Brücke giebt es auch noch neutrales Gebiet, das die Streikenden sofort mit Beschlag belegten. Sämtliche Polizei des Ortes mit auswärtiger Verstärkung wacht darüber, daß auch niemand andres den Weg über die Brücke nimmt. Von eigenartigem Geschmach zeugt es, daß der Amtsvorsetzer in Jägeruniform des Mittags und Abends mit den Firmeninhabern vor der Fabrik für „Ordnung“ sorgt, was begreiflicherweise immer einen großen Aufkauf verursacht.

In der Gemeindevertretung wird die zuständige Stelle Rechenschaft darüber abzulegen haben, wie ein Gemeindebau in solch einseitiger Parteinahme gehalten muß. — Der Gemeinde ist es wenigstens erspart, über einen geeigneten Brückennamen Betrachtungen anzustellen, da sie jetzt schon in aller Wandel die Streikbrecherbrücke heißt. Schade um die schöne Brücke!

Deutsches Reich.

Achtung, Leberarbeiter! In Freiberg in Sachf. sind bei der Firma Stecher sechs Werkskinderarbeiter entlassen, weil sie gegen ungebührliche Lohnabzüge ihr Recht beim Gewerbegericht suchten. Zurückgehende Mitglieder wollen sich erst mit der Ortsverwaltung in Verbindung setzen. — Die Sperre über die Firma Rathhaus in Hall ist aufgehoben, da die Firma den geforderten Stundenlohn bewilligt hat. Der Centralvorstand.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wierter Wahlkreis (Süd-Ost). Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 1 Uhr, veranstaltet der Wahlverein im wissenschaftlichen Theater der Urania, Taubenstraße 48/49, eine Vorstellung. (Zusatz Klagen.) Die im Umfah befindlichen, aber noch nicht verkauften Billets bitten wir bis Dienstag, den 27. September, in der Parteispedition am Laufiger Platz 14/15 abzugeben, widrigenfalls sie als verkauft betrachtet werden.

Fünfter und sechster Wahlkreis. Flugblattverbreitung zur Kommunalwahl Sonntag früh 1/2 8 Uhr. — Fünfter Kreis von Wirth, Auguststraße 51, und Wittchow, Kl. Hamburgerstraße 27, Ecke Chausseestraße. Sechster Kreis von Nerber, Bergstraße 10, und Doppe, Adlerstraße 21. Zahlreiche Beteiligung erwarten. Die Vertrauensleute.

Groß-Lichterfelde. Montag, abends 8 Uhr, findet im Saale des Herrn Reffen, Chausseestraße 104, eine öffentliche Versammlung statt. Genosse S. Kagenstein spricht über: „Die sociale Bedeutung der Konsumgenossenschaften.“ Die Parteigenossen werden erlucht, für den zahlreichen Besuch dieser Versammlung eifrig zu agitieren.

Schenkersdorf bei Königs-Wusterhausen. Der Wahlverein hält am Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr seine Generalversammlung ab. Pünktliches Erscheinen aller Genossen ist wegen der wichtigen Tagesordnung dringend nötig.

Der Wahlverein von Jernsdorf und Umgegend hält am Sonntag keine Mitgliederversammlung nachmittags 4 Uhr bei Julius Anorr ab.

Lokales.

Sonntagruhe im Handelsgewerbe. Der Magistrat hat vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung heute ein Ortsstatut über die Regelung der Sonntagruhe im Handelsgewerbe angenommen. Das Ortsstatut hat folgenden Wortlaut: „Auf Grund der §§ 105 b Abs. 2 und 148 a der Gewerbe-Ordnung wird nach Anhörung beteiligter Arbeitgeber und Arbeiter gemäß § 142 a. O. für den Gemeindebezirk Berlin folgendes bestimmt: § 1. Die Vorschriften, nach der im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen nicht länger als fünf Stunden beschäftigt werden dürfen — insoweit nicht die zuständigen Behörden Ausnahmen zulassen — wird dahin abgeändert, daß in Fabriken, Engros-, Bank-, Versicherungs- und Agentur-geschäften, soweit der Betrieb in offenen Ver-

raufstellen statfindet, die zugelassene fünfstündige Arbeitszeit auf zwei Stunden, und zwar für die Zeit von 8—10 Uhr vormittags, herabgesetzt wird. § 2. Die im § 1 bezogene Einschränkung findet auf den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln sowie auf den Handel mit dem zur Erhaltung der Nahrungs- und Genussmittel dienenden Eis keine Anwendung. § 3. Zuwiderhandlungen gegen dieses Ortsstatut werden mit Geldstrafen bis 600 M. im Invernahmefalle mit Haft bestraft. § 4. Dieses Ortsstatut tritt mit dem 1. Januar 1905 in Kraft.

Die Arbeiterausschüsse, die in den Betrieben der Stadtgemeinde bestehen, haben zum Teil so geringe Rechte, daß ihr Wert für die Arbeiter nicht erheblich sein kann. Der Wunsch, daß hierin eine Aenderung eintreten möge, soll nun endlich erfüllt werden. Auf den Wasserwerken und in der Parkverwaltung sollen dem Arbeiterausschuß künftig dieselben Rechte zustehen wie auf den Gaswerken. Danach kann der Ausschuß zusammentreten, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder sich dafür erklärt. Der beschämende Zustand, daß die Vorgesetzten erst um ihre gütige Erlaubnis angegangen werden müssen, wird beseitigt.

Warum die Abonnements-Verteuerung? Eine seltsame Antwort auf diese Frage erfolgte gestern Abend in einer Protestversammlung im „Königs Hofe“ in der Bülowstraße, die vom Berliner Verkehrsverein einberufen war. Dort wurden zu allgemeiner Überraschung Mitteilungen über einen Vertrag gegeben, den die Große Berliner Straßenbahn mit einer Reklamagesellschaft zum Absatz ihrer Produkte geschlossen hat. Diese Gesellschaft giebt sogenannte Jahreshefte heraus; die perforierten Jahreshefte befinden sich an einem mäßig starken Heft von brauner Farbe, das der Käufer in Berliner Geschäften für 5 Pf. erwerben muß, und das zu einer Karte auf einer Strecke der Straßenbahn berechtigt. Die fehlenden 5 Pf. zahlt die Reklamagesellschaft an die Große Berliner Straßenbahn; sie erhält dafür das Recht, in das Heft, das nach Art der Stolportagenman-Vierfarbungen salinischer Art angefertigt ist, Reklamenaufzunehmen. Eines dieser Hefte, die zum 1. Oktober in den Verkehr kommen sollen, zirkulierten in der Versammlung. Die Sache erscheint uns denn doch sehr zweifelhaft.

Zu dem vom 1. bis 8. November d. J. in Paris stattfindenden internationalen Kongreß für Desinfektion wurden heute vom Magistrat die Stadträte Geh. Rat Dr. Strahmann und Kalisch deputiert.

Der elektrische Betrieb auf der Strecke Nieder-Schöne-weide—Johannisthal—Spindlersfeld ist, nachdem eine an der Umformierung notwendig gewordenen Reparatur fertig gestellt, gestern wieder aufgenommen worden. Die Versuchsfahrten der Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen werden, wie bestimmt verlautet, im nächsten Jahre wieder aufgenommen werden; in diesem Jahre verbot sich dies von selbst, weil für die elektrisch ausgerüstete Strecke der Militärbahn der erforderliche Strom nicht geliefert werden konnte. Im nächsten Jahre soll für die Stromlieferung in ausreichendem Maße Vorkehrung getroffen werden.

Die Automobildrohsche hat in der Reichshauptstadt eine derartige Aufnahme gefunden, daß jetzt die Festsetzung zahlreicher besonderer Haltestellen für dieses Fahrzeug notwendig geworden ist. Der Polizeipräsident hat 12 Halteplätze bestimmt, an denen ausschließlich „Kraftfahrzeuge“ aufgestellt werden dürfen. Sie sind bekanntlich sämtlich mit Fahrpreisanzeiger ausgerüstet. Für die Liebhaber dieser Fahrzeuge ist die Angabe dieser Plätze im einzelnen von Interesse. Sie befinden sich: 1. Solanischer Platz, im Zuge der Schönebergerstraße, Nordseite, Spitze nach der Kömmergrabenstraße, Behrenstraße dem Hause 38/30 gegenüber, südlich des Bürgersteiges, Spitze nach dem Opernhaus, Penningstraße, vor dem Hause 9, Spitze nach der Paulstraße, Kaiser Wilhelmstraße, vor dem Hause 49, Spitze nach der Burgstraße, Leudstraße hinter dem Hause Bellevuestr. 10, Seite am Tiergarten, Spitze nach dem Kempferplatz, Margrafensstraße, vor dem Hause 81, Spitze nach der Leipzigerstraße, Mohrenstraße, vor dem Hause 17, Spitze nach der Friedrichstraße, Schmidstraße, vor dem Hause 12, Spitze nach der Neanderstraße, Sehlitzstraße, vor dem Hause 14, Spitze nach der Mathenowerstraße, Sommerstraße, vor dem Hause 1, in Höhe des Schildes, Spitze nach dem Brandenburger Thor, Tiedstraße, vor dem Hause 1, Spitze nach der Chausseestraße, Universitätsstraße, Seite der Universität, Spitze nach Unter den Linden. An jedem dieser Halteplätze „müssen“ 2 Automobil- oder Kraftdrohschen halten. Es dürfen an den Plätzen je nach dem verfügbaren Raum 5, 6 oder 8 Automobildrohschen aufgestellt werden.

Ein wunderliches Verlangen. Die Aufnahme des Hebräischen als Unterrichtsgegenstand in den Lehrplan der Volksschulen ist vom Provinzial-Schulkollegium abgelehnt worden. Eine Beschwerde des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde beim Kultusminister, in der das Hebräische als wesentlicher Teil des jüdischen Religionsunterrichtes gekennzeichnet wurde, hatte keinen Erfolg. Die Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit den weiter in dieser Frage zu unternehmenden Schritten. Eine Eingabe an den Landtag wurde als vollständig aussichtslos verworfen. Dagegen beantragte Professor Blasko als Referent, entweder neben dem Religionsunterricht hebräischen Unterricht für die Volksschüler in den jüdischen Religionschulen zu erteilen, oder in Verbindung mit dem schulpflichtigen Religionsunterricht hebräische Sprachlehre einzurichten, mit deren Leitung thunlichst die Religionslehrer zu betrauen seien. Die Zahl der hebräischen Stunden soll zwei wöchentlich betragen. Die Vor schläge wurden einer gemischten Kommission zur Durchberatung überwiesen.

Nach unserer Meinung haben auch die Eltern jüdischer Kinder ein großes Interesse daran, daß in der Volksschule wenigstens eine fremde Sprache gelehrt wird. Aber wunderbar ist es, daß ausgerechnet die hebräische Sprache in den Schulplan aufgenommen werden soll und noch wunderlicher, daß man sie in den Religionsunterricht der jüdischen Kinder eingefügt haben will. Eine so unverantwortliche Zeitverwendung kann das Provinzial-Schulkollegium unmöglich gutheißen. Möge die jüdische Gemeinde dahin trachten, daß die Gemeindevorstände, und zwar nicht nur die jüdischen allein, an Stelle dieses alten Trübels etwas Nützliches in der Schule lernen. Es ist beschämend, daß vierzehnjährige Knaben bei der Entlassung aus der Schule nicht einmal im Stande sind, ein französisches Fremdwort richtig auszusprechen.

Eine Zunahme der Gärten in Berlin hat die letzte Grundstücksaufnahme ergeben. Die Gärten haben sich in Berlin seit 1895 von 6884 auf 7500 vermehrt, so daß 29 1/2 Proz. sämtlicher Grundstücke Gärten besaßen. Häuser, zu denen mit ein Vorgarten gehörte, wiesen gegen 1895 eine Verminderung von 86 auf 84 pro Mille auf, während sich die Grundstücke mit Hausgärten von 156 auf 166 pro Mille vermehrt haben. Die Ausdehnung der Gärten war recht verschieden. Solche von weniger als 10 Quadratmeter Fläche gab es nur 321. Es entfielen circa 20 Proz. aller Gärten auf solche von 11 bis 50 Quadratmeter Fläche, 22 Proz. auf solche mit 51 bis 100 Quadratmeter, und 16 Proz. auf Gärten, die 101 bis 200 Quadratmeter groß waren. Es gab ferner 121 Gärten von 2000 und 3000 Quadratmeter, 49 von 5000 bis 10000 und 24 mit mehr als 10000 Quadratmeter Flächeninhalt. Der Bebauung hatte 15 solcher großen Gärten. Die relativ reichste Ausstattung mit Vorgärten wies natürlich die Tiergarten-Vorstadt auf.

Die Klavierlehrerin in der Zimmerstraße. In einem Hause der Zimmerstraße wohnt seit vier Wochen eine „Kantiere“ M., die dem Hauswirt so wenig gefiel, daß er ihr zum 1. Oktober schon wieder kündigte. Zwei Tage wohnete bei ihr ein älteres Fräulein Henriette Schaub, die außerdem in der Friedrichstraße noch eine Wohnung hatte. Fräulein Schaub wollte die beiden Räume, die sie abgemietet hatte, weniger zu Wohnzwecken benutzen und legte daher auch kein Gewicht darauf, daß sie bei der Polizei angemeldet werde. Es war ihr vielmehr besonders darum zu thun, einige Zimmer zu haben, in denen sie Klavierunterricht geben könnte. Zu den Unterrichtsstunden erschienen aber nicht bloß kleine Mädchen, zum Teil unter vierzehn

Jahren, sondern auch ältere Herren manche schon recht bejahrt und einige auch sehr bekannt. Durch Wucher in den Löhnen wurden sehr heisse Dinge beobachtet, zu denen die „Klavierlehrerin“ die Musik machte. Am Donnerstagsvormittag um 10 1/2 Uhr kamen wieder drei Mädchen mit Musikmappen. Die Hauswirtsgehilfin, die gerade die Treppe säuberte, warnte sie, da sie bei Fräulein Schaub schwierig Klavier spielen lernen würden, sie gingen aber doch hinauf. Nach einer halben Stunde holten zwei Kriminalbeamte Fräulein Schaub und die drei Mädchen aus der Wohnung heraus und nahmen sie mit. Die Mädchen wurden später wieder entlassen, die „Klavierlehrerin“ dagegen nach Moabit in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Die Rechtsanwalte Walter Bohn und Georg Morris eruchten und, folgendes zu veröffentlichen: In der Presse ist wiederholt behauptet worden, daß Herr Georg Steffen, unser Mandant, geflüchtet und daß gegen ihn Haftbefehl bzw. Steckbrief erlassen sei. Alles dies ist unrichtig. Es ist lediglich eine anonyme Anzeige gegen Herrn Steffen eingegangen, es ist aber weder ein Haftbefehl, noch ein Steckbrief erlassen worden. Steffen wird voraussichtlich von seiner Reise in Kürze zurückkehren.

Zwei Desraudanten. Wegen fortgesetzter Unterschlagungen ist gestern früh der Inspektor Richard Köthe, der seit sechs Jahren in einem Fuhrgeschäft in Alt-Moabit angestellt war, verhaftet worden. Er eignete sich nach und nach 6500 Mark an und verschleierte seine Veruntreuungen durch falsche Buchungen, bis sie gestern ans Licht kamen. — Mit 800 M. flüchtete der 29 Jahre alte Buchhalter Franz Grünmader aus der Kreuzgasse 20 in Friedrichsberg, der seit drei Jahren in einem Geschäft für Möbelbergierungen im Osten der Stadt angestellt war. Der Mann zog am vergangenen Sonnabend bei drei Kunden zusammen 800 M. ein, lehrte nicht mehr in das Geschäft und nach Hause zurück, sondern verschwand. Seine Frau ließ er mit einem einjährigen Sohn in bedrängter Lage im Stich.

Die Trabrennbahn Westend bleibt bestehen. Wie das „Berl. Tageblatt“ erfährt, ist zwischen der Deutschen Bank als der Eigentümerin des Geländes der Trabrennbahn Westend und dem Neuenverein eine Einigung zu Stande gekommen, wonach bis einschließlich 1905 auf dem bisherigen Gelände die Trabrennen abgehalten werden können. Es ist sogar Aussicht vorhanden, daß dieses Abkommen bis einschließlich 1910 verlängert werden wird. Die Deutsche Bank hat ihren Bebauungsplan für das große, ihr gehörende Terrain auf den Höhen von Westend derartig eingeteilt, daß innerhalb der nächsten vier bis sechs Jahre die Trabrennbahn der Bebauung noch nicht erschlossen werden wird.

Der Vergiftungsstode gerettet. Die Feuerwehre rettete gestern vormittags 10 Uhr den Heizer A., der die Zentralheizung in dem Hause Spandauerstr. 63a zu besorgen hat, aus gefährlicher Lage. Die kürzlich ausgeführte Heizungsanlage wurde gestern zum ersten Male nach der Sommerpause in Thätigkeit gesetzt. Gegen 10 Uhr machte sich nun auf dem Hofe und in den unteren Wohnräumen ein intensiver Gasgeruch bemerkbar. Kohlenträger, die Kohlen nach dem Keller tragen wollten, machten auf der Kellertreppe schleunigst kehrt, weil sie von dem dort ausströmenden Gase fast betäubt wurden. Man rief nach dem Heizer, der indes nirgends zu finden war. Durch Nachfragen konnte festgestellt werden, daß der Heizer sich in den Keller begeben hatte und noch nicht zurückgekehrt war. Da sich niemand bereitfinden ließ, den gefährlichen Raum zu betreten, wurde die Feuerwehre herbeigerufen. Diese schickte Sappeure vor, die nach wenigen Minuten den im Keller bewußtlos gewordenen Heizer ins Freie beförderten. Die sofort angestellten Rettungsversuche mit Sauerstoff hatten den gewünschten Erfolg, denn der Vergiftete kam bald wieder zu sich und konnte in seiner Wohnung belassen werden.

Die Arbeiter-Vergensgenossenschaft „Paradies“ erjudt uns, folgendes zu veröffentlichen: Der Einbruch in die Lauben auf dem Gelände der Arbeiter-Vergensgenossenschaft „Paradies“ bei Wohnsdorf ist allem Anschein nach nicht von Dieben ausgeführt worden, da von dem teilweise wertvollen Inhalt nichts vermisst wird. Auch von einem Raubakt kann wohl kaum die Rede sein, da die Beschädigungen an Türen und Fenstern nur insoweit vorgekommen wurden, als zum Eindringen in die Lauben notwendig war; weitere Sachbeschädigungen sind nicht vorhanden. Dagegen haben die Einbrecher sämtliche Lauben sorgfältig durchsucht, als ob eine Hausdurchsuchung stattgefunden hätte, wobei auffallen muß, daß bei dem einen Laubeneinnehmer zwei Stangen mit Fahnen von roter Farbe und dem üblichen weißen oder farbigen Felde umgebrochen und auch weitere Sachbeschädigungen vorgefunden wurden. Möglicherweise hängt damit das seiner Zeit in der Gemeinde Wohnsdorf während der Kaufverhandlungen gegen die Genossenschaft ausgestreute Gerücht, sie sei anaristisch, zusammen, das offenbar von interessierter Seite zu dem Zweck erfunden wurde, den Ankauf unmöglich zu machen. Die Angelegenheit selbst ist inzwischen der zuständigen Behörde zur Verfolgung übergeben worden.

Auf frischer That erfaßt und festgenommen wurde am Bünels-Platz durch einen Kriminalwachmeister ein Dieb, der seit längerer Zeit der Schrecken der Hausbesitzer des Nordens war, weil er alles, was ihm auf Treppen und Fluren an Messingteilen der Augen kam, abräubte und mitgehen ließ. Abgesehen von der materiellen Schädigung, gegen diese Diebstähle häufig, namentlich wenn es sich um das Abrauben von Gasverchlüssen handelte, schwere Gefahren nach sich. Um so erfreulicher ist es, daß es gelang, dem gemeingefährlichen Treiben des erst 22jährigen Burschen ein Ende zu machen. Etwa 70 Messingteile verschiedenster Art, die man bei ihm vorfand und die das Ergebnis der „Thätigkeit“ eines einzigen Vormittags waren, zeugten davon, daß das Geschäft recht eintütiglich gewesen sein muß. Er wurde gestern auf frischer That ergriffen. Nach einem mißglückten Fluchtversuch in sicheren Gewahrsam genommen, ließ er sich zu einem Geständnis herbei, welches für seine Abnehmer noch von üblen Folgen sein dürfte. Es liegen gegen ihn über 100 Anzeigen vor.

Ein ganz neues Verfahren der farbigen Photographie. Gelegentlich der diesjährigen Versammlung der Naturforscher in Breslau hat Herr Dr. König von der photographischen Abteilung der Fachwerke vormals Meister, Lucius u. Brüning in Höchst a. M. einen Vortrag gehalten, der das Interesse weiterer Kreise beansprucht. Es handelt sich dabei um nichts Geringeres als um die Lösung des Problems der Farbenphotographie. Nach Ansicht des Volehreten ist jeder Amateur nach dem von den Farbwerken entdeckten Verfahren im Stande, ohne Schwierigkeiten farbige Bilder herzustellen. Dabei sollen sich die Kosten kaum höher stellen, als bei den gewöhnlichen Bildern. Die Entdecker nennen ihre Erfindung „Anachromie“. Sie beruht ebenfalls auf dem bekannten Prinzip, daß man bei geeigneter Anwendung mit den drei Grundfarben: blau, rot, gelb alle andren Farbtöne erzeugen kann. Das Geheimnis liegt in der Anwendung einer Kolloidmischung, die Leulofopren enthält, welche sich am Licht färbt und mit welcher das zu verwendende Papier belegt wird. Das Verfahren hat vor andren den Vorzug, daß man die Bilder von der Negativplatte direkt auf Papier erzeugt und den Kopierprozeß verfolgen kann. Es sind indessen auch bei dem neuen Verfahren drei Negative nötig, die hinter einem blauen, roten und gelben Filter belichtet werden. Zur Erzeugung der Dreifarbenphotographien verfährt man folgendermaßen: Ein weißes mattes oder glänzendes Vorpapier überzieht man mit „Blaukolloid“, d. h. einem Kolloidum, in dem eine Leulofopren aufgelöst ist. Nach dem Trocknen, das natürlich im Dunkeln zu geschehen hat, legt man das Papier hinter dem Rotfilternegativ dem direkten Sonnenlicht aus. Nach etwa 20—40 Sekunden ist das Kopieren beendet. Fixiert wird das entstandene Blaubild durch 6—8 Minuten langes Baden in einer Fixierlösung, die als Hauptbestandteil Monochloressigsäure enthält. Man wäscht 5—10 Minuten in Wasser, taucht das Bild in Chromgelatine und trocknet. Das trockene Blaubild wird mit dem Rotkolloidum überzogen und nach dem Trocknen mit dem Grünfilternegativ so bedeckt, daß sich alle Umrisse genau decken. Man kopiert im direkten Sonnenlicht, fixiert, wenn das Rot-

bild genügend kräftig erschienen ist, in der Fixierlösung, taucht wieder in Chromgelatine und hängt zum Trocknen auf. Dieselben Operationen wiederholen sich nach Bedecken des Blaubildes mit dem Gelbkolloidum, nur daß dies hinter dem Blaufilternegativ exponiert wird. Um das fertige Bild vor mechanischen Verletzungen zu schützen, überzieht man es zum Schluß mit einem Gofitolas. Die zur Herstellung der Negative verwendeten Platten müssen natürlich möglichst farbencunpfindlich sein, und am vorteilhaftesten verwendet man mit Pinadrom, dem besten bisher bekannten Sensibilisator, sensibilisierte Bromsilbergelatineplatten. Die Negative dürfen nicht weich und flau, sondern müssen kräftig und klar sein. Vor dem belichten des Negativverfahren hat die Pinachromie den großen Vorzug, daß man mit dem Auge das Fortschreiten des Entstehens des Bildes verfolgen kann und daß man die Bilder direkt auf Papier erzeugt. Was die Sichtbarkeit der Bilder anlangt, so ist diese natürlich keine absolute, wenn auch verhältnismäßig echte Farbstoffe zur Herstellung der Teilbilder verwendet werden. Am mächtigsten ist das Blau, das aber immerhin die sogenannten Eisenblaudrude (Gyanotypien) an Sichtbarkeit übertrifft. Erwägt man die Schwierigkeiten, die sich bisher dem Kopieren von Dreifarbennegativen entgegenstellten, so wäre das neue, als „Anachromie“ bezeichnete, direkte Kopierverfahren als ein sehr erheblicher Fortschritt zu bezeichnen. Farbige Diaspositive waren ja schon verhältnismäßig leicht herzustellen, die Dreifarbenphotographie konnte aber so lange nicht populär werden, als es nicht möglich war, in einfacher Weise Papierbilder zu erzeugen. Das leicht aber nach des Vortragenden Ansicht das neue Kopierverfahren selbst für den ungeübten Amateur.

„Michael Strogoff“ oder „Der Courier des Jaren“ betitelt sich die diesjährige große Ausstattungspantomime des Circus Albert Schumann, die heute, Sonnabendabend ihre Erstaufführung erlebt. Am Sonntag, den 25. d. M. finden zwei große außerordentliche Gala-Vorstellungen statt, nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr, nachmittags ist auf allen Plätzen ein Kind frei.

In der vierten städtischen Fortbildungsschule, NO., Heinersdorferstraße 18, mühen für Kaufleute besondere Kurse in Korrespondenz, Buchführung, fremden Sprachen in aufsteigenden Stufen eingerichtet werden. Die Thätigkeit im Bureau erheischt die Unterweisung in Stenographie und Schreibmaschine. Der Schlossern, Mechanikern und Maschinenbauern bietet sich Gelegenheit, sich im Fachzeichnen zu vervollkommen, Physik, Mechanik und Maschinenlehre zu hören. Die Lithographen werden sachmännlich im Steinzeichnen unterwiesen. Mit der Fortbildungsschule ist eine Abteilung der Berliner Tischler-Schule verbunden, die besonders der Berufsbildung in der Holzindustrie dient. Für das am 12. Oktober beginnende Winterhalbjahr 1904/05 nimmt täglich Anmeldungen entgegen der Leiter, Rektor Luybenberger, Heinersdorferstr. 18.

Theater. In der Sonntagnachmittag-Vorstellung im Schiller-Theater O. wird die neue Heroine des Schiller-Theaters, Fräulein Anna Feldhammer, die sich als Medea bereits große Sympathien beim Publikum erworben hat, die Jungfrau von Orleans spielen. — Central-Theater. In der heutigen Rigeunerbaron-Aufführung singt die „Sofie“ die Opernängerin Gusti Förster. Die andren Hauptrollen liegen in den bewährten Händen der Damen Wla Weife, Marie Koster und der Herren Oskar Braun, Karl Schütz, Rudolf Ander, Emil Albes. — Das Schauspiel Traummusik von Arno Holz und Oskar Jerschke, das heute, Sonnabend, im Lessing-Theater seine erste Aufführung erfährt, wird folgende Besetzung aufweisen: Professor Dr. Niemeyer — Albert Wassermann; Jadwiga seine Frau — Elise Schiff; Fritz, sein Sohn aus erster Ehe — Wlla Grunwald; von Hammerberg, Landrat — Albert Patry; Mollweil, Affessor — Oskar Sauer; Brunner, Sanitätsrat — Gustav Nidelt; Kleinbürger, Major a. D. — Willy Werlichmann; Goldbaum, Fabrikant — Karl Reinhard; Jall, Rechtsanwält — Leopold Jwad; Hoppe, Polizei-Inspektor — Hans Varr; Pajlowski, Schyumann — Oskar Jand; Lidia Vint, Mitglied des Stadttheaters — Paula Uebert; Schmitz, Bedell — Paul Vank; Schladebach, Vädermeister — Emanuel Reicher; Olga, Stubenmädchen bei Niemeyer — Leonie Popp; Kurt v. Redlig, Oberprimaner — Kurt Stieler; Klausing, Oberprimaner — Bruno Jener; Pöhlmann, Oberprimaner — Alwin Reuß; Hugo Müller, Obersekundaner — Paul Rary. — Am Montag beginnen die Proben zu Gerhart Hauptmanns „Florian Geyer“, dessen erste Vorstellung im Lessing-Theater am Sonnabend, den 15. Oktober, statifindet. Die Dichtung, die ursprünglich in ein Vorspiel und fünf Akten gegliedert war, wird in der neuen Einrichtung ohne das Vorspiel erscheinen.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird in dieser Woche der neue dekorativ und szenisch ausgestattete Vortrag „Im Baumkreis der Jungfrau“ allabendlich zur Darstellung gelangen.

Aus den Nachbarorten.

Mit der Feuerwehre in manchen Vororten Berlins scheint es noch sehr bedenklich zu stehen. Im Auftrage des Landrates wurde vorgestern Abend gegen 6 Uhr die freiwillige Feuerwehre des Wilmersdorfer Cristeiles Halensee untermittelt alarmiert. Leider erwies sich sofort das Meldewesen als völlig unzureichend. Zwar war Oberführer Seidhoff in wenigen Minuten am Depot. Doch gelang es selbst nach Verlauf von fast einer halben Stunde erst, nur noch sechs weitere Mann zur Stelle zu bringen. Da übrigens auch anstatt des für Übungen bestimmten Signals zum Teil fälschlicherweise der Alarm „Feuer im Ort“ gegeben war, wurde auch die benachbarte Grunewalds Wehr alarmiert, die binnen kurzen anrückte. Von dem Insizienten, Oberführer Dabberts Steglitz, war die Aufgabe gestellt worden, das in Flammen stehende Dach eines in der Nähe des Depots belegenen zweistöckigen Gebäudes abzuschließen. Bei der geringen Mannschaftszahl war es, wie das „Zeit. Kreißbl.“ berichtet, nicht einmal möglich, bei Vornahme eines Rohres gleichzeitig die mechanische Leiter zu bedienen. Zum Unglück zeigte sich auch noch, daß die beiden der Brandstelle zunächst liegenden Hydranten entzwei waren, ohne daß dies der Feuerwehre bekannt war. Bevor von den weiter entfernten Hydranten Wasser herangebracht werden war, wäre im Ernstfalle das ganze Haus verloren gewesen. Die in Benutzung genommenen Anstiegleitern erwiesen sich für die Höhe des Gebäudes als zu kurz, so daß der Insizient den Angriff abbrechen ließ, bevor ein Tropfen Wasser die Schläuche berührt hatte.

Einen Protest gegen die Preiserhöhung für Zeitkarten auf der Straßenbahn hat auch die Gemeindevertretung von Lichtenberg in ihrer letzten Sitzung beschlossen. In der Begründung der vom Gemeindevorstand vorgeschlagenen Resolution sagte Amtsvorsteher Zietzen, daß weder die Finanzlage der Straßenbahn-Gesellschaft noch sonst ein Umstand den Versuch rechtfertige, den Verkehr zu verteuern. Durch ihr Vorgehen zeige die Gesellschaft, daß es nicht ratsam sei, dem Privatkapital die Straßen der Gemeinde zur Ausnutzung zu überlassen. Unser Parteigenosse Grauer befrwortete den Antrag des Gemeindevorstandes und wies darauf hin, daß diese neueste Mäße am Baum der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise sich kaum von der der Grundstückspekulation unterscheiden. Die Sünden früherer Zeiten rächten sich jetzt. Grauer schlug noch vor, die Omnibusgesellschaften zum Ausbau ihrer Einrichtungen zu veranlassen; auch sollte man die benachbarten Gemeinden zum gemeinsamen Vorgehen in Verkehrsangelegenheiten bewegen. Nachdem Gemeindevertreter Florz noch auf die Notwendigkeit der Einführung des Zehnpendel-Tarifs auf der Stadt- und Ringbahn hingewiesen hatte, fanden die gemachten Vorschläge einstimmige Annahme.

Lichtenberg. Die Gemeindevertretung hat sich nun endlich damit einverstanden erklärt, daß auf dem Terrain der köhnischen Konfuzi-masse eine Straße angelegt wird. Ein Herr Goldschmidt hat die

von der Gemeindeverwaltung geforderten 10 000 M. zur Verbreiterung der Eisenbahnbrücke in der Gürtelstraße aus eignen Mitteln an die Gemeindekasse bezahlt, und damit ist der Stein des Anstoßes besetzt. Die Gemeinde erhält nun auch etwa 20 000 M., die Herr Köhne in seiner Glanzzeit als privilegiertem Grundbesitzer als Pflasterlofen gesammelt worden sind. Interessant ist die Mitteilung, daß diese Summe von der Hypothekengläubigerin schon einmal an Köhne bezahlt sein soll und nun zum zweitenmal zur Auszahlung gebracht wird. Der Bodenwucher muß doch profitabel sein. — Abgelehnt wurde der Antrag der Orts-Krankenkasse, ihr einen näher bezeichneten Bauplatz zur Errichtung eines Geschäftshauses im Wege der Erbbaupacht zu überlassen. Während die Schulkommission, deren Zustimmung erforderlich wäre, technische Bedenken geltend machen ließ, vertrat ein Sprecher der Grundbesitzer mit brutaler Offenheit die Ansicht, daß die Gemeinde sich hüten solle, sich auf „diese tiefste Ebene“ zu begeben, denn dann würden sich auch bald andre Leute mit gleichem Ansinnen finden. Die Kasse würde schon in einem Privatbanke unterkommen. Obwohl Herr Wenz für Vertagung eintrat, war sich die Mehrheit einig in der Ansicht: „Das machen wir nicht!“

Den ersten automobilen Löschzug in Groß-Berlin wird Schöneberg erhalten, nachdem die von den städtischen Körperschaften eingesetzte gemischte Deputation die bereits in Köln, Hannover und Offenbach bestehenden automobilen Feuerlöscheinrichtungen, die sich dort vorzüglich bewährt haben, eingehend beschäftigt hat. Der für die neue Feuerwehr in der Speyerer Straße im Berliner Ortsteil bestimmte automobile Löschzug besteht aus drei Fahrzeugen, einer Kohlenlämpfmaschine, einer Dampfmaschine und einem Mampfschiffwagen, der gleichzeitig zur Aufnahme der mechanischen Leiter und der Rettungsgeräte dient. Die Anschaffungskosten belaufen sich auf 87 000 M.

Eine Hülfschule für schwachbegabte Kinder wird zu Michaels im Nordost, im Schulhause Bergstr. 15, errichtet. Es handelt sich dabei nicht um körperlich oder geistig zurückgebliebene, schwachsinige oder körperlich sieche Kinder, sondern lediglich um Schüler und Schülerinnen, deren Fähigkeiten nicht ausreichen, um sie bei gewöhnlichem Lehrgange das Ziel der Volksschule erreichen zu lassen, die daher eines besonderen Unterrichts bedürfen. Insgesamt kommen etwa 130 Kinder in Betracht.

Gerichts-Zeitung.

„Beiträge zum Lehrermangel.“ Unter dieser Ueberschrift erschien am 6. Juni d. J. in der „Welt am Montag“ ein Artikel, der dem Redakteur dieses Blattes, Max Ludwig, eine Anklage wegen Verleumdung durch die Presse zugezogen hat, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Nach einigen allgemeinen Bemerkungen darüber, daß die Behandlung der Jüglinge in den Seminarien manches zu wünschen übrig lasse, knüpfte der Verfasser des Artikels an einen Vorfall an, der sich kürzlich auf dem Seminar in Köpenick zugezogen haben sollte. Der Jüdling Schulze hatte angeblich ein verbotenes Lokal besucht. Darüber sei der Seminardirektor in eine solche Erregung geraten, daß er den angehenden Lehrer geohrfeigt habe. Der Mißhandelte sollte sodann ein Strafprotokoll unterschreiben. Er habe sich geweigert mit der Begründung, daß er sich deswegen erst mit seinen Eltern verständigen möchte. Darauf sei Schulze sofort entlassen worden. Sein Vater habe gegen den Direktor, Schulrat Dr. Reusch zu Köpenick, Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Der Staatsanwalt habe es aber abgelehnt, gegen ihn vorzugehen, denn selbst wenn Dr. Reusch den Jüdling wegen dessen durchaus unpassenden Verhaltens durch einen leichten Schlag mit der flachen Hand ins Gesicht gestraft habe, so könne dies nur als berechtigter Ansehensmaßnahme der Schulpflicht angesehen werden. Das Provinzial-Schulkollegium stellte dagegen Strafantrag gegen den Redakteur. Diefem Antrage wurde stattgegeben. Im gestrigen Termin trat der Angeklagte den Beweis der Wahrheit an. Schulrat Dr. Reusch bestritt entschieden, daß er dem Jüdling Schulze einen Schlag versetzt habe. Er habe den jungen Mann ernstlich ermahnt und ihm hierbei in väterlicher Weise unter's Kinn gefaßt. Zwei Seminarlehrer, sowie drei Jüglinge, welche bei dem Vorfalle zugegen gewesen waren, vertraten ebenfalls die Auffassung, daß die geschilberte Verleumdung des Arztes keineswegs als eine Ohrfeige oder ein Schlag angesehen werden könne. Dagegen blieb der Zeuge Schulze, der es doch eigentlich am besten wissen mußte, mit aller Bestimmtheit dabei, daß er das Gefühl gehabt habe, daß er geschlagen worden sei.

Der Staatsanwalt hielt den Beweis der Wahrheit für möglich. Der Artikel schliche mit der häßlichen Frage: „Ist der Herr Minister wirklich damit einverstanden, daß die Preigepädagogik auch in die Seminare ihren Einzug hält?“ Die ganze Schilderung des Voralles sei geeignet, die Persönlichkeit des Schulrats nicht nur in den Augen der Lehrerschaft, sondern allgemein im Publikum herabzusetzen. Es solle dem Angeklagten zugebilligt werden, daß er sich im guten Glauben befunden habe und seine Handlungsweise keine ehrenrührige sei. Aus diesen Gründen beantrage er, von der Verhängung einer Freiheitsstrafe Abstand zu nehmen, ihn aber mit Rücksicht auf seine mehrfachen Vorstrafen wegen Verleumdung mit einer Geldstrafe von 1500 M. zu belegen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, erklärte, daß er den Beweis der Wahrheit für gelungen ansehen müsse. Es sei zweifellos, daß der Jüdling Schulze einen wenn auch nur leichten Schlag erhalten habe und die Staatsanwaltschaft habe das ja selbst in dem Ablehnungsschreiben an den Vater des Geschlagenen angegeben. Seiner Ansicht nach verdiene der Angeklagte, der sich natürlich im besten Glauben befunden habe, eher ein Lob als einen Tadel.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 150 Mark.

Ein gefährlicher Patron. Eine mehr als aufdringliche Methode, seine Ware an den Mann zu bringen, hat der Straßenhändler Edmund Sander befolgt, der gestern wegen gefährlicher Körperverletzung vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen wurde. Sander zieht des Abends mit einem Korb mit Spidaalen durch die Schanzenstraße und versucht, dort Geschäfte zu machen. So kam er eines Abends in eine Restauration in der Kottbuserstraße, in welcher sich der Cigarrenhändler Otto mit zwei Bekannten befand. Er bot Herrn Otto den Korb mit Kalen dar und als dieser, sich halb unmerklich unter Stoppfächeln in den Korb blühte, erklärte er ihm beleidigt: „Guten Sie sich mal nich! Et sind jute Dinger!“ — Herr O. wies ihn mit der Bemerkung zurück, daß er so spät solche Sachen nicht esse und er denke, es sei genug, wenn er ihn einmal abgewiesen habe. Der Händler war aber um eine Antwort nicht verlegen und erwiderte mit mißlichem Lächeln: „Sie haben hier ja nicht zu denken! Andre Leute essen so was noch um 3 Uhr morgens!“ Ihm wurde nun bedeutet, daß er die Verhaftungen unterlassen solle, er achte aber nicht darauf, sondern hielt seinen Korb nochmals hin und als Herr O. diesen zurückzog, wurde der Angeklagte brutal und rief ihm zu: „Na, na, man ruhig, Mämmel! Sie scheinen mir ja ein ganz frecher Dachs zu sein! Wenn Sie das noch mal thun, dann können Sie Unannehmlichkeiten haben!“ Das war ihm doch zu viel. Der Angeklagte wurde ernstlich aufgefordert, das Lokal zu verlassen; er that dies auch, aber nur langsam und unter fortgesetzten lauten Schimpfreden. Herr Otto ging ihm infolge dessen nach, um nach einem Schutzmännchen zu sehen. Kaum aber stand er auf dem Fußboden der Angeklagten gegenüber, da fühlte er etwas wie einen Schlag gegen die rechte Seite und der Angeklagte ging unter Droh- und Schimpfworten zum Hause hinaus. Als Herr Otto wieder in das Lokal zurückkehrte, hörten seine Freunde etwas zu Boden fallen, und als man danach sah, entdeckte man am Fußboden die abgebrochene Klinge eines Messers und es stellte sich heraus, daß Herr Otto aus der rechten Brustseite Blut hervorquoll.

Er hatte von dem Angeklagten einen Messerstich erhalten und mußte die Wunde alsbald von einem Arzte verbinden lassen. Nun eilte man dem Messerstecher nach und konnte ihn auch noch festnehmen lassen, als er gerade ein andres Lokal betreten wollte. Im gestrigen Termin behauptete er, daß er auf dem Fuß von Herrn O. angegriffen worden sei und, um sich zu wehren, eine Hand voll Spidaale aus dem Korb gerissen und versucht habe, diese dem Zeugen an die Ohren zu schlagen. Dabei müsse er wohl unbedeutend das bei den Kalen liegende Messer gefaßt und ohne seinen Willen den Zeugen verunglückt haben. Dieser thörichteste Ausrede widersprach schon die Thatfache, daß der Stich mit aller Gewalt geführt sein muß, denn das Messer ist in schiefer Richtung durch Hals- und Hemdärmel gegangen und dann zwischen der neunten und zehnten Rippe drei Centimeter tief in den Körper gedrungen. Glücklicherweise konnte der Arzt nur eine Weichteilverletzung feststellen. Der Messerstich hätte aber leicht gefährlich werden können. — Der Staatsanwalt beantragte für diese That fünf Monate Gefängnis, der Gerichtshof ging aber über diesen Antrag weit hinaus und erkannte auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat auf die Unterjuchungshaft.

Die kürzlich verlagte Verhandlung gegen den Arbeiter Binzer und Genossen wegen der auf dem Bahnhof Alexanderplatz begangenen Ausschreitungen wird nunmehr am 1. Oktober vor der achten Strafkammer des Landgerichts I stattfinden. Die Verteidiger, Justizrat Bronler und Dr. Werthauer, haben einen umfangreichen Entlastungsbeweis angeboten.

Ein seltsames Bild von Eheglück bot eine Verhandlung, die gestern das Schöffengericht am Landgericht I beschäftigte. Auf der Angeklagten saß die junge, schämde und sehr appetitliche Frau W., neben ihr ihr Ehemann, ein einfacher, aber, wie es scheint, etwas jähzorniger Mann. Sie war beschuldigt, ihren Mann mit dem Verbrechen des Totschlags bedroht zu haben, während ihm die Körperverletzung seiner Ehefrau und deren Bruder zur Last fiel. Der Angeklagte ist seines Zeichens Schmied und glaubte in einem Glückstyp geglaubt zu haben, als seine Frau mit Unterstützung einer Brauereidirektion in dem Stadtteil Moabit eine Restauration aufmachte. Sie war mit allen Vorzügen begabt, die f. Jt. der Lindenvirtin den Ruf auf „liebliche Augenweide“ verschafft haben und es war kein Wunder, daß die feine Spenderin der Wachst- und Gambriumstropfen große Anziehungskraft auf die braven Geher ausübte, die dem Spruche hulldigen: „Wein und Weiber sind auf Erden jedes Weisen Hochgenuß, denn sie lassen selig werden, ohne daß man sterben muß!“ In dieses feuchtfröhliche Milieu paßte der liebe Ehemann nicht so recht hinein, um so weniger, als er eifersüchtige Regungen und die jedenfalls ganz unbegründete Ueberzeugung hatte, daß die junge Frau im Eifer des Geschäfts mit einzelnen ihrer Stammgäste nicht nur Freundlichkeiten, sondern mitunter auch Küsse austauschte. Der Mann wurde daher als störendes Element empfunden und seiner Würde als Hausherr vollständig entkleidet, als er nach längerem Aufenthalt im Krankenhaus als Konvalalescent wieder heimkehrte. Er sollte nun völlig das fünfte Rad am Wagen spielen, wurde aus den Restaurationsräumen in die Privatwohnung verwiesen und kam sich höchst überflüssig vor. Da ihm diese Rolle nicht paßte, kam es mehrmals zu heftigen Szenen im Lokale, und bei einer solchen verlag er sich so weit, mit einem Stöße auf seine Frau einzuschlagen. Diese empfand die fernere Anwesenheit ihres Gemahls als eine Gefährdung und Störung ihres Geschäfts, sie erbat die Hilfe des Brauereidirektors und es gelang ihr, den höchst unbedeuten Ehemann an die Luft zu setzen. Dieser kam auf Wache und übte diese in nicht alltäglicher Weise aus: Eines Morgens engagierte er sich zwei Dienstmädchen und drang durch die Restaurationsräume in das Schlafzimmer seiner Frau, in welchem diese noch der Ruhe pflegte. Die beiden Begleiter postierten sich, getoischert als Ehrenwache, an der Thür, der Angeklagte stürzte aber nach dem Bett seiner Frau und schlug mit einem Stock auf sie ein. Diese ergriff in höchster Aufregung einen Revolver und drohte ihrem Ehemann, sofort loszuschießen, wenn er sich nicht augenblicklich pakte. Diese Drohung hatte die tragikomische Wirkung, daß die beiden Hüthüter schredensbleich Reißaus nahmen. Als auf die Hülfserufe der Frau deren Bruder ihr beistieg, wurde auch er vom Angeklagten noch gewürgt und gezerrt. Die Eheleute standen nun gestern nebeneinander in dem Anlagerraum: sie schämde und elegant, er als einfacher Mann aus dem Volke. Was sie sich an diesem neutralen Orte sagten, waren gerade keine Liebeswürdigkeiten. Der Gerichtshof war mit dem Rechtsanwalt Dr. Löwenstein der Ansicht, daß man es einer Frau, deren Morgenruhe in dieser bedenklichen aggressiven Form gestört wird, nicht verdenken könne, wenn sie in ihrer Angst und Notwehr zum Revolver greift. Frau W. wurde daher freigesprochen. Den Ehemann wollte der Staatsanwalt wegen der ihm nachgewiesenen Körperverletzungen ins Gefängnis schicken. Der Gerichtshof ließ ihn aber mit einer Geldstrafe von 40 M. davon kommen.

Verfammlungen.

Erster Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag in Dräseln Festsalen seine Verfammling ab. Reichstags-Abgeordneter Kunert sprach über: „Die Verfassungserklärung der Landarbeiter und des Gefindes im preussischen Landtage“. Die Verfammlungen spendeten den Ausführungen lebhaften Beifall. Nach kurzer Diskussion teilte der Vorsitzende Genosse Weiler mit, daß am 15. Oktober in den Gesanträumen der Arminialien das Herbstfest des Kreises veranstaltet würde. Genosse Dymall gab noch bekannt, daß am Sonntag, den 9. Oktober, eine Kranta-Vorstellung sei: „Im Bannkreis der Jungfrau.“ — Nach der Auforderung zur Agitation für den Wahlverein schloß der Vorsitzende die Verfammling.

Die Zahlstelle Berlin des Centralverbandes der Zimmerer hielt am 21. September eine gut besuchte außerordentliche Mitglieder-Verfammling im großen Saal von Buggenhagen ab. A. u. b. berichtete über den Internationalen Kongreß zu Amsterdam. Er gab vorerst ein Bild von der Zusammenkunft des Kongresses und dem Verhandlungsmodus. Nach seiner Meinung werde die Abstimmungsart nach Nationen mit je zwei Stimmen nicht für alle Zeiten beibehalten werden können. Bei Abstimmungen in allen praktischen Fragen sei es von großer Bedeutung, daß zurückgebliebene Länder nicht den gleichen entscheidenden Einfluß hätten wie Länder mit entwickelterer Arbeiterbewegung. Was die Verhandlungen betrifft, greift Redner, indem er im übrigen auf die Zeitungsberichte verweist, nur die Fragen der Sozialpolitik, des Generalstreiks und der Arbeiterheraus. Mit der Resolution über die Versicherungsgegebung ist er nicht ganz zufrieden, weil sie bei Behandlung der Kostenfrage nur für die Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung die Aufbringung der Kosten durch progressive direkte Steuern verlangt. Er könne nicht einsehen, weshalb nicht dasselbe für die Unfall-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verlangt werden solle. Anknüpfend hieran bestrich Redner die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Zimmererverband. Man könne nicht darauf warten, bis der Staat der auch in dieser Beziehung ihm sicherlich zuzunehmenden Fürsorgepflicht genüge. Wichtig sei, daß der Referent zum Arbeiterschutz, Gen. Rollenhur, zugegeben habe, daß die Gewerkschaften im Grunde seien, durch Erlämpfung von Lohn-erhöhungen die von den Arbeitern für Versicherungszwecke gemachten Aufwendungen wieder einzubringen. — Nun der Generalstreik. Wenn diese Frage seit einiger Zeit in Deutschland lebhaft diskutiert werde, dann geschehe das nicht aus Sympathie für den Generalstreik an sich, sondern im Hinblick auf die überall hindurchdringenden Absichten zur Beseitigung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts. Zweifellos fragten sich viele Parteigenossen: Was thun wir dann? Welche Bedeutung könnte dann der Generalstreik haben? Seiner Ansicht nach gehe nun mit Recht der Internationale Kongreß in der Resolution über den Generalstreik davon aus, daß unter dem Generalstreik, wenn er im vollsten Maße durchgeführt werden solle,

das Proletariat selbst sehr leiden würde. Aber es sei ebenfalls richtig, wenn der Beschluß meine, es könnten Umstände eintreten, wo man gezwungen wäre, wenigstens den sogenannten politischen Massenstreik als Waffe zu benutzen. In Italien sehe man schon die Kubanwendung. — Auch Genosse Friedberg sehe in Generalstreik mehr ein Mittel zu politischen Zwecken: zur Zurückweisung politischer Entredung und politischer Anechtung, sowie zur Eroberung der politischen Macht. Wenn Redner nun auch meine, daß unter Umständen vom politischen Massenstreik werde Gebrauch gemacht werden müssen, so könne er doch nicht einsehen, daß es nötig sei, schon lange vorher und ständig dafür Propaganda zu machen. Eine Propaganda dafür wäre unnötig, so lange nicht ein bestimmter Notwendigkeitsfall greifbar vor uns läge. Friedberg trete auch gegen den Parlamentarismus auf. Wollte man nun auch zugeben, daß von einzelnen Genossen hier und dort der Parlamentarismus überschätzt werde, so sehe doch aber fest, daß die Arbeiterkraft den Parlamentarismus nicht ertragen könne. Wir wollten doch auf gezieltem Wege weiter kommen und alle Mittel zur Auffklärung des Volkes benutzen. Jedenfalls habe der parlamentarische Kampf für sich, daß er die Arbeiter aufreichte und sie erziehe, an allen Fragen des öffentlichen Lebens teil zu nehmen. Große Erfolge dieser Art seien schon jetzt erzielt, die Teilnahme an den parlamentarischen Kämpfen habe schon eine Arbeiterkraft erzeugt, die fähig sei, die Vorgänge auf politischem Gebiet zu verfolgen und ihre Konsequenzen daraus zu ziehen. Man solle also nicht so abfällig urteilen. Auf der andern Seite brauche man indessen auch nicht den Parlamentarismus in den Himmel heben, denn es gebe noch eine Reihe anderer Mittel. — Voraussetzung der Durchführung eines Massenstreiks im Sinne seiner Ausführungen sei auch nach Meinung des Redners, daß leistungsfähige, gut disciplinierte, gewerkschaftliche und politische Organisationen vorhanden seien. Nichts anderes sei nötig, als sie zu schaffen, wenn man damit rechnen, einmal jenes Kampfmittel brauchen zu müssen. Das Band der Solidarität müsse weiter ausgedehnt und fester geschlungen, das Proletariat zur Solidarität in allen Lebenslagen erzogen werden. Einer besonderen Propaganda für den Generalstreik bedürfe man nicht. Ein Alldemittel sei er auf keinen Fall, und selbst im Notfalle seiner Anwendung werde und müsse die Arbeiterkraft noch andre Mittel haben. — Ausführlich behandelte Redner auch die Frage der Parteiführer, indem er näher auf die Entstehungsgeschichte der Stellung der Generalkommission und Centralvorstände einging. Er betonte, daß der Standpunkt der Generalkommission nicht einer gewissen Aengstlichkeit entspringe, wie man es hinzustellen beliebt habe. Man habe nur einem unhaltbaren Zustande ein Ende machen wollen. Ein solcher sei es, wenn jeder, der die Arbeit nicht ruhen lasse, sich darauf berufen könne, er brauche es nicht nach den maßgebenden Beschlüssen, denn es wäre bei ihm mit einer wirtschaftlichen Schädigung verbunden. Entweder — oder? Das sei die Frage gewesen. Mit halben Beschlüssen könnten die Gewerkschaften nichts anfangen. Bei der Gewerkschaftsbewegung heiße es: nichts oder alles! Gerade die Gewerkschaften, deren Mitglieder einigermaßen auf die Feier durch die Arbeiterruhe sähen, hätten ewige Blockaden nach der Weise. Die Mitglieder, denen die Feier ihre Stelle gelohnt habe, verlangten den Ausschluß der Nichtfeiernden. Ja, man könne doch aber nicht etwa 20 Proz. der Mitglieder ausschließen. Dazu komme, daß eine Parteiführer, der nur ein geringer Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Arbeit ruhen lasse, gar keinen Eindruck auf die Gegner mache. Nun, der Beschluß der deutschen Partei sei vom Internationalen Kongreß übernommen worden. Es bleibe bei der Halbheit, daß nicht die Arbeit ruhen zu lassen brauche am 1. Mai, der einer wirtschaftlichen Schädigung ausgesetzt wäre. Da müsse denn von unserm Parteitag verlangt werden, daß er den Begriff genau definiere, damit die Gewerkschaften eine bessere Handhabe hätten. Neu sei nur in der Amsterdamer Resolution, daß jetzt alle Arbeiterorganisationen für mögliche Arbeitsruhe einzutreten hätten. Die Zimmerer, die immer zahlreich am 1. Mai gefeiert haben, hätten jetzt das Recht, zu verlangen, daß auch in anderen Gewerkschaften und in Parteiorganisationen nachdrücklicher für Arbeitsruhe eingetreten werde. — Zum Schluß seines mit Beifall aufgenommenen Referats teilte Krube mit, daß in einer Konferenz mit dem Vorstand des holländischen Zimmererverbandes gegenseitige Unterstützung zur Vereitelung von Streikbrecherzuzügen vereinbart worden sei.

Kosjowski als erster Diskussionsredner spricht seine Achtung vor Dr. Friedberg als altem Parteigenossen und Menschen aus, bekämpft aber seine Auffassung vom Generalstreik als eines Alldemittels. Dagegen würde Redner, wenn das Wahlrecht entzogen werden sollte, sofort eintreten für die Benutzung des Generalstreiks als Mittel zur Abwehr. Mit dem Kaiser-Beschluß von Amsterdam ist er vollkommen einverstanden. Vergamann mißt den Internationalen Kongressen keine allzu große Bedeutung bei. Kabihi kann Friedberg nicht verdammen. Es werde Friedberg von Autoritäten und andern manches unterschoben, was er gar nicht wolle. Redner sei nicht sein Anhänger, aber das müsse er doch anerkennen, daß Dr. Friedberg etwas mehr revolutionären Geist in die Bewegung hineinbringen sich bemühe. Ueber die Parteiführer, wie sie heute sei, spricht sich Redner sehr abfällig aus. Das sei keine Demonstration, welche den Arbeitgebern zeige, was wir wollten. Energischer müsse für allgemeinere Arbeitsruhe eingetreten werden. Der internationale Beschluß gefalle ihm gar nicht. Von den großen Gewerkschaften (Metallarbeiter, Buchdrucker usw.) sei das Eintreten für Arbeitsruhe zu fordern.

Zu Schlusswort präziserte Krube seine Stellung zur Parteiführer dahin: Wenn die Feier durch Arbeitsruhe für nötig gehalten werde, dann sei energischer Feuer dahinter zu machen; laßt sich aber die Arbeitsruhe nicht machvoll durchführen, dann unterlasse man sie besser ganz.

Als Kandidaten für die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen wurden Hr. Mucha und P. Keimann nominiert. Von einer Berücksichtigung der Lokalorganisierten sehe man ab.

Eine stark besuchte Verfammling des Centralverbandes der Stulleure tagte am Montag bei Franke. Auf der Tagesordnung standen ausschließlich gewerkschaftliche Angelegenheiten und zwar als erster Punkt „Stellungnahme zur Fensterfrage“. Es wurde hierbei betont, daß nicht nur die Köpfer und Stulleure ein Interesse an verlasten Fenstern haben, sondern auch alle andern in Betracht kommenden Verufe, und wurde schließlich die Ortsverwaltung beauftragt, eine Zusammenkunft der Vaugruppen anzuregen, um ein einheitliches Vorgehen in der Fensterfrage zu ermöglichen.

Darauf gab der Gewerkschafts-Delegierte Kaditz seinen Bericht und legte zum Schluß beim Hinweis auf die demnächst stattfindenden Gewerbegerichtswahlen die Gründe klar, welche die Gewerkschaftskommission veranlassen, ein Zusammengehen mit den Lokalen Organisationen, vertreten durch das Gewerkschaftsstatell, abzulehnen. Nach lebhaften Erörterungen hierüber wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Verfammling der Filiale Berlin des Centralverbandes der Stulleure unterstügt vollständig die reinliche Scheidung, welche bei der Gewerbegerichtswahl zwischen den lokalistischen Vereinen und den Centralverbanden zum Ausdruck kommt. Die Stulleure können diese reinliche Scheidung umso mehr begrüßen, weil gerade sie erfahren haben, welche Gewerkschaftszersplitterung unter der Maske der Gleichberechtigung getrieben wird. Die heutige Verfammling erwartet daher von jedem Kollegen, daß er bei der am Sonntag den 18. Oktober stattfindenden Wahl nur die Liste der Kandidaten unterstügt, welche seitens der Gewerkschaftskommission nominiert sind.“ Im weiteren wurde noch beschlossen, einen 1. Anteil von 500 M. an Gewerkschaftshäuser zu erwerben und kamen dann nur noch interne Gewerkschaftsangelegenheiten zur Erledigung, welche die Verfammling bis 12 Uhr ausbeendete.

Die Sektion I des Centralverbandes deutscher Brauerei-Arbeiter hielt am 18. Sept. eine Monatsverfammling ab. Wiederum hatte die Verfammling die traurige Pflicht, das Andenken eines verstorbenen Mitgliedes, und zwar das des an den Folgen eines Unfalles verstorbenen Kollegen Kaiser zu ehren. Dann hielt Genosse Buchholz einen mit Begeisterung vorgetragenen, vielen Beifall erntenden Vortrag über: „Die sozialistische Gesellschaft“. Die Diskussion hierüber führte zu einer leinen Generalstreik-Debatte, in der

Wohm und Koroshat die Idee für diskutabel erklärten. Heyder jedoch und auch der Referent in längeren Ausführungen vor einer Propagierung derselben warnen. Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß sich das Bureau des Vereins vom 1. Oktober ab Rüdigerstraße 5, II befindet; die Bureauzeit dauert von 9-1 und 4-8 Uhr. Beschlossen wurde hierzu noch nach lebhafter Diskussion, die Bibliothek nach dem Bureau zu verlegen, die Jahrestellen aufzuheben, Plakate nach einem Entwurfe Heyders drucken zu lassen zum Ausschlagen in den Brauereien und sich mit der Sektion II in Verbindung zu setzen wegen Verlegung des ringförmigen Arbeitsnachweises nach einem der beiden Bureaus. Da es wiederum vorgekommen war, daß Mitglieder in einer bestimmten Brauerei ein der Direktion eingereichtes Schriftstück unterschrieben hatten, in dem sie kundgaben, mit einem andern Kollegen, ebenfalls Mitglied des Verbandes, nicht mehr weiter arbeiten zu wollen, gab der Vorsitzende bekannt, daß in Zukunft bei derartigen Fällen der Vorstand den Ausschluß der unterschreibenden Kollegen beantragen werde. Beträgt sich ein Mitglied im Geschäftspflichtwidrig gegen seine Kollegen, so möge man es erst der Organisation melden. Zum Schluß mußte leider wieder die Zeit der Versammlung in Anspruch genommen werden, unliebsame Vorkommnisse in einigen Brauereien zu erörtern. Als nahezu gegen die guten Sitten verstoßend wurde es bezeichnet, daß die Adler-Brauerei noch im August 3 Mann entlassen hat, um nach circa drei Wochen, zu dem Beginn der diesjährigen doch schon längst feststehenden Wälzungscampagne, drei neue Leute und zwar auf Prozentfuß einzustellen. In beiden Handlungen ist die Brauerei berechtigt, aber schon seien dieselben nicht. Glaubte die Brauerei die drei Leute nicht halten zu können, so konnte sie sie ja beurlauben. Doch zu welchem Zwecke dies geschehen, sei ja gar zu durchsichtig: die Noten müssen raus, um den Blauen Platz zu machen. Dem Antrag des Prozentfuß-Einstellens müsse endlich mal gesteuert werden. Von der Victoria-Brauerei wurde ähnliches berichtet. Auch dort hat man schon immer auf Prozentfuß Einstellende auf Lager.

Die Handwerker, Packer und Berufsgenossen des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Berufe nahmen in einer gutbesuchten Versammlung, nach einem Referat über: „Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter im Mittelalter und jetzt“, Stellung zu den Neuwahlen der Beisitzer zum Gewerkeverband, und wurden die seitens der Vertrauensleute nominierten Kandidaten Max Bernhardt, Richard Wiedemann, Jul. Schramm, Herrn. Hopp, Gustav Schulz, als Ersatzmann August Kowalsky einstimmig aufgestellt. Es wurde darauf hingewiesen, wie notwendig eine möglichst starke Beteiligung bei der Wahl am 16. Oktober sei, da uns endlich in diesem Jahre die uns für die Kammer VII zustehenden Beisitzer zugewilligt seien; bisher waren noch in derselben zwei Mandate mit gelehrten Arbeitern besetzt, die nicht so mit den in unsern Beruf vorkommenden Streitfällen aus den Arbeitsbedingungen heraus Weisheit wissen können.

Die Arbeiter-Samariterkolonne hielt am 10. September ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen: Die Kolonne zählt 109 Mitglieder, davon waren zum Sommerabschluss 57 Mitglieder neu eingetreten. Durchschnittlich waren die Belegenden in der Centrale von 42 und in der Filiale von 38 Teilnehmern besucht. Die Bibliothek zählt 179 Bücher. Es wurden gelesen von 79 Mitgliedern 209 Bücher. Die diensttunende Abteilung hat 25 Mitglieder. Sie hatte 38 Aufträge zu erledigen. Davon 6 größere mit Benutzung der transportablen Unfallstation und zwar am 11. Juni beim Radfahrer-Gaufest, am 3. Juli beim Kreisfest von Teltow-Deesow-Charlottenburg, am 17. Juli beim Sommerfest des 6. Wahlkreises, am 24. Juli beim zweiten Arbeiter-Sportfest, am 7. August beim Sängerefest und am 28. August beim Spielfest des Turnvereins „Fichte“. Auf der Unfallstation wurden bei den genannten Festen 91 Unfälle behandelt, zum Teil recht schwerer Natur. In drei Fällen war Transport in ein Krankenhaus notwendig. Außerdem waren noch 32 Aufträge bei Gemeindefestlichkeiten, Dampferpartien usw. zu erledigen. Gemeldet wurden hierbei 39 Hilfeleistungen. Die Statistik zählt jetzt 940 Hilfeleistungen vom 1. Januar 1888 an. Eine Samariter-Kolonne ist kürzlich nach dem Muster der Berliner in Geln a. Rh. errichtet worden. — Die Einnahme betrug 610 M., die Ausgabe 467 M. Zum zweiten Vorliegenden wurde Willens gewählt. Am 10. Oktober beginnt ein neuer Kursus. Lehrpläne dazu können vom Vorsitzenden E. Stein-Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 40, bezogen werden.

Tagel. Am 20. d. M. hielt der Wahlverein seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Redakteur John sprach in dieser sehr stark besuchten Versammlung über: „Der Generalstreik“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf wurden die Genossen Hensel und Lichtenberg einstimmig als Delegierte zur nächsten Kreiskonferenz gewählt. — Die Verwaltung des Vereinsvermögens an Dekorationsgegenständen wurde dem Genossen D a u n e n b e r g übertragen. — Weiter beschloß die Versammlung einstimmig, die Bibliothek durch Ankauf der von der zu diesem Zweck ernannten Kommission vorgeschlagenen 23 Bücher zu vergrößern und eine Bibliotheks-Ordnung einzuführen. Durch ein Geschenk wurde die Bibliothek um ca. 25 neue Bücher bereichert. — Gemeindevorsteher K o d e l l e gab einige Stimmungsbilder aus der Gemeindevorstellung zum besten und versprach, demnächst in einem Vortrage seine Erfahrungen ausführlicher zu erläutern. Bei dieser Gelegenheit kam auch der Standpunkt des Gemeindevorstehers S c h u m a c h e r, welcher in Ermangelung eines geeigneten Kandidaten seiner Zeit mit Unterstützung der Arbeiterschaft gewählt wurde, zur Sprache, welchen derselbe bei der Beratung zur Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts eingenommen hatte. S c h u m a c h e r war bei Festsetzung der Lehrstunden sehr warm für die Zeit von 8-10 Uhr abends eingetreten mit der Begründung, daß die Lehrer ihre Lehrtätigkeit vor 8 Uhr abends nicht einbehalten können. Dieser Standpunkt wurde von der Versammlung scharf verurteilt, um so mehr, als merkwürdigerweise die gegnerischen Gemeindevorsteher sich gerade für die Zeit von 5-7 Uhr ausgesprochen hatten. Zum Schluß wurden noch acht neue Mitglieder in den Wahlverein aufgenommen.

Friedrichshagen. Am Samstag, den 17. September, fand die Monatsversammlung des sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins von Friedrichshagen statt, in welcher Genosse Walde Manasse einen Vortrag über „Heimliche Götter und Götzen“ hielt, welcher allgemeinen Beifall fand. Seitens des Vorstandes sind zur Vermehrung des Mitgliederbestandes der Bibliothek 50 M. bewilligt worden. Zur Aufnahme gelangten sieben neue Mitglieder, so daß der Verein jetzt auf 300 Mitglieder herangewachsen ist. Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß der Gemeindevorsteher K r a m m nach Vitzdorf verzogen und daher demnächst eine Ersatzwahl für denselben erforderlich ist.

Freireisende Gemeinde. Sonntag, den 25. Septbr., vorm. 10 1/2 Uhr, in Stellers großem Saal, Köpenicker Str. 21: „Fest der Jugendweise (Konfirmation)“. Die Feste hält Herr Dr. Kramer-Ragdeburg. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Vermischtes.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich Donnerstagabend auf dem Bahnhof von Luxemburg ereignet. Es liegt folgende Drahtmeldung darüber vor: Gestern Abend gegen 9 1/2 Uhr ist der Personenzug Remich—Bad Mondorf—Luxemburg auf dem Luxemburgischen Bahnhofe auf den Personenzug Echternach—Luxemburg, der zum Depot fuhr, nachdem die Fahrgäste ausgestiegen waren, aufgefahren. 14 Personen des Remicher Zuges wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Der Unfall ereignete sich unter einer Straßenunterführung. Sämtliche Wagen des Remicher Zuges sind entgleist, teilweise auch umgestürzt. Die Lokomotive dieses Zuges ist zertrümmert. Vom Echternacher Zuge wurde nur ein Wagen aus dem Geleise gehoben.

Eine Bräutigamskatastrophe. Aus New York meldet der Telegraph: Beim Zusammenbruch des Gerüstes für eine eiserne Brücke in der Nähe von Erie im Indianer-Territorium stürzten 40 Mann in den Grand River, von denen 20 umgekommen sein sollen.

Der Besuch in Thätigkeit. Das Observatorium auf dem Vesuv stellt mit: Der Besuch entwickelt lebhafteste Thätigkeit. Die Ränder des Kraters sind eingestürzt und drohen den Kratergrund, aus dem in großer Menge Gestein und Staub emporgeworfen werden, zu verschütten. Im Labastrom des Atrio del Cavallo bilden sich kleine Vulkane, deren Eruptionen eine Höhe bis zu 150 Metern erreichen. Der große Ke gel weist bedeutende Risse auf, und es ist möglich, daß dieser Ke gel zusammenstürzt.

Ein furchtbares Automobil-Unglück wird aus Jvidau gemeldet: In der Nacht zum Freitag stürzte, wie die „Jvidauer Zeitung“ berichtet, in der Nähe von R i e d e r h a f t a u ein mit fünf Herren besetztes Automobil bei einer Wegbiegung um. Sämtliche Insassen wurden herausgeschleudert und das Fahrzeug zertrümmert. Die Kaufleute Franz und Gerber aus Jvidau waren sofort tot, der Sohn des ersteren, Realschul-Abiturient Franz sowie Bahnhofswirt Klaus und Bahnassistent Schubert, beide aus Willau, sind mehr oder weniger schwer verletzt.

Eingekerkert. Aus Braunschweig wird telegraphiert: Der 27-jährige Dienstmacht Wilhelm Dube, der vom Braunschweiger Schwurgericht am 8. Juli zum Tode verurteilt worden war, weil er am 3. Juni die elfjährige Helene Veenroth vergewaltigt und ermordet hatte, wurde heute durch den Scharfrichter Engelhardt aus Ragdeburg enthauptet.

Wie man eine Fürstin befreit. Der Gastwirt Josef Weiber in Floridsdorf bei Wien hat unter dem Titel „Die Flucht der Prinzessin Luise von Sachsen-Koburg-Gotha aus Bad Ems, nach eigenen Erlebnissen erzählt“ ein Buch herausgegeben. Der „Frank. Jg.“ wird daraus folgendes mitgeteilt: Weiber erzählt, er habe die Bekanntschaft Katakisch durch Vermittlung eines seiner Gäste gemacht. Der Eindrud der Schicksale und der Persönlichkeit Katakischs, sowie ein merkwürdiger Traum bewogen ihn, mit Katakisch sich zu verbinden. Die Geldmittel zur Realisierung seiner Pläne seien Katakisch von einem reichen, vornehm gesinnten Oesterreicher zur Verfügung gestellt worden, der nicht nur die Mittel für die Bewerfstellung der Befreiung, sondern auch für ein standesgemäßes Leben nach der gelungenen Flucht der Prinzessin und Katakisch vorstreckte. In Ems simulirte er zunächst ein geschwollenes Aste, um unauffällig bleiben und einen Vorwand für Kuragebrauch zu haben. Später nahm Weiber zu gleichem Zweck Koobader. Die Korrespondenz mit der Prinzessin erfolgte auf folgende Weise: Beim der Zimmerlechner servierte und die Prinzessin Vouillon verlangte, so wußte er, daß sich in der auf einer Etage liegenden Wodezeitung ein Brief für Katakisch befände, der sich in Ems „Heinrich“ nannte. Wenn auf der Etage ein Brief an die Prinzessin lag, fragte der Rechner, ob die Prinzessin Kolla befehle. Ein Fluchtplan, bei dem Katakisch das Zimmer der Prinzessin nachts aufsperrn wollte, blieb unausgeführt. Am Tage der Flucht wünschte die Prinzessin einen Aufschub um einen Tag, da sie noch viel eingepackte Habe. Der Vorschlag wurde aber abgelehnt und die Flucht für selbe Nacht vereinbart. Weiber hatte inzwischen angeblich für seine franke Schwiegermutter jenes Parterrezimmer mit direktem Ausgang ins Freie gemietet. Durch dieses Zimmer erfolgte die Flucht. Ein Uhr nachts trat Katakisch und der sächsische Buchhalter Thormann leise bei Weiber ein. Um zwei Uhr erschien ein gut bezahlter Mann, der das Gepäc der Prinzessin aus dem ersten Stock abholen sollte. Der Mann war aufgeregt und wollte Säbclirren gehört haben. Weiber und Katakisch glaubten wieder, der Mann habe sie betrogen. Schließlich kam der Träger doch mit dem ersten Gepäc der Prinzessin. Als er ging, um den Rest zu holen, stolperte er unter großem Geräusch. Abermals glaubten sich Katakisch und seine Leute betrogen. Endlich erschien der Träger mit zwei Koffern und Klüftere. Die Prinzessin kommt gleich. Beim Schein eines Wachschändhölzchens trat gleich darauf die Prinzessin ein, die mittels eines ihr von Katakisch gesandten Nachschlüssel ihr Zimmer geöffnet hatte. In wortloser großer Erregung sanken sich die Prinzessin und Katakisch in die Arme. „Alles geht gut“, sagte die Prinzessin, „aber sie werden mich doch wieder gefangen nehmen, diese furchtbaren Menschen.“ Zuerst verließ nun Weiber mit einem Bündel und einem schweren Stod das Zimmer. Dann kam Thormann mit zwei Koffern. Den Schlüssel der Erpediton machte die Prinzessin am Arme Katakischs, der ein Zinselektischen unter dem Mantel trug. Nach einer halbständigen Wanderung auf der Straße erreichte man bei Mondlicht den besten Wagen, in dem eine Frau Stoeger wartete. Im Fond nahm neben Frau Stoeger die Prinzessin Platz, gegenüber Katakisch und Weiber, auf dem Bod Thormann. Sodann ging eilig nach Hof, um den Hinfuhrzug zu erreichen. Da aber die Pferde lahmten und der Wagen einmal umzulippen drohte, kam man erst um 6 Uhr in Hof an, wo im „Hotel Prinzregent“ abgestiegen wurde. Ursprünglich sollte nach Paris gereist werden. Dann entdeckte Thormann, daß um halb 9 ein Zug nach Bamberg fällig sei, der benutzt wurde. Am Abend kamen alle in Berlin an, wo Südelum wartete. Als die Prinzessin sich am nächsten Tage von Weiber verabschiedete, sagte sie ihm: „Wie danke ich Gott für meine Befreiung und Ihnen, der Sie so schön dabei mitgeholfen haben. Besonders freut mich, daß Sie Oesterreicher sind. Das werde ich Ihnen nie vergessen und Ihrer gedenken, sobald ich vollkommen frei bin.“ Weiber erwiderte, er habe nur als anständiger, ehlich denkender Mensch gehandelt. Dann reiste er nach Wien zurück. Hier richtete er an Dr. Bierjon ein Schreiben, worin er um Uebersendung eines Prospektes von Linderhof bat. Seine Ketten seien erschüttert, er wolle sich Bierjons Befreiung

von der er so viel Gutes vernommen, unterbreiten. — Nach einer Blättermeldung erbat sich die Gräfin Lonsay, die zur Zeit in Paris weilt, den Besuch der Prinzessin Luise von Koburg für Donnerstag nachmittags. Die Gräfin ist vom Kaiser Franz Josef zur Vermittlerin bestellt.

Litterarisches.

Dr. D. Spann. Die Stiefvaterfamilie unehelichen Ursprungs. Mit einem Nachwort über die Bedeutung der Berufsvormundschaft von Dr. Chr. J. Klumker. Berlin 1904 Georg Reimer. 0,50 M. Um neues Material für die Frage der öffentlichen Berufsvormundschaft zu gewinnen, hat die Centrale für private Fürsorge in Frankfurt a. M. Untersuchungen über die körperlichen Verhältnisse, die Berufsgliederung und die Kriminalität unehelicher Voreingenommen, deren Resultate eine furchtbare Anlage gegen unsere Gesellschaftsordnung bilden. Von den erwachsenen Unehelichen sind drei Gruppen zu unterscheiden: 1. Solche Uneheliche, deren Mütter sich nach ihrer unehelichen Niederkunft noch mit einem andern Manne als dem Vater ihrer unehelichen Kinder verheiratet. Diese Kinder wachsen also unter der Obhut eines Stiefvaters auf, wir nennen sie daher Stiefkinder. Ueber ein Drittel aller erwachsenen unehelichen Kinder sind Stiefkinder. 2. Solche Uneheliche, deren Mütter starben, ohne sich zu verheiraten: uneheliche Waisen. 3. Solche Uneheliche, deren Mütter am Leben blieben, aber sich nach ihrer unehelichen Niederkunft nicht mehr verheirateten, also die eigentlichen Unehelichen, die bloß unter der Obhut ihrer Mütter heranwachsen.

An der Hand der Daten der Militärkammerrolle weist nun der Verfasser nach, daß die unehelichen Stiefkinder in Bezug auf ihre körperlichen Verhältnisse (Militärtauglichkeit) und in Bezug auf ihre beruflichen Verhältnisse den ehelichen gleichen Standes im wesentlichen gleichkommen, daß aber jene Unehelichen, welche nur unter der Obhut ihrer Mutter heranwachsen, geradezu erschreckende Verhältnisse in Bezug auf ihre körperliche Tüchtigkeit und ihre berufliche Ausbildung zeigen; und zwar ist der Unterschied zwischen diesen letzteren und den unehelichen Waisen so groß, daß der Verfasser sich zu dem vielleicht etwas brutal klingenden, aber durchaus berechtigten Urteil hinreißt, daß es für die unehelichen Kinder besser ist, ihre Mutter stirbt, als sie bleibt unehelich am Leben.

Während von den unehelichen Stiefkindern etwas mehr als die Hälfte, 51 Proz., d. h. ebenso viel wie von den ehelichen militärtauglich waren, wurde von den eigentlichen unehelichen Kindern noch nicht ein Drittel, 32,6 Proz., für tauglich befunden. Noch schlechtere Verhältnisse weist die Berufsgliederung auf. Von den eigentlichen Unehelichen, deren Mütter unehelich am Leben blieben, waren nicht weniger als 43,83 Proz. ungelernete Arbeiter, während sonst auf je 100 Militärpflichtige noch nicht 30 Proz. ungelernete Arbeiter entfielen. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die eigentlichen Unehelichen auch das größte Kontingent zur Zahl der Verbrecher stellen, eine Erscheinung, auf die namentlich von sozialdemokratischer Seite schon seit langen Jahren immer und immer wieder hingewiesen ist, der aber die bürgerlichen Kreise trotz der Bemühungen hervorragender Kriminalisten bisher noch nicht die genügende Aufmerksamkeit gewidmet haben.

Der Zweck der interessanten Untersuchung ist der, für eine Ausbesserung der Generalvormundschaft, die heute schon im 4. oder 6. Lebensjahre endet, bis zur Volljährigkeit Propaganda zu machen. Wenn wir auch von unserm Standpunkt aus hiergegen kaum etwas einzuwenden haben, so glauben wir doch, daß der Verfasser die Wirkung der Generalvormundschaft bedeutend überschätzt. Will man den geschädigten traurigen Zuständen wirklich ein Ende machen, dann beseitige man ihre Ursachen, die in dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wurzeln. P. O.

Eingegangene Druckschriften.

Vom Kriegswesen im 19. Jahrhundert. Unangefangene Skizzen von Otto von Sothen, Major und Kommandeur der Kriegsschule zu Cassel. Mit 9 Uebersichtstafeln. (Aus Natur und Geisteswelt.) Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 59. Bandchen.) Verlag von W. G. Teubner in Leipzig. (IV u. 140 S.) 8. Preis geb. 1.— M., gebunden 1,25 M.

Dr. A. Blaflo. Die Geschichts-Krankheiten, ihre Gefahren, Befreiung und Bekämpfung. Preis 50 Pf. Berlin 1904. Verlag der Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Vororte, Sassenbach, Engel-Ufer 15.

Marktpreise von Weizen am 22. September. Nach Ermittlungen des fgl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**), gute Sorte 17,70—17,68 M., mittel 17,66—17,64 M., geringe 17,62—17,60 M. Roggen**), gute Sorte 13,90—13,88 M., mittel 13,86—13,84 M., geringe 13,82—13,80 M. Futtergerste**), gute Sorte 15,00—14,70 M., mittel 14,50 bis 13,80 M., geringe 13,70—12,90 M. Daler**), gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,00—14,80 M., geringe 14,70—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Roden 40,00—28,00 M. Spelzbohnen, weiße 50,00—25,00 M. Linen 60,00—25,00 M. Kartoffeln 11,00—8,00 M. Miststroh 0,00—0,00 M. Heu 0,00—0,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 4,00—2,80 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 22. September. Elbe bei Ruffig — 0,50 Meter, bei Dresden — 1,29 Meter, bei Ragdeburg + 0,14 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,70 Meter. — Dbe bei Ratibor + 1,44 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 4,93 Meter, bei Dresden Unter-Regel — 1,06 Meter, bei Frankfurt + 0,17 Meter. — B e i s e l bei Brahmünde + 2,04 Meter. — W a r t e bei Polen 0,00 Meter. R e y e bei Uch + 0,30 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

M. M. Rhdorf und Stranbing. Ad.-Ausleitung senden, Anfragen wiederholen! — Streikende. 1. Bazyme wurde durch kaiserliches Dekret vom 8. September 1864 zum Reichshof von Frankreich ernannt. 1870 war er Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee, die im Reyer Lager zur Kapitulation gezwungen wurde. 2. Nach der Kapitulation wurde General von Jastrow Gouverneur, General von Kummer Kommandant von Metz. Der Name des betreffenden französischen Herrn ist gleichgültig. Wenn es Sie interessiert, finden Sie ihn in einer Specialgeschichte des Krieges. — H. C. M. Rein. — 4321. Rein. — H. M. Gieddig. — Bankir. Frau Kerkhoff, Steinmühlstr. 48. — Wette. (Danzig.) Bar und leider erst jetzt möglich festzustellen: Der eiserne Leuchtturm erhebt sich auf der Spitze des Moles, welcher den eigentlichen Hafen der Stadt Danzig, nämlich Neufahrwasser, schützt. Der neue Leuchtturm ist auf dem Lande neben der Vorkaisstation errichtet. Nähere Auskunft könnten Sie durch Herrn Hof in Danzig, Rittergasse 23, erhalten. — „A.“. Ist wiederholt beantwortet worden. Soll aber trotzdem in einiger Zeit nochmals erledigt werden. Kaufen Sie sich doch inzwischen für wenige Pfennige ein vernünftiges Nägeln über Nägeln, Nahe und Gewicht, oder schicken Sie das Erforderliche in einem Legiton nach. Adolfsruhe. Im 20. Jahrhundert.



Preis für „Brennspiritus Marke Herold“

vom 24. September 1904 ab:

40 Pfg. pro Liter à ca. 90 Volumen-%

43 Pfg. pro Liter à ca. 95 Volumen-%

Theater.

Berliner Theater. „Lezte Stunden“. Schauspiel in drei Aufzügen von Karl Stueder nach einem Motiv Ernest Renans. — Vor ein paar Jahren wurde das Renansche Original, nach dem die „Lezten Stunden“ gearbeitet sind, die „Lebtistin von Youare“, im Lessing-Theater durch die „Moderne Bühne“ aufgefuehrt. Das Experiment verlief, wie so viele andre aus literarischem Interesse unternommenen Wiederbelebungsversuche, nicht gerade ermutigend. Die schauspielerische Wiedergabe lieh zu wuenschen uebrig, aber auch eine sehr viel bessere Darstellung haette diesen Szenen schwerlich im Theater zu einer starken, hinreichenden Wirkung verholfen. Das Problem war bedeutend und kuen, die Idee, in die Renan das Schauspiel ausfliegen laesst, erfuehlt von warmer Menschlichkeit, aber der Umsetzung von Problem und Gedanken, des Allgemeinen in Wort und Handlung, in ein bewegtes Menschenschaedal fehlte jene schoepferische Phantasjemacht, die, was sie im Wilde vergegenwaertigt, mit dem Scheine der Wahrheit und Notwendigkeit umkleidet. Es war Schriftstellerarbeit — Arbeit, wie bei Renan selbstverstaendlich, eines ideenreichen, feinsinnigen, empfindungsbollen Schriftstellers, der aber von auen her durch Reflexion die Dinge in gewisser Weise arrangiert, nicht ein Voetenwerk, das als ein von innen her organisch Gewachsenes der Auffassung und Phantasie des Zuschauers sich einpraegt.

Zwei Liebende — das ist der eigenartige und tiefe Grundgedanke — die sich nie im Leben angehoerten, die Lebtestein und ihren Jugendfreund den Marquis, fuehrt die Todesstunde zusammen. Als politisch verdaechtig in dem Paris der groehen Revolution verhaftet und vom Revolutionstribunal zur Guillotine verurteilt, begegnen sie sich im Gefaengnis; der Mann fest es beim Waerter durch, daeh er die lezte Naecht in der Zelle der Angebeteten verweilen darf. Gegen seine Verbuegung baumt sich ihr Stolz, ihr hoesterliches Pflichtgefuehl empoe, aber die Empfindung, vom Leben jeder Saegung, jedem Richtersprache der Lebendigen schon abgetrennt zu sein in der feierlichen Einsamkeit der lezten Stunde, loest den starren Widerstand. Allein sich selbst gehoeend, losgebunden von fremder Schranke, giebt sie sich hin. So groeh der Anlage und Absicht nach die Situation ist, so wenig hat doch Renan die Stimmungsschauer, die in ihr verborgen schlummern, zu erwecken vermoecht. Es flammt und zueht, es loent und klingt nicht in den Worten, keine Wisse schieken, die in dunkle Abgruende der Seelen leuchten. In einer glatten, eleganten, ausfuehrlich das Fue und Wider eroeernden Rhetorik, die uns nach Ibsen heute fremdartiger als je anmuetet, laeuft das Zwiespraech dahin. Den Bund beziegelt kein gemeinsamer Tod. Als die Verurteilten am naechsten Morgen den Karren bestiegen, stoehen die Waerter das jammernde Maedchen, das dem Geliebten folgen will, zuruek. Im lezten Augenblick hat man sie begnadigt. Furdaetbar faellt es jetzt auf ihre Seele, daeh sie weiterleben soll mit dem Bewusstsein jener That, zu der sie nur im Angeseicht des alles ausloeschenden Todes den Mut gefunden. Von neuem hineingerissen in den Kreis der Menschen, empfindet sie den Bruch des Geluebdes als brennende Schmach und schieht entsezt sich schon als Mutter, die, anagestoehen und verachtet, mit einem Kinde der Liebe durch die Lande ziehen soll. Renan laesst das Maedchen — eine Wendung, die auf der Buehne geradezu peinlich beruehrt, sich hinter den Coullissen aufhaengen und dann im lezten Augenblick noch gerettet werden. Den Ausgang aber verlaesst milde, schoene Humanitaet. Aus der Enge ihres hoesterlichen Ehrbegriffes und Stolzes weist der Zuspruch eines guetigen Geistlichen ihr den Weg zu neuem Leben. Hohn und Spott soll sie nicht kraenken, sie will ihr Schicksal auf sich nehmen, mit Kraft und freudigem Mut die Mutterpflicht erfuehlen, die hoehoeer ist als alle Saegungen.

Die Bearbeitung Karl Stueders zeigt in dem zweiten und im dritten Akt Augen Buehnenfuehn, vor allem darin, daeh er die Liebeszene im Kerler von dem Renanschen Liebermaeh der Betrachtungen entlastet hat. Die energische Verkuerzung kommt dem Eindruck sehr zu gute; die Scene ist auch so bei weitem nicht, was man erwartet, aber sie erscheint nicht ausgesprochen unnatuerlich, wie in dem Original. Ebenso hat der Schluss durch die Ausschaltung des mieligenen Selbstmordversuches und durch eine Daempfung der Kon-

trafte eine Vereinfachung der Linien gewonnen. Stueders Lebtestein ist nicht redelich in ihrem Schmerz, um so eindrucksvoller tritt hier die tief Liebendwuerdige Gestalt des alten Abbe, der in der Stunde, als er selbst das Todesurteil erwartete, noch Kraft genug besaeh, die Verzweifelte zu troesten, hervor. Diese schlichten Worte, denen das Maedchen ohne Widerspruch sich ueberlaesst, ruehren tiefer als die breit ausspinnende, die Gegenfaeh stark unterstreichende Darstellung des Originals. — Der erste Akt ist freier Zusatz des Bearbeiters und giebt nur einige mit der Entwicklung des Staedes in ganz loser Beziehung stehende Milieuszenen. Der verfolge Marquis, im Herzen gut revolutionaer, wie auch Renan ihn zeichnet, haust bei seinen Freunden, einem Dichter und Schauspieler in einer elenden Mansarde; er wird von den ins Zimmer einbrechenden Witenmaennern gefangen und abgefuehrt. Viel eigne Farbenkraft traegt die Erfindung in diesem Vorspiel nicht, auch nicht im uebrigen, trotz der Klugheit mancher Aendaerungen. Das Staed hat durch die Umbildung, scheint es, an Buehnenwirksamkeit gewonnen, aber ein wirklich lebendiges, poetisches Ganzes ist es in der einen Form so wenig wie in der andern geworden.

Bei der Auffuehrung lagen die beiden Hauptrollen in den Haenden der neuengagierten Mitglieder Herrn Weigert und Fraulein Grueh; die Dame hatte einzelne hervorragende glueckliche Momente. Den intensivsten Eindruck erhielt ich diesmal von Herrn P. Allemang, der den alten, freundschaftlichen Abbe sprach. In Ton und Miene spiegelte sich ueberraechend tren die innere Guete und Herzensreinheit ab. Fue den Beifall, der die uebliche Premierenaerke zeigte, dankte Herr Galm im Namen des Verfassers. — dt.

Aus Industrie und Handel.

Weiteres von Deutschlands Ruhenhandel im Jahre 1903. Vom Band 188 der Statistik des Deutschen Reiches, der den Ruhenhandel des deutschen Zollgebietes im verfloessenen Jahre bringt, hat das kaiserliche Statistische Amt soeben weitere Hefte erscheinen lassen, aus denen wir wieder einige Zahlenangaben herausgreifen.

Es handelt sich zunaechst um ueberseeische Beziehungen. So betrug die Einfuehr aus China 84,8 Millionen Mark. Die Ausfuehr dahin 44,7 Millionen Mark. Jene hat bei Einrechnung der Edelmetalle 87 Proz. nachgelassen, ohne diese fast 14 Proz. zugenommen, waehrend die Ausfuehr um 17,9 Proz. gestiegen ist. Der Handel mit Hongkong ist nur in der Ausfuehr von Bedeutung, welche 8,7 Millionen Mark betrug und rund 116 Proz. zugenommen hat, waehrend die unbedeutende Einfuehr um 42 Proz. nachgelassen hat (244 000 gegen 421 000 M.).

Die Einfuehr aus dem deutschen Schutzbereich Kiautschau mit dem Freihafen Tientsin ist noch geringer als die aus Hongkong; sie betrug 23 000 M. und hat um 53 Proz. nachgelassen. Dagegen erreichte die Ausfuehr 10,8 Millionen Mark. Sie hat um 49 Proz. zugenommen. Stroehaender sind die Hauptausfuhrwaren; Hauptausfuhrwaren sind groebe Eisenwaren, Maschinen, Eisenbahnbedarf.

Die Einfuehr aus Japan betrug 21,6 Millionen M., die Ausfuehr dahin 45,6 Millionen M. Jene hat gegen das Vorjahr 21 Proz. zu, diese 8,4 Proz. abgenommen. Die Einfuehr aus Britisch-Westindien, Mittel- und Sudaamerika betrug 7,1 Millionen M., die Ausfuehr dahin 2,2 Millionen M. Jene hat sich um 7, diese um 6 Proz. gesteigert. Der Ruhenhandel mit Daeinisch-Westindien ist gering; er betraegt 58 000 und 226 000 M. in Ein- und Ausfuehr. Etwas lebhafter ist der Handel mit Franzoesisch-Amerika, er erreichte 231 000 M. und 100 000 M. in Ein- und Ausfuehr. Beide nahmen zu. Die Einfuehr aus Niederlaendisch-Amerika erreichte 878 000 M., die Ausfuehr dahin 636 000 M. Die Einfuehr stieg, die Ausfuehr fiel. Die Einfuehr aus Kuba, Portoriko erreichte 15,5 Mill. Mark, die Ausfuehr dorthin 10,8 Mill. Mark. Jene stieg um 6 Proz., diese fiel um 13 Proz. Die Einfuehr aus der Dominikanischen Republik erreichte 7 Mill. Mark, die Ausfuehr dahin 0,9 Mill. Mark. Jene stieg um 18 Proz., diese fiel um 2,2 Proz. Die Ein-

fuehr aus Haiti betrug wie die Ausfuehr dahin 0,8 Mill. Mark. Beide nahmen trotz des seit Jahren bestehenden Zollkrieges zu, jene um 49, diese fast um 11 Proz.

Weitere Mitteilungen bringt das Statistische Amt sodann ueber den Verkehr des deutschen Zollgebietes mit seinen Freihaeften und Zollausflaessen, daran schlieht sich der „nicht ermittelte“ Verkehr. Der Verkehr mit den Freihaeften Hamburg, Cuxhaven ist der erhebelichste. Er erreichte 1903 in der Einfuehr 22,2 Millionen Mark, in der Ausfuehr 84,4 Millionen Mark. Waehrend die Einfuehr etwas abgenommen hat, stieg die Ausfuehr besonders wegen der starken RuderAusfuehr vor dem Inkrafttreten des Brueseler Vertrages ueber die Behandlung des Zuckers bedeutend. Am Jahreschlusse waren groebe Bestaende von deutschem Zucker im Freihafen Hamburg (171 051 Tonnen zu 20,1 Millionen Mark), namentlich von Rohzucker.

Der Verkehr mit den Freihaeften Bremerhaven, Geestemuende ist wesentlich geringer als mit den Hamburgischen Freihaeften; die Einfuehr erreichte 1903 rund 0,6 Millionen Mark, die Ausfuehr 11,9 Millionen Mark. Ersterer war diesmal ungewoehnlich hoch. Kohlen machen fast die Haelfte der Ausfuehr aus. Weitere Ausfuhrgegenstaende waren Fleisch, Taus, Segel, Bier, Butter fue die Schiffe.

Das Zoll-Ausschlussgebiet Bremen wird handelsstatistisch wie Niederlagen, Freizebiete als Teil des Zollgebietes behandelt, ist also im Verkehr mit den Freihaeften und Zollausflaessen nicht mitbegriffen.

Der Verkehr mit Helgoland ist nur in der Ausfuehr, welche 1,4 Millionen Mark betrug, von Bedeutung; die Einfuehr erreichte nur 126 000 M.

Unter „nicht ermittelte“ wurden hauptsaechlich die zollfreien, zubereiteten Hochseefischeerzeugnisse, Strandgut, Seelabel und sonstige Waren angeschrieben, deren Herkunft oder Bestimmung nicht ermittelt ist. Gesalzene Heringe ueberwiegen in der Einfuehr mit 5,2 von 5,6 Millionen Mark, Seelabel mit 0,3 von 0,9 Millionen Mark in der Ausfuehr.

Der Verkehr mit den badischen Zollausflaessen betrug 0,3 und 0,4 Millionen Mark in Ein- und Ausfuehr.

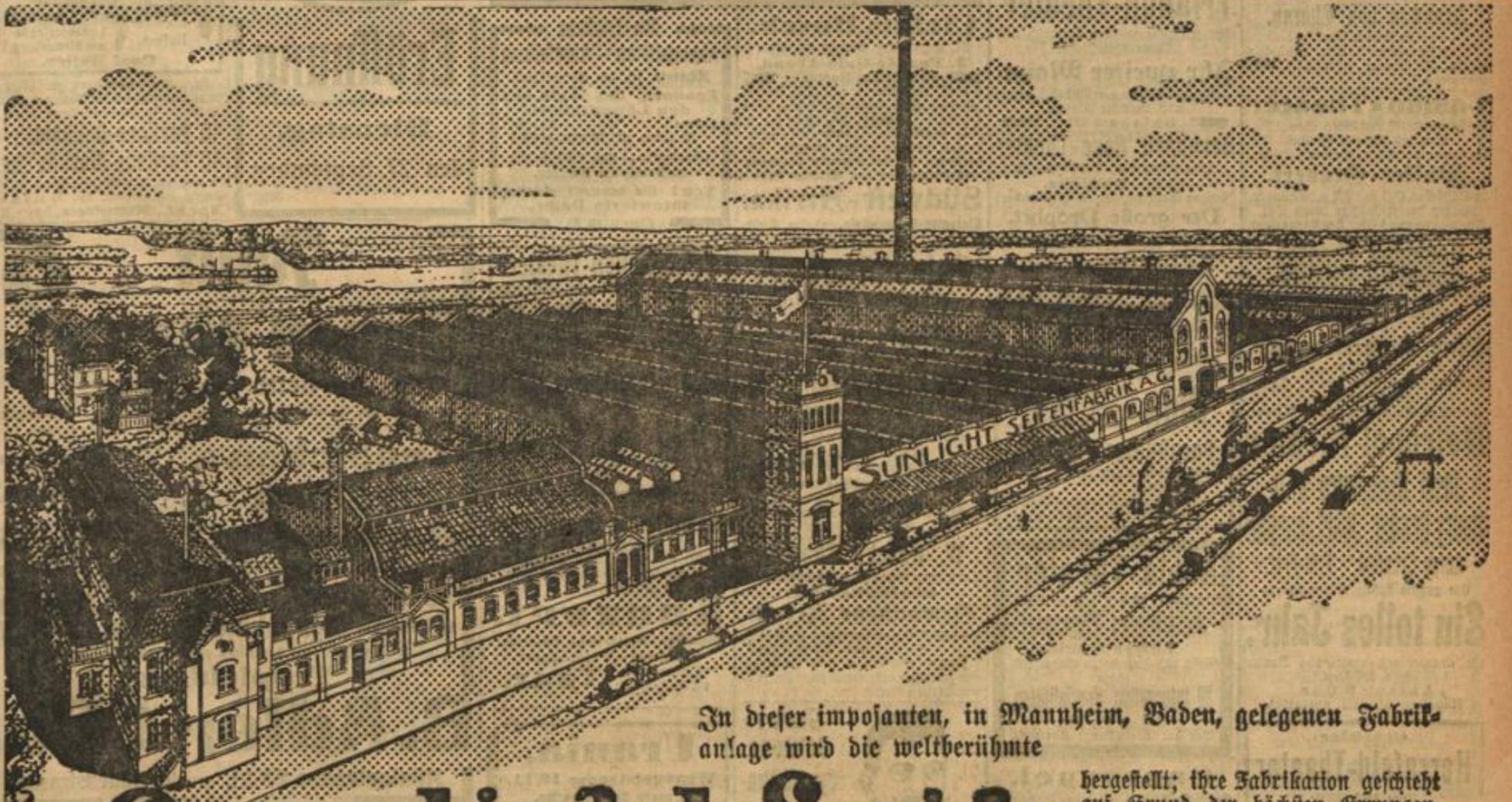
Bahnfrachtmuehigung fue Schiffsrachtgueter. Infolge der andauernden Trockenheit dieses Jahres und der dadurch verursachten Behinderung der BinnenSchiffahrt hat die preuzische Eisenbahnverwaltung sich endlich entschlossen, fue Gueter, deren Befoerderung auf dem Wasserwege erfolgen sollte, auf diesem aber den Bestimmungsort unter den heutigen Verhaeltnissen nicht erreichen kann, im Ruickerstattungswege unter gewissen Voraussetzungen Frachterleichterungen zuzugestehen.

Gewerkschaft Deutscher Kaiser. Die Geruechte, daeh die Gewerkschaft Deutscher Kaiser, deren Stueze sich zum weitaus groehesten Teile im Besitz des belamnten August Thyssen befinden, in die zwoischen der Sellaer Gruben- und Huetteneverein und dem Kuehener Huetteneverein-Verband „Rote Erde“ im Zuge befindliche Transaktion mit einbezogen werden sollte, entbehrt, wie der „Berl. Boersen-Courier“ schreibt, nach zuverlaessigen Erkundigungen jeglicher Grundlage.

Witterungsuebersicht vom 23. September 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometere-hoehde mm, Windrichtung, Windkraefte, Wetter, Temp. n. G. in C., Stationen, Barometere-hoehde mm, Windrichtung, Windkraefte, Wetter, Temp. n. G. in C. Rows include: Emden, Hamburg, Berlin, Braunschweig, Koeln, Muenchen, Wien, Garmisch, Sapaaranda, Petersburg, Erfurt, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose fue Sonnabend, den 24. September 1904. Langsam aufklaerend, am Tage etwas waermer bei schwachen suedoellichen Winden; keine erhebelichen Niederlaege.



In dieser imposanten, in Mannheim, Baden, gelegenen Fabrik-anlage wird die weltberuehmte

Sunlight Seife

ueber die ganze Welt. In allen zivilisierten Laendern, auf dem ganzen Erdenrund bringt sie Reinlichkeit, Gesundheit und Glueck in Millionen von Haushaltungen, in den Palaest wie in die Huette. Sunlight Seife ist die Vorkaempferin der Zivilisation. Die Marke „Sunlight“ kann sich des groehesten Absatzes von irgend einer Seife der Welt ruehmen,

hergestellt; ihre Fabrikation geschieht auf Grund der hoechsten Errungenschaften der chemischen und technischen Wissenschaft. Der beste Beweis fue die unanfechtbare Guete bleibt der unerreicht hohe Absatz

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 24. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Rignon.
Neues königl. Opern-Theater.
Im Hülfs-Gebäude. (Quality-Street).

Deutsches. Kettenglieder.
Berliner. Papstreich.
Festung. Traumulus.
Westen. Wilhelm Tell.
Thalia. Der Selbstkönig.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater).
Das Heiratstest.
Schiller N. (Friedrich-Bühnen-Theater).
Johannisfeuer.

Neues. Kabale und Liebe.
Kleines. Nachspiel.
National. Der Troubadour.
Central. Der Gigantebaron.
Rekuz. Eine Hochzeitsnacht.
Casino. Rutter Gräbert.
Trianon. Ihr zweiter Mann.
Belle-Alliance. Unfel Bräutigam.
Weisen. Das Käthchen von Sell-
dramm.

Deutsche Volksbühne. Gemmen
von Tharon.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n
großen Teich.

Apollo. Venus auf Erden
mit der Parodie
von Paul Lincke
Kans, das klinge Pferd.
Ab 9 1/2 Uhr:
Der große Spezialitäten-Teil:
Telms Truppe x Martin Kottner.
Harry Lamara x Les Bonnes.
Milo. Oaguerra x Kosmograph.

Palast. Vom Himmel zur Hölle. —
Specialitäten.
Herrnfeld-Theater. Nur eine Nacht.
Am andern Morgen.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Wassage-Theater. Dida. Speciali-
täten. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf: **Der Gardasee.**
Im Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath:
„Radium“.

Central-Theater
Heute Anfang 7 1/2 Uhr.
Gastspiel der Opernsängerin Gusti Förster.
Der Zigeunerbaron.
Operette in 3 Akten von J. Strauß.
Sonnagnachm. 3 1/2 Uhr in erster
Besetzung: Die Geisha. Abds. 7 1/2 Uhr:
Gastspiel der Opernsängerin Gusti
Förster: Die Fledermaus.

Luisen-Theater.
Heute Sonnabend:
Das Käthchen von Heilbronn
Sonnagnachm.: Der Beschwender.
Abds.: Ehrliche Arbeit.
Montag: Der Goldbauer.

Deutsche Volksbühne.
Carl Weich-Theat., Gr. Franz. Str. 132.
Kenndnen von Charan.
Anfang 8 Uhr.
Sonnagnachm. 3 Uhr, ermäßigte
Preise: Die Räuber. Abds. 7 1/2 Uhr:
Genoveva.

Casino-Theater
Katharinenstr. 37. Anf. 8 Uhr, Sonn. 7 1/2.
Einziges Theater Berlins
im Genre der alten Wallner-Bühnen.
Mutter Gräbert.
Vollständ. m. Gesf. in 3 Akten v. Kellinger.
Vorher der erstklassige bunte Teil.
Sonnagnachm. 4 Uhr: Der Donizianer.

Residenz-Theater.
Dr.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage
8 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.
(Une Nuit de Noces.)
Schwan in 3 Akten von F. Récoul
und H. Barre.
Sonnagnachmittag 3 Uhr: **Nora.**

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Henry Bender, Josef Josephi.
Anton Grinfeld, Frid-Frid.
Der größte Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue
in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Herrnfeld-Theater
Zum 194. Male
der größte Herrnfeld-Schlager
Nur eine Nacht.
2 Akte aus einer Ehe
und
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“ mit
Anton und Donat Herrnfeld in den
Hauptrollen.
Anfang — auch Sonntags — 8 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Nehm. Wochent. 5, Sonn. 3 Uhr.
die Erschaffung
eines Weibes
aus dem Nichts.
Pocahuntas, die indische
Königin, Nachtigall.
Jean Paul, Komiker.
The Finlays.
Lucie Verdier, Vortragekünstl.
14. erstklassige Nummern.

Seala-Theater.
Eulienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Löwys Duell.
Poffe mit Gesang in einem Akt,
sowie
30 international. Specialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Kaugeri.**

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Vorbahn.
Donnerst., Sonn., Mont.:
Hoffmanns
Norddeutsche Säng.
Nach jeder Coice:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag und
Mittwoch:
Theater-Abend.
Alle ausstehenden Vorzugs-
karten gelten.

Gustav Behrens
Specialitäten-
Theater.
Frankfurter-
Allee 85.
Neu! Geschwister Kainel, die schönen
Rougetmalerinnen. Neu! Mr. Huson,
Excentric-Spaten-Sänger. Neu! Sal-
vator & Selma, Kraftequilibristen auf
lebendem Viehdal. Neu! Original-
Koch. Vorherdem die übrigen erst-
klassigen Specialitäten.
Anfang 7 Uhr. Sonntags 8 1/2 Uhr.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf: **Der Gardasee.**
Im Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath:
„Radium“.

P. CASTAN'S
PANOPTICUM.
Friedrichstr. 105.

Rosa
das gelehrte Pferd!

ZOOLOGISCHER
ZGARTEN
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: **See-Elefant.**
Eintritt vom Garten 20 Pf., von
der Straße 30 Pf., Kinder d. Hälfte.
Beschäftigung bis 8 Uhr abends bei
elektrischem Licht.

Apollo-Theater.
8 Uhr:
Venus auf Erden
von Paul Lincke
Kans, das klinge Pferd.
Ab 9 1/2 Uhr:
Der große Spezialitäten-Teil:
Telms Truppe x Martin Kottner.
Harry Lamara x Les Bonnes.
Milo. Oaguerra x Kosmograph.

Deutsch-Amerikanisches
Theater.
Köpenickerstr. 67.
Heute:
Gastspiel Adolf Philipp.
Ueber'n
GROSSEN
342. TEICH
Male: Anf. 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30.
Sonntag, den 25., nachm. 3 Uhr:
Ueber'n grossen Teich.

National-Theater
Weinbergsweg 12a-13b.
Sonnabend, den 24. September er.:
Eröffnungs-Vorstellung:
Der Troubadour.
Anfang 8 Uhr.
Sonnagnachm.: Zar und Zimmer-
mann. Abends: Der Troubadour.

Trianon-Theater.
Georgenstraße zwischen Friedrichs- und
Universitätsstraße.
Ihr zweiter Mann.
Aufspiel in 3 Akten von André Solbane
und Maurice Prozer.
Anfang 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater
Gefundenbrunnen, Badstraße 68.
Heute: **Gefühllos.**
Morgen Sonntag, den 25. September:
Der große Prophet.
Große Poffe mit Gesang und Tanz
in 4 Akten von Leptow.
Nach der Vorstellung: **Ball.**
Anfang 7 Uhr.
Entree 40, Parkett 60, Speerth 75 Pf.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Nehm. Wochent. 5, Sonn. 3 Uhr.
die Erschaffung
eines Weibes
aus dem Nichts.
Pocahuntas, die indische
Königin, Nachtigall.
Jean Paul, Komiker.
The Finlays.
Lucie Verdier, Vortragekünstl.
14. erstklassige Nummern.

Seala-Theater.
Eulienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Löwys Duell.
Poffe mit Gesang in einem Akt,
sowie
30 international. Specialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Kaugeri.**

Sanssouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Vorbahn.
Donnerst., Sonn., Mont.:
Hoffmanns
Norddeutsche Säng.
Nach jeder Coice:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag und
Mittwoch:
Theater-Abend.
Alle ausstehenden Vorzugs-
karten gelten.

Gustav Behrens
Specialitäten-
Theater.
Frankfurter-
Allee 85.
Neu! Geschwister Kainel, die schönen
Rougetmalerinnen. Neu! Mr. Huson,
Excentric-Spaten-Sänger. Neu! Sal-
vator & Selma, Kraftequilibristen auf
lebendem Viehdal. Neu! Original-
Koch. Vorherdem die übrigen erst-
klassigen Specialitäten.
Anfang 7 Uhr. Sonntags 8 1/2 Uhr.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Das Heiratstest.
Aufspiel in 3 Akten von Gustav Dabiz.
Sonntagschmittag 3 1/2 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Johannisfeuer.
Montagabend 8 Uhr:
John Gabriel Borkman.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Bühnen-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Johannisfeuer.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann
Eubermann.
Sonntagschmittag 3 1/2 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Montagabend 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.

Kleines Theater Neues Theater.
Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von **Max Reinhardt.**
Anfang 8 Uhr.
Nachtsyl.
Sonnabend: Des Pastors Rieko.
Montag: Elektra.
Dienstag: Nachtsyl.
Kabale und Liebe.
Sonnabend: Erdgeist.
Montag: Der Strom.
Dienstag: Kakele und Liebe.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Weiberkönig.
Große Kostümmischausstellung mit Gesang
und Tanz in 4 Akten.
Sonntag, 25. Sept., nachm. 3 1/2 Uhr:
Charles Zante.

Belle-Alliance-Theater.
Heute Sonnabend, den 24. September, abends präcise 7 1/2 Uhr:
Gala-Première:
Michael Strogoff oder **Der Courier des Zaren.**
Grosses mimisches Drama in acht Bildern, dargestellt
von der rühmlichst bekannten, aus 20 Personen bestehenden **Mimiker-**
truppe Onofri und ca. 150 Personen nach der Erzählung von
Jules Verne, verfaßt von Mons. Onofri père. Auf das glänzendste
inszeniert vom Direktor **Albert Schumann**. Einstudiert vom königl.
italienischen Hofballtänzermeister **Pratesi**.

Cirkus Schumann.
Heute Sonnabend, den 24. September, abends präcise 7 1/2 Uhr:
Gala-Première:
Michael Strogoff oder **Der Courier des Zaren.**
Grosses mimisches Drama in acht Bildern, dargestellt
von der rühmlichst bekannten, aus 20 Personen bestehenden **Mimiker-**
truppe Onofri und ca. 150 Personen nach der Erzählung von
Jules Verne, verfaßt von Mons. Onofri père. Auf das glänzendste
inszeniert vom Direktor **Albert Schumann**. Einstudiert vom königl.
italienischen Hofballtänzermeister **Pratesi**.

Flotten-Schauspiele
Kurfürstendamm 153/156. — Straßenbahnlinien A, A/E, T, V, 91.
Die größten Wasser-Schauspiele der Welt.
In die Luftsprenge von Kriegsschiffen.
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8, Sonntags 3, 5 1/2, und 8 Uhr.
Heute Sonnabend: Eintrittspr. **50 Pf.** a Person auf all. Plätzen.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internat. Künstlerkonzerte. x Theater-Ahtellung.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Cirkus Busch.
24. September, abends 7 1/2 Uhr:
2. Parade-Gala-Abend.
Eine Zebra-Romdie.
6 engl. Vollblüter u. 2 Orn. Dir. Busch.
„Chips“, engl. Vollblüt, Sprung über
6 Pferde. „Milton“, Jagdpferd, ger. v.
Mlle. de Holstein. „Aida“, Alppigamer
Jungf., geritten v. Fel. Mohrke. Die
berühmte frz. Reiterfamilie Lécouson.
15 Polarbären von Mr. Henrikson.

Palast-Theater.
Bürgerliche Schauspiele.
Burgstraße 22.
Jubiläumssaison. 36. Jahrgang.
Um 8 1/2 Uhr: Novität:
Vom Himmel zur Hölle.
Große Kostümmischausstellung mit Gesang
und Tanz in 3 Bildern von Köppler
und Gerike. Musik von Henrich.
Balletts von Gleditsch.
Jupiter: Direktor **H. Winkler**.
Vorher: **Riefenschannunnen**
ersten Ranges.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr,
Sonntags 6 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng.
(Mensch, Pietro, Britton,
Steidl, Böhme, Plattner,
Böckmann, Walden,
Schroder).
Anfang 8 Uhr.
Sonnabends 7 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Extra-Elite-Vorstellung:
Gewonnene Herzen.
Vollständ. m. Gesang von G. Müller.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Voll.
Die Säle sind noch an
einigen Sonnabenden für Vereins-
festlichkeiten frei.

Etablissement Suggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Natur-
garten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fährmann-Walde-Sänger.
Sonnabends
im Kaiserpark: **Tanz.**

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Urania.
Wrangelstr. 10/11.
Grosser Sommergarten.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anfang 4 Uhr. Tanz frei.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
Eintritt und Tanz frei.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Veranlassungen.

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Gegr. 1879. — Chormeister: Alexander Weinbaum. — M. d. A.-S.-B.
Sonntag, den 25. September
(aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens des Vereins)
im großen Saale der „Neuen Welt“ (Hasenheide):

FEST-KONZERT

Mitwirkende: Alexander Heinemann (Bariton), Leo Gollanin (Tenor),
Berliner Tonkünstler-Orchester (50 Musiker).
Zur Aufführung „Kolumbus“ von Joseph Brambach,
gelangt u. a.: für Chor, Soli u. Orchester.
Anschließend: Festkommers zu Ehren der anwesenden Vertreter der
Brüder-Gesangvereine, Vorstände usw.
Eintritt 75 Pf. einschl. Programm und Liedertexte. Anf. 6 1/2 Uhr.
Programme sind zu haben in den Musikalienhandlungen von
Stahl, Potsdamerstr. 39, Kaun, Grüner Weg 17; Papier-
handlung von Wolter, Neue Königstr. 72; in den Cigarren-
geschäften von Ihm, Wrangelstr. 58, Horsch, Gewerkschafts-
haus, Gottfried Schulz, Kottbuser Thor, Emil Schulz,
Mittenwalderstr. 2, Gutschmidt, Kottbuser Damm 8; bei
Augustin („Vorwärts“), Lindenstr. 69. 65/16

Münchener Bürger-Bräu.

Braun- u. Hellquell.
Special-Ausschank
Niederwallstraße 25
(nächst dem Spittelmarkt).
Oekonom
Lambert Meixner.

Wohnungseinrichtungen

Patent-
Matratze
w. Abbild
nur M. 27
Für Restaurateure u. gibt es
keine praktischeren Matratzen wie meine
Bostholo-Füllmatratzen mit:
40 Portions-Delikatess- u.
40 Portions-Bierkäschen
in nur wirtl. hochfeinst. Bare M. 6,40
franko. Nachnahme. **G. Haisch**
Nachf., Remmigen, Baher. Kglg.

Eröffnung

Dienstag,
den 27. September.
3322*

Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung,
so gehen Sie rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst
finden Sie eine überraschend große Auswahl von Neuheiten in:
Teppichen von M. 4.50 bis 12.—, 20.—,
30.—, 45.—, 60.— usw.
Gardinen von M. 2.10 bis 3.50, 5.—,
7.50, 9.—, 12.— usw.
bestickt: 2 Schale u. 1 Lambre-
quin: Wolle M. 5.50, Tuch
M. 6.75, Plüsch M. 9.75
sowie Tisch-, Diwan- und Steppdecken, Läufer- und
Möbelstoffe etc. 3322
Zum diesmaligen Umzuge sind große **Partieposten**
zu wirklichen **Ausnahme-Preisen** zum Verkauf
gestellt, worauf wir besonders aufmerksam machen.
Teppichhaus

B. Adler & Co.

Königstrasse 20-21, an der Jüdenstrasse,
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Nähmaschinen

bedeutend billiger,
neue hochartige Familien- Näh-
maschine, elegante Ausstattung und 5 Jahre
Garantie 37.00 M. Central-Bobbin 75.00.
Um Vergleich mit jeder Konkurrenz wird gebeten. Katalog gratis u. frei.
BERLIN.
Ernst Machnow, Arcona-Platz 1. 4192*

Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter!

Montag, den 26. September, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Unsere Lohnbewegung. Kein Kollege darf in dieser Versammlung fehlen!

Sonntag, 25. Sept., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15, Saal VIII:

Werkstattdelegierten-Versammlung.

Die Delegierten sämtlicher Branchen und Betriebe haben die Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Branchenkommission des Holzarbeiter-Verbandes. Die Agitations-Kommission des Fachvereins. Der Ortsverein der Pianoforte-Arbeiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis-Zimmer 34. Amt IV, 3363.

Sonntag, den 25. September, vormittags punkt 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umg.

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Hfer 15 (Saal IV).

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen H. H. Bage über: „Bibel und Babel“. 2. Diskussion. 3. Bericht vom Vergütigen. 4. Verbandsangelegenheiten. Kollegen! Wir erwarten, daß Ihr alle und pünktlich zur Versammlung erscheint. Nichter für Euren Verband!

Sonntag, den 25. September, nachmittags 4 1/2 Uhr:

Versammlung aller in d. Metallschrauben-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Hfer 15 (Saal I).

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen H. H. Bage über: „Bibel und Babel“. 2. Diskussion. 3. Bericht und Renoual der Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten. Dem Wunsch der Kollegen Rechnung tragend, findet nach der Versammlung gemächliches Beisammensein und Tanz statt. NB. Zur Deckung der Unkosten Entree 15 Pf. NB. Der Versammlung wegen findet die nächste Morgensprache am 2. Oktober statt. Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 25. September cr., vormittags 9 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstrasse 27:

Anßerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Stellungnahme zur Konferenz. a) Anträge, b) Wahl der Delegierten. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Unter Punkt 2 gelangen weitgehende Anträge zur Verhandlung und ist deshalb das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder unbedingt notwendig. Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Sonntag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Goerz, Weichensee, Königs-Chaussee Nr. 55:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Gewerkschafts-Vorstände. 2. Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftstreffen. 3. Diskussion. 4. Verbands-Angelegenheiten.

Montag, den 26. September, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppensstraße 29:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Möbelpoliererei beschäftigten Personen.

Tages-Ordnung:

1. Der Erfolg unserer Lohnbewegung und welcher sind unsere Aufgaben in der Zukunft? 2. Diskussion und Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tages-Ordnung müssen alle Kollegen pünktlich zur Stelle sein.

Mittwoch, den 28. September, abends 8 Uhr, bei Schulz, Blumenstraße 38:

Vorstands-Sitzung.

Sonntag, den 8. Oktober, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

21. Stiftungsfest.

Billets sind bei allen Vorstandsmitgliedern und in allen Zahlstellen zu haben. Nichter ein jeder für rege Beteiligung.

NB. Kollegen, welche noch im Besitz von Büchern aus unseren Bibliotheken sind, müssen dieselben bis 15. Oktober abliefern. Der Vorstand.

Rahnsdorfer Mühle Paradiesgarten

Bahnstation Rahnsdorf 10 Min. v. Bahnhof herrlich am Balde u. Müggelsee geleg. Gr. schattig. Garten.

Jeden Sonntag: Grosser Elite-Ball.

Sossektische • Anspannung • Volkselementen • Bade-Anhalt. Baden frei, Angela frei.

Bereinen, Gesellschaften usw. bestens empfohlen. Fernsprecher Amt IV, 1742.

Die seit 1883 bestehende rühmlichst bekannte Firma Louis Gordon, Oranienstr. 42, am Oranienplatz, deren guter Ruf strengste Reuehät garantiert, hat durch die Reueinrichtung einer grossen Mah-Abteilung für „Kostüme“, „Hosen“ und „Wäsche“ einem stets steigenden Bedarfs seiner geachteten Kundenschaft abgeholfen.

Die im Hause selbst eingerichteten drei Ateliers fertigen unter bewährter Leitung alle Mah-Verstellungen „ohne Preiserschöpfung“ der sonstigen Lager-Verkaufspreise unter Garantie des tabellarischen Abends nach neuesten Modellen an.

Für den Abteilungen für Seiden und Sammete, Kleiderstoffe, Weißwaren, Besätze, Wollenerien, Spitzen etc. sind die Ausstellungen für Herbst- und Winterarbeiten eröffnet. Die Firma gewährt bei Vereinfachungen 5 Proz. Rabatt. 1742

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Bautischler. Achtung!

Montag, den 26. September cr., abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung der Bautischler

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Hfer 15 (Saal IV).

Tages-Ordnung: 1. Stand unserer Tarifberatung. 2. Diskussion. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen erwünscht. Der Obmann.



Reederei Nobiling.

Morgen Sonntag: Letzte diesjährige Extrafahrt mit Musik nach Zwiëbusch, Berliner Schweiz, Gosener Berge. Dort Konzert u. Tanz, abends Feuerwerk, Höhenfeuer u. Alpenglöhren. Abfahrt früh 9 Uhr u. Rückkunft 2 Uhr von der Jannowitzbrücke. Restaurant zum „Schultheiß“. Preis 50 Pf., Kinder die Hälfte. Es ladet ergeht ein 4252 Hermann Gärtner.

Köpenick.

Echten alten Kottbuser Korn zu haben bei Aug. Tauchert, Gastwirt, Riegelheimerstr. 4. 57972

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmässiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: Bad Frankfurt Ritter-Bad Gr. Frankfurterstrasse 136. Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.

Medizinische Bäder aller Art in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren. 2 Wannens-Bäder mit je 2 Handtüchern 0,75 Mk. (40 Minuten Badezeit). Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Von tausenden von Aerzten des In- und Auslandes empfohlen.

Kufekes beste Nahrung

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe, Verstopfung etc. Die Kinder gedeihen vorzüglich und leiden nicht an Verdauungsstörung.

Kindermehl

Dr. med. A. Smith'sches Ambulatorium für Herz- und Nervenranke

BERLIN W. 32 Potsdamerstr. 52. Funktionelle Untersuchung und Behandlung. Prospekt frei durch die Verwaltung

Jeder Möbelkäufer

besichtige im eignen Interesse vor Abschluß eines Kaufes erst meine enorme Auswahl fertiger Möbel und Polsterwaren in meinen vergrößerten Geschäftsräumen zu enorm billigen Preisen. Zionskirch-Strasse 39 und 40. H. Nolte, Tischlermeister. 397L. Vorzeiger dieser Annonce bei Barzahlung 5% Rabatt.

W. Zapel Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Grösstes Special-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte. Lager in Schirmen und Mützen. 1842

AUSVERKAUF.

Wegen herrlicher Preissteigerung - jährlich 1500 Mark - bin ich gezwungen, mein großes Lager in 56682 Hüten, Schirmen, Mützen, Kravatten usw. zu verkaufen, es kommen nur meine besten guten Qualitäten zum Verkauf und ist jeder berechtigt, bei Bezahlung 10% in Abzug zu bringen. Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stalitzerstr.

Möbelverkauf, Möbelverkauf!

beständige Gelegenheit für Brauleute. Die Möbelfabrik Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mk., hochlegante Einrichtungen bis zu 10 000 Mk. und darüber. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Staumend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit vertriehen gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderpind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matrize 20, Kuschelspindel, Bezüglich 36, Salonarmatur, Plüschgarnituren 105, Kuschelbettstellen mit Matrize 40, geschickte Häufige, Bücherpind, Paneelellof mit Sattelstufen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eichen, auch Kuchbaum, Salons, Minnabagioni, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 3982

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.

Spezialarzt für Haut- und Haarleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Wursmeyer, Strohe Nr. 6.

Jeden Mittwoch: Frische Grühwürstchen. Jeden Sonnabend: Frische Hut- und Leberwurst. Drucken.

Schon 6. Okt. Ziehung!

Quedlinburger Lose à 1 M. 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 20 Pf. Pferde-Gewinne sofort verkäuflich gegen Bar Geld. 1500 Gewinne im Werte von M. 23 000. Hauptgewinn i. W. v. Mk. 5000. Lose versendet auch gegen Nachnahme Carl Krebs, Quedlinburg 6. Zu haben in den Lotterio- u. Cigarren-Geschäften. 418L

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden. Bestellungen u. Mah, tabell. Ausf. Werkstat im Hause. J. Kurzberg, Neue Königstr. 47. Ab 3. Oktober an der Jannowitzbrücke 1 am Bahnhof Jannowitzbr.

Josef Fischer

Kohlen-Brohhandlung Berlin O. 34, Brohborgrat. 19/20. Preise ab Platz von 10 Cr. an. Senften. Halbat. p. Cr. nur 60 Pf. Senften. Sal-Brik. 6 od. 7 1/2 für 65 Pf. Anna, Adler, Marie Senftenberger la Honckels Werke 6 od. 7 Zoll, nur 75 Pf. nur 85 Pf. frei Keller pr. Cr. 10 Pf. mehr. Bruch, Steinkohlen, Coaks, Holz zu billigsten Sommerpreisen. 60 Handwagen verleihe zu Robben.

Schulz' Fest-Säle.

Achtung Theater-Vereine. Umhändehalter frei im Oktober: Sonntag, den 9. u. 30.; November: 13., 20. (Toten-Sonntag); Dezember: 4., 11., 18. 4262 Ernst Schulz, Restaurateur, Belfortstrasse 15.

Neu! Spiritus- u. Petroleum-Gasglühlicht.

auf jede Lampe passend. Große Auswahl von Tisch- und Hängelampen. Echte Bronze-Gaskronen 3-stämmig, 18, 50. W. Krusemark, 80., Oranienstr. 202. Reparaturen billig. Telefon Amt IV, 1039.

Das älteste Rester-Geschäft

des S.-O. von Wilh. Mühlbach empfiehlt Rester von Plüsch, Krümmern, Göttingen zu Damen- und Kinder-Jackets zu den billigsten Preisen. Grösste Auswahl in fertiger Konfektion. 10 Oppelnerstr. 10

Socialdemokrat. Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. (Süd-Ost.)

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntniss, daß unser Genosse, der Duschbinder Louis Weber wohnhaft Baumstrasse 7 (Stadbezirk 97) gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt. 241/5 Um zahlreiche Beteiligung erucht Der Vorstand.

Ludwig Fleischmann

nach sehr kurzem, schweren Leiden infolge einer Operation im 28. Lebensjahre am 22. September gestorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem Central-Friedhof in Friedrichshagen statt. Dieses zeigen tiefbetrübt an und bitten um stille Teilnahme Hedwig Fleischmann geb. Breska, Franz Breska u. Frau, Schmiegeclern, Grelswalderstr. 3. 14808

Socialdemokrat. Wahlverein des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises (Osten). Stadtbezirk 184.

Todes-Anzeige. Am 23. d. Mts. starb unser Mitglied, der Schriftföher Ludwig Fleischmann. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung erucht! 241/7 Der Vorstand.

Ludwig Fleischmann

im 28. Lebensjahre. Sein biederer Charakter und seine wahre Hochachtung sichern ihm ein ehrendes Andenken. Berlin, den 23. September 1904. Die Mitglieder der E. Heckendorff'schen Buch-druckerei.

Verband d. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Bruder Julius Bölling am 22. d. Mts. verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. September cr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes am Weigenjer-Bege aus statt. Rege Beteiligung erwartet. 75/16 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, den 22. d. M. starb mein lieber Mann und Bruder, der Böttcher Carl Lehmann. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Charlott. aus nach dem Charlot-Kirchhof statt. Im Namen der Hinterbliebenen: Agnes Lehmann. 14715 Raumerstrasse 23.

Dankjagung.

Für die mir bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, meines guten Vaters, des Glaswaren-händlers Gottlob Hahn so reich bewiesene Teilnahme sage allen Bewandten und Freunden herzlich Dank. 14596 Ww. Maria Hahn und Kinder.

Anglers Ruh!

Sonntag und Sonntag 14835 großes Wurffessen wozu ergeht einladet W. Bollrich.

